

- NORDIRLAND - READER -
5:
NORDIRLAND-GRUPPE FREIBURG

WARUM ?

INFORMATIONSDIFIZIT !

TITELBILD ?
REALITÄTEN

ROTER FADEN ?
MÜSST IHR SELBST
FINDEN !

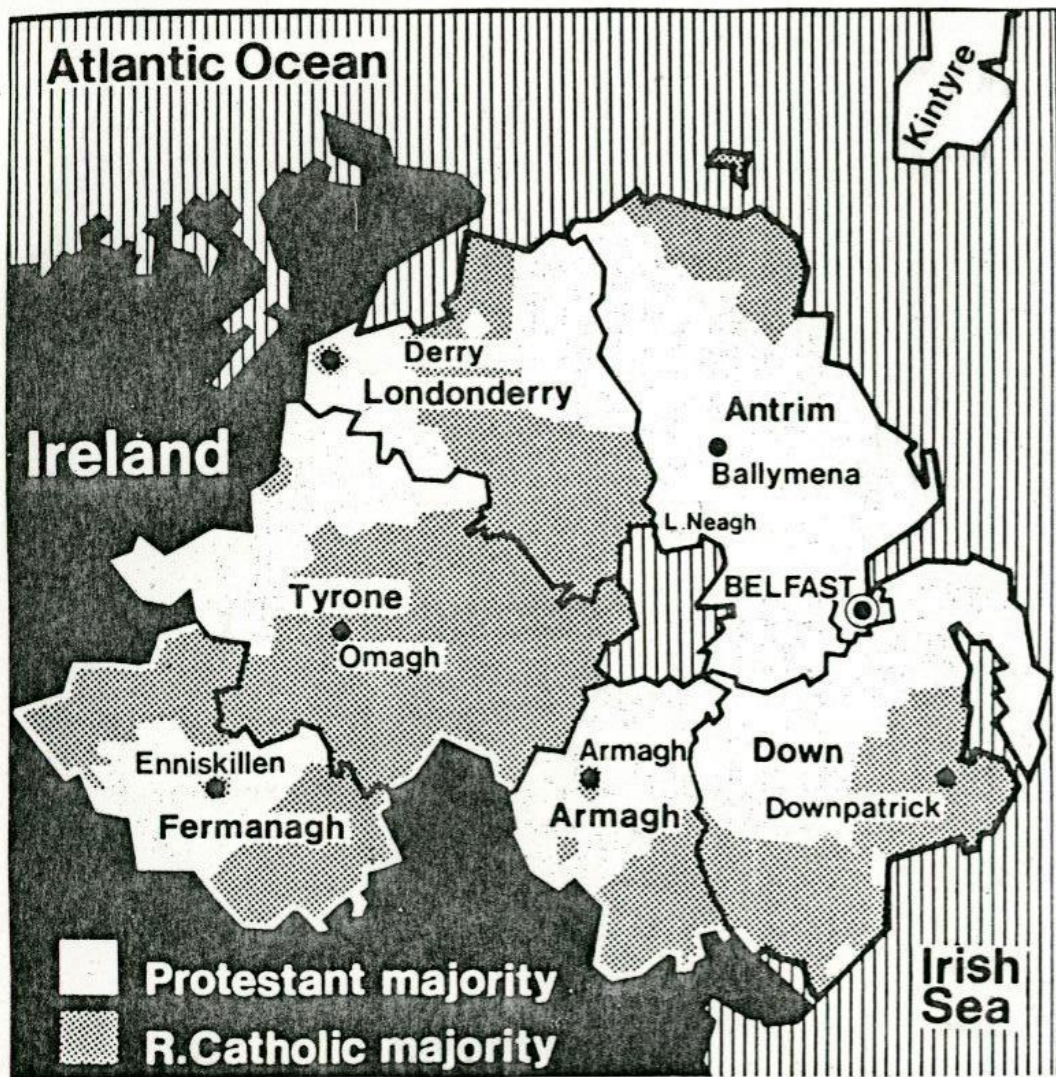
WAS FEHLT ?
EINIGES !

ZIEL ?
DISKUSSIONEN !

VON WEM ?

NORDIRLAND-GRUPPE FREIBURG
c/o BUCHLADEN JOS FRITZ
WILHELMSTR. 15,
7800 FREIBURG
DEZEMBER
1988





Nordirland - Daten

Fläche: 14.121 km²

(Schleswig-Holstein:
15.720 km²)

Bevölkerung: 1.545 Mill.
davon:

900.000 Protestanten

600.000 Katholiken

Verteilung siehe Karte

G E S C H I C H T E D E S B R I T I S C H - I R I S C H E N K O N F L I K T S

Seit 1196 belästigen britische Invasoren die Iren, die jedoch widerstehen den Eindringlingen erfolgreich, gesellschaftliche Organisation, Gesetz und soziale Ordnung bleiben unter irischem Einfluß.

Während der Regierungszeit der englischen Königin Elizabeth I. bricht der Widerstand jedoch zusammen. Seit 1601 steht die Insel permanent unter direkter wirtschaftlicher und politisch-militärischer Kontrolle der Briten. Ein gezieltes Besiedlungsprogramm ("plantation") mit Schotten und Engländern soll den Widerstand der Iren endgültig eindämmen. In der Provinz Ulster (zum größten Teil heutiges Nordirland) wird die "plantation" mit großem Nachdruck betrieben, da dort der Widerstand gegen die Briten seit jeher am stärksten war. Protestantische Siedler teilen hier, wie auch anderswo in Irland, das fruchtbare Land unter sich auf. Ehemals unabhängige irisch-katholische Bauern werden von ihrem Land vertrieben oder dienen als schlecht bezahlte Arbeitskräfte ihren englischen Lehnsherren. 1641 kommt es zur Rebellion der irischen Bevölkerung. Ein nationales Parlament wird einberufen und proklamiert die Unabhängigkeit von England, die Freiheit der Religionsausübung und das Bürgerrecht für die Katholiken. Oliver Cromwell macht diesem Aufstand 1649 mit unvorstellbarer Brutalität ein Ende. Er vertreibt die Iren aus den nördlichen Provinzen. Nach jahrelangen Kämpfen ist der Widerstand 1660 endgültig gebrochen. Die Protestanten besitzen nun mehr als 75% des kultivierbaren Landes, ein Viertel der irischen Bevölkerung ist ermordet, tausende werden als Sklaven in die englischen Kolonien abgeschoben. Der verbleibende Rest dient den Siedlern als billige Arbeitskraft und wird durch neue Strafgesetze ("penal laws") geknebelt:

- a. Katholische "Würdenträger" müssen sich registrieren lassen, katholische Gottesdienste werden teilweise verboten! (Die Unterdrückung und Einteilung der irischen Gesellschaft erfolgte immer an konfessionellen Linien und es dürfte von daher auch klar sein, weshalb die "katholische Emanzipation" als Hebel zur politischen und ökonomischen Emanzipation verstanden wurde.)
- b. Katholiken haben keinen Zugang zu höherer Bildung, kein Wahlrecht und dürfen keine politischen Ämter bekleiden.

- c. Katholiken dürfen kein Land besitzen.
(1691 sind 14% des Landes in irisch-katholischem Besitz, 1798 nur noch 5%.)

So wird die katholische Bevölkerung durch die direkte Beschneidung ihrer Rechte von der Entwicklung ihres Landes völlig ausgeschlossen.

Als mit Jakob II. in England ein König katholischen Glaubens an die Macht kommt, setzen die Iren große Hoffnung in ihn. Doch diese ist nur von kurzer Dauer, da in England der Protestant William von Oranien putscht. Dieser landet 1689 mit starken Truppen in Irland und schlägt dort die Truppen von Jakob II. in der Schlacht am Boyne. Dieses Ereignis feiern die Protestanten in Nordirland heute noch als den Tag der katholischen Unterwerfung.

Die amerikanische und französische Revolution im 18. Jahrhundert gehen nicht spurlos an Irland vorüber. Es kommt zu einer interkonfessionellen Allianz und unter Führung von Wolfe Tone bilden sich die "United Irishmen". Mit Unterstützung französischer Truppen suchen die Aufständischen den militärischen Erfolg. Der Aufstand geht jedoch verloren. Da die protestantische Oberschicht durch den Aufstand ihre Vorherrschaft gefährdet sieht, übernimmt sie den von loyalistischen Bauern gegründeten Geheimbund "Orange Order" ("Orange" in Anlehnung an W.v.Oranien) und funktioniert diesen zu einer Bürgerwehr um. Die Aufgabe dieser Bürgerwehr besteht in der Liquidierung des irisch-republikanischen Widerstands, Terror und Programe gegen Iren sind an der Tagesordnung. Die Reaktion der englischen Regierung auf diesen Aufstand besteht im "Act of Union", das Parlament in Dublin wird suspendiert und alle begrenzten Befugnisse, die dieses bis dahin hatte, werden auf das britische Parlament übertragen.

Zwischen 1845 und 1851 kommt es in Irland zur Hungersnot, nachdem mehrere Kartoffelernten durch eine Krankheit vernichtet wurden. Unter den Augen der Briten stirbt Irland. Die Briten bestehen trotz der Hungerskatastrophe auf Fortsetzung des Lebensmittelexports von Irland nach England. Wer nicht den Hungerstod stirbt, versucht auszuwandern, von 1845-1851 wird die irischen Bevölkerung von 8 auf 4 Millionen halbiert.

Nach der schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts Ende des 19. Jahrhunderts wird klar, daß die Briten in der Frage nach begrenzter Autonomie nachgeben müssen ("Home rule"). Andernfalls wäre die politische Stabilität ihrer Herrschaft in Irland gefährdet gewesen. Auf protestantischer Seite, die mit allen Mitteln gegen diese Pläne vorgehen will, bildet sich die Ulster Volunteer Force (UVF), ein paramili-

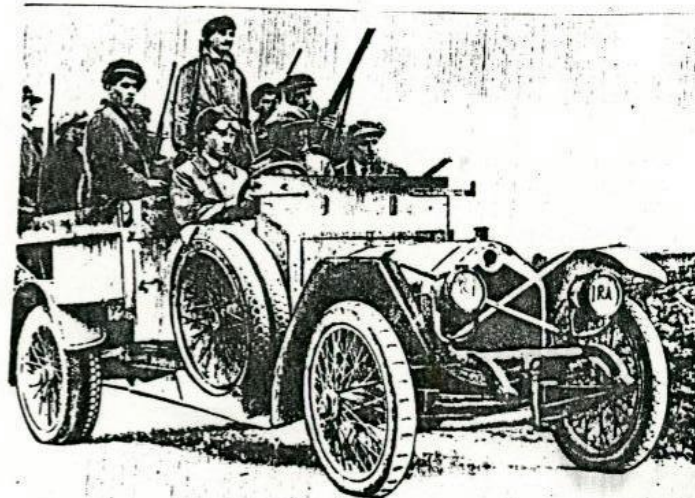
tärischer Verband. Die Briten weigern sich jedoch gegen diese bewaffnete Truppe vorzugehen und britische Militärs unterstützen die UVF sogar. Nachdem die begrenzten Forderungen auf den energischen Widerstand der Unionisten stoßen, schwächt die britische Regierung diese wieder ab, da sie darauf bedacht ist ihre eigenen Interessen abzusichern. Das Thema "Home rule" wird mit Ausbruch des 1. Weltkrieges jedoch in den Hintergrund der politischen Überlegungen Großbritanniens gestellt.

1915 beginnen die Vorbereitungen für den bewaffneten Befreiungskampf. Am Ostermontag 1916 wird mit Hilfe einer bewaffneten Truppe ("Irish Republican Brotherhood" und "Irish Citizen Army") in Dublin die Irische Republik proklamiert. Der Aufstand wird jedoch nach einwöchigem Kampf, der sich fast ausschließlich auf Dublin konzentriert, niedergeschlagen. Die Führer des Aufstands werden gefangen genommen und hingerichtet. Dieses Vorgehen der Briten ist jedoch der Anfang vom Ende der britischen Kolonie Irland. Der Versuch der Briten, unter Androhung von Gewalt wieder Stabilität zu erzwingen, resultiert in der Stärkung der republikanischen Bewegung. 1918 finden Wahlen statt, bei der Sinn Féin die Mehrheit der Sitze gewinnt. Das "Dail Eireann" (Abgeordnetenhaus) tritt im Januar 1919 in Dublin zusammen und ruft die Republik aus. Es entsteht die "Irish Republican Army" (IRA) aus den Vorläuferorganisationen "Irish Republican Brotherhood" und "Irish Citizen Army". England erklärt das Abgeordnetenhaus für illegal und läßt einzelne Abgeordnete festnehmen. Der militärische Terror setzt erneut mit Brutalität ein. Die Sog. "Black and Tans" tun sich als besonders brutale Mordschwadronen hervor. (Diese Truppe setzte sich aus ehemaligen britischen Strafgefangenen und ehemaligen Soldaten zusammen.) Die IRA bekämpft diese gewaltsamen Aktionen der Briten mit der Guerilla-Taktik, die später von Befreiungsbewegungen in anderen Ländern übernommen wird. Die Bevölkerung unterstützt die IRA mit allen Mitteln, nach und nach kontrolliert Sinn Féin die kommunalen Parlamente und die Gegenmacht nimmt immer konkretere Züge an. 1921 wird den Briten klar, daß die Situation militärisch nicht zu halten ist. Die Briten sind bereit zu verhandeln. Das Resultat dieser Verhandlungen hatten sie jedoch schon ein Jahr zuvor festgelegt. Es besteht in der Schaffung eines nordirischen Teilstaates. Dieses Staatsgebilde war auf der Grundlage einer manipulierten Aufteilung der Bevölkerung nach Konfessionen zustande gekommen, die der im Norden konzentrierten, privilegierten unionistischen Bevölkerung eine künstliche Mehrheit verschaffte und ihr im Austausch für ihre Dienste die Selbstverwaltung zubilligte. Die Delegation, die die Verhandlungen mit Großbritannien führt, stimmt einer Reihe von Vorschlägen zu, die

in einem Vertrag festgehalten werden. Dieser Vertrag bleibt jedoch weit hinter den Forderungen der Republikaner zurück. Mit Unterstützung der reaktionären irischen Kräfte wird der Vertrag dem irischen Volk unter Androhung eines "schrecklichen Krieges" aufgezwungen. Der Vertrag führt zur Errichtung zweier Teilstaaten in Irland, einem "neokolonialen" Freistaat, der jedoch immer noch politisch und ökonomisch mit Großbritannien verflochten ist, und der Kolonie Nordirland. Im Freistaat kommt es nach Vertragsabschluß zum Bürgerkrieg, in dem die republikanischen Kräfte unterliegen. Für die katholische Bevölkerung in Nordirland beginnt die systematische Diskriminierung durch die Protestanten:

- Durch gezielte Einteilung der Wahlkreise wird sichergestellt, daß selbst in Gegenden mit katholischer Bevölkerungsmehrheit die Protestanten an der Macht bleiben.
- Vor allem auch bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzvergabe werden Katholiken benachteiligt.

IRA, 1922



N O R D I R L A N D - 1 9 6 8 - 1 9 8 8 I N K Ü R Z E

1963 - 1969 war Terence O'Neill Premierminister in Nordirland. Seine Reformpolitik zielte darauf ab, neu entstandene katholische Mittelschichten in den Unionismus zu integrieren. Da dies jedoch für den Großteil der diskriminierten katholischen/republikanischen Bevölkerung keine Veränderung bedeutete, begann ab 1967 die nordirische Bürgerrechtsbewegung (Civil Rights Association) mit ihren Aktivitäten. Es kam in den folgenden Jahren, vor allem auch 1969, zu bewaffneten Angriffen von Protestanten/Loyalisten auf katholische/republikanische Wohngebiete sowie auf Bürgerrechts-Demonstrationen. Als Folge entstanden "Selbstverteidigungskomitees"; ferner führte dies zu einem Erstarken der IRA zunächst als defensive Kraft zur Verteidigung der Wohngebiete.

Im August 1969 rückte die Armee zur "Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung" in Nordirland ein, was zunächst auch von der katholisch/republikanischen Bevölkerung begrüßt wurde. Es stellte sich jedoch schon bald heraus, daß die Armee nicht etwa eine neutrale Rolle einnahm, sondern sich vielmehr radikalen Loyalisten annäherte. Der britischen Regierung ging es hierbei vor allem auch darum, einen "Zweifrontenkrieg" zu vermeiden: gegen loyaltistische Paramilitärs auf der einen und gegen die IRA auf der anderen Seite. Zeitlich fällt diese Annäherung mit der Machtübernahme der konservativen "Tories" in London zusammen (Juni 1970).

1971 führte die britische Regierung die "Internierung" ein, was Massenverhaftungen und Inhaftierungen ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren bedeutete. Am 9.8.1971, dem Tag, an dem die Internierung per Gesetz eingeführt wurde, verhafteten die Sicherheitskräfte 342 Menschen praktisch aus ihren Wohnungen heraus und verschleppten sie. Die meisten dieser Menschen hatten wenig oder gar nichts mit der IRA (der diese Aktion natürlich gegolten hatte) zu tun; die IRA selbst hatte vorzeitig von der Aktion erfahren, und die meisten ihrer Mitglieder konnten sich rechtzeitig in die Republik Irland absetzen. Im März 1972 waren 924 Menschen interniert, einige von ihnen wurden "sensorischer Deprivation" ausgesetzt.

("Sensorische Deprivation" beruht auf dem Umstand, daß das menschliche Gehirn nur so lange normal funktioniert, wie es mit genügend Sauerstoff und Zucker versorgt wird. Diese gelangen nicht in genügendem Maße in das Gehirn, wenn ein Entzug von alltäglichen Sinneseindrücken erfolgt. Die totale Isolation von Gefangenen in Zellen, die in Bezug auf Sinneseindrücke praktisch "steril" sind, führt somit dazu, daß das Gehirn nicht mehr normal arbeitet. "Sensorische Deprivation" wird insbesondere auch zur Vorbereitung auf Verhöre angewendet.)

Wie bei Mitteln zur Aufstandsbekämpfung (z.B. Plastikgeschosse) zeigt sich auch hier, daß die britische Regierung Nordirland als Testfeld für die verschiedensten Foltertechniken benutzt. Dietrich Schulze-Marmeling schreibt hierzu: "Nordirland diente nun als Experimentierfeld für diese Foltertechniken wie als Anregung für deren Fortentwicklung. In den folgenden Jahren sollten ganze Bataillone westlicher "Sicherheitstechniker" den nordirischen Kriegsschauplatz besuchen, um sich in Fragen der "Aufstandsbekämpfung" einweisen zu lassen."

Obwohl die Internierung als Konzession an das protestantisch/loyalistische Lager gedacht war, gründete sich bezeichnenderweise gleich nach Einführung der Internierung die "Ulster Defence Association" (UDA), die heute größte und einzig legale paramilitärische loyalistische Organisation, unter deren Deckmantel auch Todesschwadronen (z.B. die "Ulster Freedom Fighters", UFF) operieren.

Am 30.1.1972 versammelten sich 15.000 Menschen zu einer friedlichen, im Vorfeld verbotenen Bürgerrechts-Demonstration in Derry. Die britische Armee eröffnete das Feuer auf die friedliche Menge und tötete 14 Menschen, davon 8 Jugendliche ("BLOODY SUNDAY"). Es liegt nahe zu vermuten, daß es sich hierbei durchaus um eine geplante Aktion handelte, da z.B. hohe Militärs anwesend waren, was bei derartigen Demonstrationen ungewöhnlich war. Statt des möglicherweise beabsichtigten Abschreckungscharakters hatte das Blutbad eher den umgekehrten Effekt. Die katholische Bevölkerung erkannte spätestens jetzt, daß die britische Armee keine Friedenstruppe war, die IRA verstärkte ihre militärische Kampagne und in Dublin zogen 30.000 Menschen zur britischen Botschaft und brannten diese nieder.

Im März 1972 wurde Stormont, das nordirische Parlament, suspendiert, Nordirland wurde von nun an wieder der direkten Herrschaft Londons unterstellt ("Direct rule"). Die IRA hatte somit eines ihrer wichtigsten Etappenziele, die Auflösung des nordirischen Parlaments, erreicht. Dieser Erfolg führte zu Forderungen nach Rückkehr zur Normalität und Mäßigung seitens der Kirche und der SDLP ("Social Democratic and Labour Party"). Die IRA setzte zunächst ihre militärische Kampagne fort, erklärte aber am 26.6.1972 einseitig einen vorläufigen Waffenstillstand. Am 7.7. kam es zu bilateralen Gesprächen zwischen führenden IRA-Leuten und dem britischen Nordirlandminister Whitelaw. Damit erkannte die britische Regierung die IRA faktisch als kriegsführende Partei an, allerdings erklärte die britische Regierung sich lediglich zur "Überprüfung" der von der IRA gemachten Vorschläge bereit.

Als die britische Armee und die UDA am 9.7., also nur 2 Tage nach den Gesprächen, den Einzug von Katholiken in ihnen zugewiesene Wohnungen verhinderten, eröffnete eine IRA-Einheit das Feuer auf die Soldaten. Am 21.7. zündete die IRA 26 Bomben innerhalb von 75 Minuten in Belfasts Stadtzentrum, wobei 11 Menschen getötet wurden ("BLOODY FRIDAY").

10 Tage später begann die "Operation Motorman", die Besetzung der für kurze Zeit selbstverwalteten katholischen Wohngebiete ("no go areas") durch britische Armee, UDR ("Ulster Defence Regiment") und RUC ("Royal Ulster Constabulary"). Insgesamt waren 36.000 Mann der Sicherheitskräfte an dieser Aktion beteiligt. Die IRA hatte sich zu diesem Zeitpunkt zurückgezogen, es wurde kein Sinn in einer "Entscheidungsschlacht" gesehen, und die Bevölkerung war noch zu irritiert von dem "Bloody Friday", um einen breiten militanten Widerstand zu organisieren. Der IRA gelang es allerdings in der folgenden Zeit, wieder in die Viertel (Derry-Bogside, West-Belfast) einzusickern.

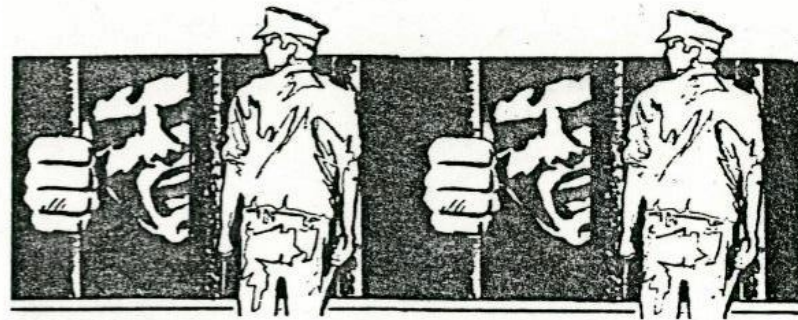
Im Dezember 1973 fand die Konferenz von Sunningdale statt, mit der die britische Regierung das Ziel verfolgte, die SDLP und die Republik Irland verstärkt in ihre Befriedungsstrategie einzubinden. Wesentliche Bestandteile des Abkommens waren:

1. Die Bildung einer gesamtirischen Exekutive, des "Council of Ireland", die formal die Basis für den Anspruch auf Wiedervereinigung bildete. Faktisch war die Frage der Wiedervereinigung allerdings von der protestantischen Mehrheit in Nordirland abhängig.

2. Effektivierung der politischen und militärischen Bekämpfung der IRA unter verstärkter Einbindung der Republik Irland. Schon im Sunningdale-Abkommen wurde die Auslieferung von IRA-Leuten durch die Republik vereinbart ("Extradition").

Das Problem bestand nun darin, sowohl der protestantischen als auch der katholischen "community" das Abkommen zu verkaufen. Während die radikalen Nationalisten den "Council of Ireland" als reines Symbolobjekt ansahen, war er für die radikalen Loyalisten ein "Reizobjekt", das sie schließlich auch durch einen Generalstreik des UWC ("Ulster Workers' Council") 1974 zu Fall brachten. Gleichzeitig kam es zu Angriffen loyalistischer Paramilitärs, die im Mai 1974 auch auf das Gebiet der Republik Irland ausgeweitet wurden. Bei Bombenanschlägen in Monaghan und Dublin wurden 31 Menschen getötet. Sunningdale war gestorben.

Nach Anschlägen der IRA in England wurde ebenfalls 1974 der "Prevention of Terrorism Act" (PTA) eingeführt.



1976 wird der Status der politischen Gefangenen ("special category status") aufgehoben. Es begannen die Proteste republikanischer Gefangener (1976: "blanket protest", 1978: "no wash protest"), die in den 1. Hungerstreik von Oktober bis Dezember 1980 mündeten. Da die britische Regierung sich nicht an die Abmachungen, die zur Beendigung des Hungerstreiks führten, hielt, begannen die Gefangenen am 1.3.1981 ihren 2. Hungerstreik. Ihre 5 Forderungen waren:

1. Keine Gefängnisstrafe
2. Keine Zwangsarbeit
3. Das Recht, sich mit anderen politischen Gefangenen zu treffen und Freizeitgestaltung und Unterricht selbst zu organisieren
4. Das Recht auf einen Brief, einen Besuch oder ein Paket pro Woche
5. Wiedereinführung des Begnadigungsrechts

Am 9.4.1981, also während des Hungerstreiks, wurde Bobby Sands als Abgeordneter ins britische Unterhaus gewählt. Er starb im Mai 81 im Hungerstreik; bis zum August 81 starben weitere 9 Gefangene aus IRA und INLA. Am 3.10.81, also nach 217 Tagen, wurde der Hungerstreik von Seiten der Gefangenen für beendet erklärt. Die britische Regierung war trotz internationaler Proteste auf keine der Forderungen eingegangen. Ab 1979 war Thatcher Regierungschefin, die auch später noch ihre harte Linie in Sachen Nordirland fortführte - bis zum heutigen Tag. Der Hungerstreik wurde von "riots" in Nordirland, insbesondere nach den Todesfällen, begleitet. Alleine im Mai 1981, als 4 der Gefangenen starben, feuerten die Sicherheitskräfte knapp 17.000 Plastikgeschosse ab, während es z.B. im März 1981, d.h. zu Beginn des Hungerstreiks, "nur" 320 waren. Zwischen April und August 1981 wurden 7 Menschen durch Plastikgeschosse getötet. Insgesamt haben die Sicherheitskräfte zwischen 1972 und 1986 16 Menschen mit Gummi- und Plastikgeschossen ermordet, darunter 7 Schulkinder im Alter zwischen 10 und 15 Jahren. Alle bis auf einen dieser 16 Menschen waren Katholiken.

Die Entwicklung seit Beginn der 80^{er} Jahre ist durch verschiedene Tendenzen gekennzeichnet. Eine Schwächung des "konstitutionellen Nationalismus", wie er von der SDLP vertreten wird, bei gleichzeitigem Erstarken von Sinn Féin, die als "politischer Flügel der IRA" bezeichnet wird und heute etwa 30% der nordirischen Katholiken repräsentiert. Eine unvermindert starke IRA, von der selbst führende britische Militärs sagen, daß sie militärisch nicht zu besiegen sei. Eine unvermindert harte Linie der Thatcher-Regierung allen Forderungen nach einem Truppenabzug im eigenen Land zum Trotz. Großbritannien verlor im Nordirland-Konflikt mehr Soldaten als in jeder anderen kriegerischen Auseinandersetzung nach dem 2. Weltkrieg. Der Verbleib Nordirlands im britischen Staatswesen kostet Großbritannien - grob gerechnet - etwa 4 Milliarden DM pro Jahr.

Im November 1985 kam es zum anglo-irischen Abkommen von Hillsborough. Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein "Sicherheitsabkommen" zwischen London und Dublin.

- Die Dubliner Regierung erklärt, daß eine Änderung des Status' Nordirlands nur dann in Betracht kommt, wenn die Mehrheit der Nordiren dafür stimmt. Faktisch kommt dies einer Anerkennung des sektiererischen Staatswesens gleich, da die Mehrheit der Nordiren protestantisch (loyalistisch/unionistisch) ist.
- Es wird ferner eine enge Zusammenarbeit britischer und irischer Sicherheitskräfte vereinbart (Treffen von RUC- und Gardai-Offizieren). Die Dubliner Regierung erklärt sich (wie schon im Sunningdale-Abkommen) dazu bereit, in die Republik Irland geflüchtete IRA-Leute an die britische Justiz auszuliefern ("Extradition"). Derartige Auslieferungen, zuletzt im August 88, führen regelmäßig zu landesweiten Protesten und "riots".
- Die Dubliner Regierung erhält die Möglichkeit, Vorschläge bezüglich Nordirland zu unterbreiten. Diese Vereinbarung, die in den Medien vielfach als "Mitspracherecht" verkauft wird, bedeutet faktisch keine Veränderung, da die von der irischen Regierung gemachten Vorschläge nur durch die britische Regierung umgesetzt werden können.
- London erklärt sich zu Reformen, vor allem der Sicherheitskräfte, bereit. Obwohl dies lediglich formale Zugeständnisse sind, die in der Tat bis heute noch nicht eingelöst sind, führen sie zu starken Protesten von Seiten der Loyalisten.

Für die britische Regierung ergibt sich aus dem Abkommen somit die Möglichkeit effizienter gegen die IRA vorzugehen, indem dieser ihr logistisches Hinterland (die Republik Irland) entzogen wird. Andererseits muß sie faktisch keine Konzessionen an die Adresse der irischen Regierung bzw. der nationalistischen Minderheit in Nordirland machen.

Es drängt sich hierbei die Frage auf, wie die Haltung der irischen Regierung zu bewerten ist. Die Republik Irland ist in hohem Maße ökonomisch wie politisch als instabil zu betrachten. Sie weist die höchste Pro-Kopf-Verschuldung weltweit auf, ein Drittel der Iren in der Republik lebt in Armut. Das Establishment in der Republik hat kein Interesse an einer Wiedervereinigung, u.a. deshalb, weil es derzeit keine politische Kraft in der Republik gibt, die fähig wäre, die Entwicklungen in einem wiedervereinigten und unabhängigen Irland zu kontrollieren. Befürchtet wird außerdem ein Erstarken Sinn Féins auch im "Süden"; Sinn Féin ist momentan die einzige politische Partei, die in beiden Landesteilen präsent ist und sowohl im "Norden" wie im "Süden" über gewählte Abgeordnete verfügt. In ähnlichem Maß befürchtet

die katholische Kirche bei einer Wiedervereinigung unter Erstarken Sinn Féins an Einfluß zu verlieren.

Ab November 1987 forcierte die IRA ihre militärische Kampagne, die bis heute andauert. Dabei wurden verstärkt auch "harte" Ziele angegriffen. Beispielsweise wurden zwischen Januar und August 1988 fünfmal soviele britische Soldaten Opfer von IRA-Anschlägen wie im gesamten Jahr 1987. Gleichzeitig war auch die Zahl ziviler Opfer wesentlich höher als in den vergangenen Jahren.

Seit 1969 wurden 1485 Zivilisten Opfer des Krieges, wobei die IRA 310, andere republikanische Organisationen 263 und Loyalisten und Sicherheitskräfte 912 Menschen töteten.

Am 6.3.1988 wurden 3 IRA-Mitglieder von dem SAS ("Special Air Service") in Gibraltar getötet. Der SAS ist eine verdeckt operierende Spezialeinheit der britischen Armee, deren Aufgabe u.a. darin besteht, Guerillia-Kämpfer gezielt zu erschießen. Seit 1976 hat der SAS in Nordirland mindestens 47 Menschen getötet.

Bei dem Begräbnis der 3 IRA-Leute griff ein loyalistischer Attentäter die Menschenmenge mit Handgranaten und Schusswaffen an, wobei 3 Menschen getötet wurden. 3 Tage später fuhren 2 zivil gekleidete Männer mit ihrem Wagen in einen Trauerzug und zogen ihre Waffen. Die Menge glaubte zunächst an einen erneuten loyalistischen Angriff, entwaffnete und verprügelte die beiden Insassen, die später als britische Soldaten identifiziert und von der IRA erschossen wurden.

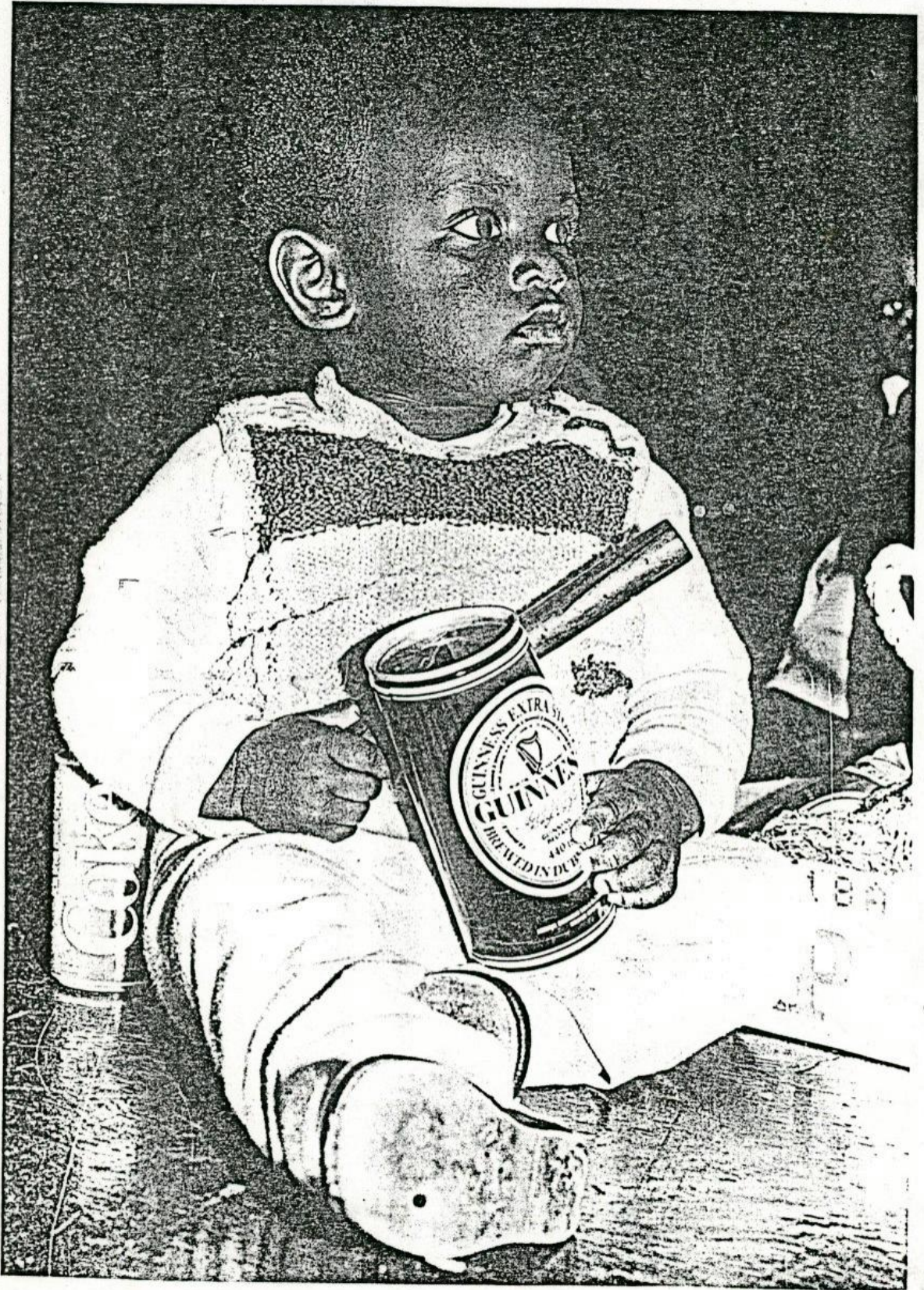
In Fortsetzung von Thatchers' "shoot to kill"-Politik wurden Ende August 3 IRA-Leute von der SAS aus einem Hinterhalt ermordet, nachdem wenige Tage zuvor 11 britische Soldaten von einer IRA-Bombe getötet wurden. Ähnlich wie in Gibraltar und typisch für den SAS, erfolgte auch hier kein Versuch, die IRA-Leute festzunehmen.

1989 jährt sich zum zwanzigsten Mal der Einmarsch britischer Truppen in Nordirland. Es ist davon auszugehen, daß die IRA ihre militärische Kampagne auch im nächsten Jahr intensivieren wird. Die britische Regierung wird vermutlich mit ihrer "shoot to kill"-Politik fortfahren. Eine neue Tendenz in Thatchers' Umgehen mit der IRA und Sinn Féin ist schon jetzt auszumachen. Der BBC soll untersagt werden, Interviews mit Vertretern von Sinn Féin, immerhin einer legal gewählten Partei, auszustrahlen. Weiterhin wird überlegt, den Angeklagten das Recht, die Aussage zu verweigern, zu nehmen. Der Staatsapparat muß dann nicht mehr die Schuldigkeit eines Angeklagten beweisen; keine Aussage zu machen, wird bereits als Hinweis auf die Schuldigkeit gewertet. Diese Tendenzen sollten von uns auch vor dem Hintergrund der "Europäisierung" im "Sicherheitsbereich" ab 1992 diskutiert werden.

"Sie verachteten unsere Familien so sehr wie sie uns verachteten und haßten. Sie beleidigten sie, schikanierten sie und brachen ihnen das Herz, indem sie ihre Söhne und Töchter folterten. Ich war naiv, als ich jung war. Hier war ich nun auf dem Rückweg in ein verdrecktes Betongrab, wo ich um mein Überleben kämpfte, um mein Recht, als politischer Kriegsgefangener anerkannt zu werden, um ein Recht, für das ich immer kämpfen würde."

BOBBY SANDS





SOZIALE SITUATION

Nordirland ist nach Kalabrien die zweitärmste Region innerhalb der EG. Insbesondere das republikanische West-Belfast mit Stadtvierteln wie Falls, Ballymuphy oder Springmartin ist von sehr hohen Arbeitslosenzahlen und entsprechender Armut gezeichnet.

% der Haushalte mit weniger als £ 100 pro Woche	
Süd-Ost England	22
Östliche Midlands	28
Wales	32
Schottland	32
Nordirland	37
West-Belfast	56
Lower Falls (1986)	82
Alle Zahlen aus 1984/85, wenn nicht anders angegeben.	

% Kinder, die in Armut leben	
Großbritannien	31
Nordirland	33
Divis Flats (Lower Falls)	95
Armut wird hierbei definiert als "social benefit" + 40%.	
Zahlen aus 1986.	

Das durchschnittliche wöchentliche Einkommen in Nordirland beträgt 71.5% dessen in Großbritannien (1986).

Die durchschnittlichen Ausgaben für Heizung und Licht sind in Nordirland 46% höher als in Großbritannien, während die Unterstützungsraten gleich hoch sind.

In Nordirland sind wesentlich mehr Menschen arbeitslos als in anderen Regionen von Großbritannien:

Arbeitslosenrate in % (1984)	
England	12.8
Wales	16.8
Schottland	15.2
Nordirland	21.0

Wiederum ist die Situation in republikanischen Stadtvierteln West-Belfasts wesentlich schlimmer als in Nordirland allgemein. Beispielsweise waren in Ballymuphy 1983 86% aller Erwachsenen arbeitslos, in Lower Falls (ohne Divis Flats) waren 1986/87 61% aller ökonomisch aktiven Menschen arbeitslos.

Die hohen Arbeitslosenraten in republikanischen Stadtvierteln sind eine direkte Folge der Diskriminierung von Katholiken/Republikanern bei der Arbeitsplatzvergabe. Der Zensus von 1981, der von vielen Katholiken boykottiert wurde, zeigt z.B. folgendes Bild:

Arbeitslosenrate in %	Katholiken	Protestanten
Alle Altersgruppen	25	11
16 - 25 jährige	39	19.6
36 - 50 jährige	21	7

1986 wurde in einer Studie nachgewiesen, daß eine derart höhere Arbeitslosigkeit unter Katholiken nicht durch z.B. mindere Qualifikation der Katholiken zu erklären ist.

Siehe auch den Artikel "Soziale Diskriminierung in Nordirland"

Soziale Diskriminierung in Nordirland

Steigende Erwerbslosigkeit verbreitert konfessionelle Beschäftigungskluft / Im britischen Interesse

Im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichte die britische Regierung ein Paket von Vorschlägen, das dem Abbau der sozialen Diskriminierung bzw. einer faireren Verteilung von Arbeitsplätzen in Nordirland dienen soll. Bevor wir diese Vorschläge auf ihren Gehalt überprüfen, ist es sinnvoll, einen Blick auf die aktuelle Beschäftigungssituation in Nordirland und die Entwicklung des Verhältnisses von protestantischer zu katholischer Erwerbslosigkeit zu werfen. Denn nur so kann diskutiert werden, was erforderlich ist, um dem Mißstand der sozialen Diskriminierung effektiv beizukommen, und ob die jüngsten britischen Vorschläge diesen Erfordernissen genügen.

Eine sektiererische Ökonomie

Nordirland ist ökonomisch eine abhängige Peripherie des englischen Zentrums. Für alle ökonomischen Krisen, die Nordirland seit seiner Gründung durchlebte, läßt sich konstatieren, daß sie erheblich stärker und anhaltender ausfielen als im englischen Zentrum. Aber auch im Vergleich zu Schottland und Wales schnitt Nordirland stets schlechter ab. Die Gesamterwerbslosigkeit wird z. Zt. offiziell mit 17,3 % angegeben. Die männliche Erwerbslosigkeit wird vom staatlichen Department of Economic Development (DED) mit 21 % beziffert, die Frauenerwerbslosigkeit mit 11,5 %. Tatsächlich dürfte die Gesamterwerbslosigkeit allerdings bei deutlich über 20 % liegen, da die DED-Statistik längst nicht alle von Erwerbslosigkeit Betroffenen erfaßt. So bleiben u. a. Erwerbslose, die zeitweilig an Erwerbslosenprogrammen teilnehmen, wie diejenigen, die eine Unterstützung einlagen (was nicht gerade wenige sind), von der Statistik ausgenommen.

Nach protestantischer und katholischer Erwerbslosigkeit aufgeschlüsselt, ergaben Schätzungen des Cambridge-Ökonomen *Bob Rowthorn* (1985) folgendes Bild:

	Katholiken	Protestanten
Männer	38 - 40 %	18 - 20 %
Frauen	18 - 19 %	11 - 12 %

In der DED-Städtestatistik liegen die mehrheitlich katholischen Städte Strabane (31,2 %), Cookstown (30,8 %), Newry (27,8 %) und Derry (26 %) vorne. Die niedrigste Erwerbslosenquote weist die mehrheitlich protestantische Stadt Ballymena (13,2 %) auf, gefolgt von den ebenfalls mehrheitlich protestantischen Städten Belfast (16,7 %) und Craigavon (17,6 %). Obgleich sich laut DED die Arbeitsplatzsituation in den letzten Monaten leicht verbessert hat, bleibt dies ohne Auswirkungen auf das Verhältnis von katholischer zu protestantischer Erwerbslosigkeit. Diesbezüglich kann die Differenz, wie sie auf Grundlage des Census of Population von 1981 (s. u.) berechnet wurde, weiterhin als gültig betrachtet werden.

Während die Gesamterwerbslosigkeit Nordirlands deutlich über der Großbritanniens liegt, muß dies für die protestantische Erwerbslosenrate relativiert werden. 1981 lag die männliche katholische Erwerbslosigkeit deutlich über den höchsten Erwerbslosenquoten auf der britischen Insel (Merseyside 19,5 %, Clydeside 19,1 %, Tyne and Wear 18,2 %, West Midlands 16,7 %). Hingegen wich die männliche protestantische Erwerbslosigkeit von der Gesamtquote in Großbritannien (11,3 %) nur geringfügig ab, wogegen sie deutlich höher ausfiel als in den wohlhabenderen Gegenden Großbritanniens wie Ostengland (8,5 %) und - London ausgenommen - Südostengland (8,1 %). Die nordirischen Protestanten stehen somit dem sozialen Niveau auf der britischen Nachbarinsel erheblich näher als ihre katholischen Mitbürger. Für den Fortbestand pro-britischer Loyalität dürfte dies nicht unbedeutend sein.

Von noch größerem Interesse ist, daß sich seit Einführung von "direct rule", d.h. der Ablösung des rein protestantischen Regimes und der Übernahme der Verwaltung der Provinz durch London, die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Erwerbslosigkeit noch weiter vergrößert hat:

Männer-Erwerbslosigkeit

	Katholiken	Protestanten
Census 1971	17,3 %	6,6 %
Census 1981	30,2 %	12,4 %

Während die katholische Erwerbslosigkeit also um 12,9 % anstieg, nahm die protestantische Erwerbslosigkeit "nur" um 5,8 % zu. Die Differenz vergrößerte sich von 10,7 % auf 17,8 %. Diese Daten widersprechen ganz offensichtlich der weit verbreiteten Annahme, daß die sozialen Differenzen zwischen den beiden nordirischen Populationen in den 70er Jahren mit steigender Erwerbslosigkeit eine Nivellierung erfahren hätten, folglich die Konfessionszugehörigkeit kein wesentlicher Faktor mehr sei. Zwar läßt sich ein signifikanter Anstieg protestantischer Erwerbslosigkeit nicht leugnen, entscheidender ist jedoch die Tatsache, daß eine meßbare soziale Kluft zwischen beiden "communities" nach wie vor existiert. So gibt es unverändert ein Milieu für eine sektiererische - d.h. entlang von konfessionellen und nicht von Klassenlinien formulierte Politik.

Es kann somit überhaupt nicht davon die Rede sein, daß die Intervention Londons eine Verbesserung der sozialen Situation der Katholiken/Nationalisten, ihre soziale Gleichstellung mit den Protestanten wie eine Beseitigung der materiellen und strukturellen Grundlagen des protestantischen Sektiererturns zur Folge hatte. Vielmehr darf unterstellt werden, daß sich die referierten Daten nicht anders gestalten würden, wäre es beim Zustand ante "direct rule" geblieben. Die protestantische Erwerbslosig-

keit stieg nicht etwa d... an, weil nun Katholiken bei Neueinstellungen gleich... rechtigt oder gar bevorzugt behandelt wurden, sondern weil bestimmte Produktionsbereiche, in denen vorrangig Protestanten beschäftigt waren (was wiederum ihrer Bevorzugung geschuldet war), der ökonomischen Krise erlagen.

Erklärungsmuster

Für den Fortbestand der Beschäftigungskluft zwischen Protestanten und Katholiken werden seitens der britischen Regierung gewöhnlich die folgenden Erklärungsmuster offeriert:

- Die Katholiken seien vor allem in den ökonomisch unterentwickelten, vorrangig agrarisch geprägten westlichen Gebieten Nordirlands angesiedelt. Abgesehen davon, daß dies eine koloniale Vorgeschichte hat: nämlich die Vertreibung der katholischen Ureinwohner aus den östlichen Grafschaften Antrim und Down, ihre Abdrängung in die unwirtlicheren Gebiete des Westens wie die exklusive Einbindung des dann mehrheitlich protestantischen Raumes Belfast in den britischen Industrialisierungsprozeß, liegt die katholische Erwerbslosigkeit überall - im Westen wie im Osten - über der der Protestanten. Die größte Disparität existiert in Cookstown, im

Westen gelegen: Dort betrug 1981 die katholische Erwerbslosigkeit 43,3 %, die protestantische hingegen "lediglich" 14,4 %.

Ein weiteres Beispiel für den beschränkten Aussagewert dieses Erklärungsmusters ist die Verteilung der Beschäftigung in Belfast: Während die Gesamterwerbslosigkeit Belfasts unter dem Landesdurchschnitt liegt, beträgt sie im katholischen Westen der Stadt das Doppelte. Daß die der britischen Insel zugewandten Grafschaften ökonomisch besser entwickelt sind als die Regionen westlich des Flusses Bann, soll nicht bestritten werden. Nur: Katholiken, die östlich des Bann wohnen, sind trotzdem nicht weniger von Erwerbslosigkeit betroffen als die Katholiken im Westen Nordirlands. Sie partizipieren somit nicht an der ökonomisch besseren Lage im Osten. Und umgekehrt: Protestanten, die westlich des Bann leben, sind auch dort in erheblichem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen als die Katholiken im Westen Nordirlands. Erklären läßt sich dieses Phänomen nur mit der unverändert vorhandenen Virulenz sozialer Diskriminierung unter religiösen Vorzeichen.

- Das zweite Erklärungsmuster verweist darauf, daß Investitionen sich gewöhnlich dorthin orientieren, wo bereits eine industrielle Infrastruktur und genügend aus-

gebildete Arbeitskräfte existieren. Da diese Voraussetzungen - durch die Geschichte der nordirischen Wirtschaft bedingt - zumeist nur in protestantischen Gebieten gegeben seien, kämen die katholischen Gebiete oftmals zu kurz. Das Erklärungsmuster ist durchaus zutreffend, wogegen es nicht das gesamte Ausmaß der ungleichen Beschäftigungsverteilung begründen kann. Doch gleichzeitig verdeutlicht es, was notwendig wäre, um der Beschäftigungsdiskrepanz effektiv beizukommen: nämlich die Außerkräftsetzung dieser Bewegungsgesetze, oder konkreter: eine Politik der bewußten Investitionslenkung und positiven Diskriminierung zugunsten der bislang benachteiligten Gesellschaftsgruppe, was selbstverständlich der Philosophie der freien Marktwirtschaft widerspricht (der widersprechen allerdings auch die immensen Subventionen, die die britische Regierung den loyalistischen [Beschäftigungs]hochburgen im Osten Belfasts zukommen läßt).

Die Theorie der Wachstumszentren ist ein Beleg dafür, daß ein zeitgemäßer Kapitalismus und eine anachronistisch amutende Diskriminierungsform durchaus eine erquickliche Beziehung eingehen können. Der Zusammenbruch der protestantischen/unionistischen Wirtschaft und das Eindringen internationalen Kapitals hatte in den 60er und 70er Jahren nicht zur Folge, daß sich die konfessionelle Zusammensetzung der Beschäftigten zugunsten der Katholiken verschob. Mit Einführung von "direct rule" ist die soziale Diskriminierung entlang von Konfessionslinien keineswegs verschwunden. Sie hat lediglich ein technokratisches Gewand erhalten. Es genügt eine Haltung des ökonomischen *laissez faire*, um die Beschäftigungskluft - und damit auch die konfessionelle Spaltung - zu konservieren.

Doch die britische Regierung beläßt es nicht beim *laissez faire*: Die beiden größten Arbeitgeber der Belfaster Protestanten, die Werft Harland & Wolff und die Flugzeug- und Maschinenfabrik Shorts, die zusammen ca. 10.000 Erwerbstätige beschäftigen, existieren überhaupt nur noch deshalb, weil die wirtschaftspolitische Philosophie der Thatcher-Administration ihnen gegenüber keine Anwendung findet. Über 90 % der bei Shorts Beschäftigten sind Protestanten, bei Harland & Wolff dürfte der Beschäftigungsanteil der Katholiken unter 5 % liegen.

Anfang der 80er Jahre kam Shorts wegen seiner sektiererischen Einstellungspraxis ins Gerede, geändert hat sich seitdem kaum etwas: Von den 1983 und 1984 bei Shorts getätigten Neueinstellungen waren 85,4 % Protestanten und 14,6 % Katholiken. Die Argumente, die auf der britischen Insel für die Schließung derart verlustreich arbeitender Unternehmen herhalten müssen, zählen bezüglich Harland & Wolff und Shorts nicht. Die britische Regierung schlägt hier zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen benötigt jeder Staat, der in der Weltpolitik mitspielen will, ein gewisses Arsenal strategischer Industrien, die notfalls auch mithilfe staatlicher Subventionen am Leben gehalten werden. Die britische Regierung hat diese teilweise in Nordirland konzentriert, um zum anderen protestantische Loyalität durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu sichern. Beide Firmen erhalten umfangreiche staatliche Subventionen und gelangen bevorzugt in den Genuß staatlicher Aufträge (wobei es sich häufig um Rüstungsaufträge handelt). Harland & Wolff erhält jährlich aus der Staatskasse 60 Millionen Pfund (was den jährlichen Verlusten entspricht). Jeder Arbeitsplatz auf der Werft wird vom britischen Steuerzahler mit jährlich 12.000 Pfund subventioniert. Die Social Democratic and Labour Party (S.D.L.P.) fordert ein 100 Millionen Pfund-Programm für West Belfast (inklusive dessen protestantischen Teil), ohne daß in Aussicht steht, daß die britische Regierung diese Summe gewährt wird. Mittlerweile sieht Harland & Wolff dem Auftrag für einen gigantischen Luxusliner entgegen, der die Queen Elizabeth noch übertreffen soll. Dafür bedarf es allerdings einer zusätzlichen staatlichen Rückendeckung in Höhe von ca. 100 Millionen Pfund (also exakt der Summe, um die die S.D.L.P. bettelt). Die Chancen hierfür sollen nicht schlecht stehen. Shorts verzeichnete 1986 und 1987 Rekordverluste in Höhe von 50 Millionen Pfund. Doch profitiert Shorts nun von der SDI-Vereinbarung zwischen London und Washington sowie einem Auftrag für eine neue Rakete, erteilt vom britischen Verteidigungsministerium, der mit 225 Millionen Pfund der größte Einzelauftrag ist, den Shorts jemals erhalten hat. Die neue Produktionsstätte, die hierfür notwendig ist, soll in Castlereagh, ebenfalls im mehrheitlich protestantischen Osten der Stadt gelegen, entstehen. Ein Ausweichen nach West Belfast, etwa auf das verrottende Gelände der ehemaligen Autofirma De Lorean in Suffolk, steht nicht zur Diskussion.

Da beide Firmen sich längst in staatlicher Hand befinden, von staatlichen Subventionen und staatlichen Aufträgen abhängig sind, bestehen geradezu ideale Voraussetzungen für eine Politik der positiven Diskriminierung. Da die Gesetze der freien Marktwirtschaft bezüglich Harland & Wolff und Shorts nicht gelten, sondern gegenüber beiden Firmen bereits eine äußerst staatsinterventionistische und dirigistische Politik verfolgt wird, können diese kaum gegen eine Strategie der positiven Diskriminierung ins Feld geführt werden. Doch bislang schlägt der Staatsinterventionismus einseitig zugunsten der Belfast Protestanten aus. Die Einstellungspraxis beider Firmen, auf die die britische Regierung direkt Einfluß nehmen kann, ist weit davon entfernt, Katholiken auch nur proportional zu ihrem Anteil an der Belfast Bevölkerung zu berücksichtigen.

Zudem winken viele Katholiken von vornherein müde ab, wenn bei Harland & Wolff und Shorts Arbeitsplätze neu zu besetzen sind. Beide Firmen haben nicht nur eine lange Tradition sektiererischer Einstellungspraxis, sondern auch der Belästigung katholischer Mitarbeiter und ihrer Vertreibung vom Arbeitsplatz. Zuletzt geschah dies im größeren Maßstab im Frühjahr 1986 im Zusammenhang mit der loyalistischen Rebellion gegen das anglo-irische Abkommen. Bereits die Anfahrt zu einem in einer loyalistischen Hochburg gelegenen Arbeitsplatz ist für Katholiken mit Risiken für Leib und Leben behaftet. Auch diesbezüglich stehen der Regierung die Mittel zur Verfügung, die notwendig sind, um derartige Mißstände abzustellen. Doch stattdessen wird eine Forderung der in den USA populären MacBride-Prinzipien, daß der Arbeitgeber für die Sicherheit des Arbeitnehmers auch bei seinem Weg zur und von der Arbeit zu sorgen hat, als investitionsfeindlich denunziert. Die MacBride-Prinzipien, benannt nach ihrem Verfasser, dem zwischenzeitlich verstorbenen amnesty international-Gründer, Friedensnobelpreis- und Leninpreisträger sowie ehemaligen Außenminister der Republik Irland, Sean MacBride, bilden eine Basis für eine strenge und effektive Antidiskriminierungsgesetzgebung. Sie bewegen sich allerdings unterhalb der Ebene der positiven Diskriminierung. Dennoch werden sie von der britischen Regierung abgelehnt. Nach dem Willen ihrer amerikanischen Befürworter sollen die MacBride-Prinzipien auf die in Nordirland investierenden US-Firmen Anwendung finden.

Während für Katholiken der Gang nach East Belfast kaum vorstellbar ist, bestehen für Protestanten derartige Probleme offensichtlich nicht. Daß Katholiken auch dann diskriminiert werden, wenn die Produktionsstätten in mehrheitlich katholischen Gebieten liegen, zeigt das Beispiel der beiden West Belfast Firmen Sirocco und Ford. 1983 waren nur 4 % der 850 bis 900 bei Sirocco Beschäftigten Katholiken. Und bei Ford waren 1981 91 % der ausgebildeten Arbeitskräfte Protestanten. Die Tatsache, daß beide Firmen ausländischer Herkunft sind (Südafrika bzw. USA), belegt noch einmal, daß die Internationalisierung der nordirischen Produktion keineswegs eine ausgeglichene konfessionelle Zusammensetzung der Beschäftigung zur Folge hatte.

West Belfast: ein europäisches Soweto

Man darf getrost annehmen, daß Harland & Wolff und Shorts längst nicht mehr produzieren würden, wenn mit ihrer Existenz nicht auch die Frage politischer Loyalität verbunden wäre. Zwar haben beide Firmen in den vergangenen 25 Jahren ihre Belegschaft erheblich reduziert,

entscheidender ist jedoch, daß sie noch existieren und somit noch eine Bevorzugung und Überlegenheit des protestantischen Klientels symbolisieren können. Ein Umdenken bei der East Belfast Arbeiterschaft würde wohl nur dann einsetzen, wenn beide Produktionsstätten definitiv geschlossen werden. Doch hat die britische Regierung offensichtlich ein Interesse daran, Harland & Wolff und Shorts gerade in ihrer Eigenschaft als exklusiv protestantische Arbeitgeber aufrecht zu erhalten. Währenddessen geht der katholische Westen der Stadt vor die Hunde. Die durchschnittliche Erwerbslosigkeit des katholischen West Belasts liegt bei 50 %, in einigen Gegenden - wie Divis Flats, Ballymurphy/Springhill etc. - beträgt sie mittlerweile 70 bis 87 %. Den S.D.L.P.-Politiker Joe Headron veranlassen diese Zahlen wie die große Armut und die hohen Krankheitsraten, West Belfast mit dem südafrikanischen Vorstadthetto Soweto zu vergleichen. Die britische Regierung unternimmt nicht nur nichts, um hier neue Industrien anzusiedeln, sie streicht auch noch den selbstverwalteten Einrichtungen, die sich dem Zusammenbruch der Strukturen in West Belfast entgegenstemmen, die Mittel. Als Vorwand dienen oftmals deren angebliche Verbindungen mit der I.R.A. Aber auch hier wird mit zweierlei Maß gemessen: Obgleich die Polizei kürzlich bei Davy Payne, einem loyalistischen Paramilitär, der eine führende Rolle in zahlreichen "community"-Projekten in den protestantischen Bezirken von North und West Belfast spielt, einen Haufen Waffen fand, hatte dies keinerlei Auswirkungen auf die staatliche Unterstützung der Projekte.

Die Kürzungen, die die Thatcher-Administration kürzlich im Gesundheits- und Bildungswesen verabschiedet hat, werden die ohnehin schon benachteiligten katholischen Gebiete (von ihrer Wirkung her) ungleich härter treffen als die protestantischen. Wenn jeder staatliche Entwicklungsbeitrag verweigert wird und zugleich alle Ansätze "von unten", die dem Zusammenbrechen der sozialen Strukturen entgegenarbeiten, systematisch zerstört werden, dann bleibt eigentlich nur noch eine Schlußfolgerung: Nicht die ökonomische Befriedung der radikalrepublikanischen Hochburg West Belfast steht auf der Tagesordnung britischer Nordirlandpolitik, sondern die Reduzierung der dortigen Bevölkerung durch Vertreibung. Materielle Perspektivlosigkeit und tagtäglich Besatzungssterror sollen die dort Lebenden müde machen, auf daß sie in größeren Scharen emigrieren. Der britischen Regierung mangelt es an den Ressourcen, die notwendig wären, um sich auch zu versichern der Loyalität der protestantischen Mehrheit zu zurechtfinden und zugleich die katholische/nationalistische Minderheit zu integrieren.

Die Katholiken Nordirlands haben mit den Schwarzen Südafrikas vieles gemeinsam. Beide Populationen leben in einer politischen und ökonomischen Apartheidgesellschaft. Dennoch existiert ein nicht unerheblicher Unterschied: Die Schwarzen sind in einer überwältigenden Mehrheit, und ohne ihre Anwesenheit würde das südafrikanische System nicht funktionieren. Im Falle der nordirischen Katholiken verhält es sich anders: Sie befinden sich in der Minderheit und verdanken ihre Anwesenheit nicht zuletzt der Tatsache, daß die "Plantation"-Strategie - die Ansiedlung einer englandhörigen protestantischen Gesellschaft und die Vertreibung der katholischen Ureinwohnerschaft aus der Provinz Ulster - seinerzeit nicht vollständig realisiert werden konnte. Die nordirische Wirtschaft ist auf die katholische Minderheit kaum an-

gewiesen und würde durch der assenhafte Abwanderung kaum tangiert werden. Die katholischen Nordirlands verfügen somit nicht über einen starken ökonomischen Arm. Die katholischen Erwerbslosen, die immerhin 40 % der arbeitsfähigen Katholiken Nordirlands ausmachen, sind ökonomisch wie aber auch politisch ein Ballast, da sie eine Basis für Disloyalität und radikalen Republikanismus darstellen. Der einzige Grund, der aus imperialistischer Sicht für ihren Verbleib spricht, ist, daß ihre Anwesenheit die Entwicklung von Klassenkämpfen innerhalb der protestantischen "community" wie die Abkehr von den Ideologien des Unionismus/Loyalismus behindert, da sie den protestantischen "underdogs" das Gefühl gibt, aufgrund ihrer Konfessionszugehörigkeit und ihrer pro-britischen Loyalität etwas Besseres zu sein.

Das Schicksal internationaler Gelder

Nach der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens verkündeten Dublin und die S.D.L.P. lauthals, daß nun ein warmer Regen von Investitionsgeldern und Arbeitsplätzen auf die besonders deprivierten Gebiete niedergehen würde. Im Oktober 1987 befanden sich gerade 57 Millionen Pfund im Topfe des Internationalen Irland Fonds, also weniger, als Harland & Wolff allein im Jahr von der britischen Regierung an Subventionen erhält. Bei der Verteilung der Gelder ging West Belfast so gut wie leer aus: Ein Prozent der Gelder ging nach West Belfast. Bis zu 300 neue Arbeitsplätze dürfen West Belasts Bürger erwarten. Dabei ist aber längst nicht klar, daß diese auch in ihrer Mehrheit an Katholiken gehen werden. Viele Gelder wandern nämlich in High Tech-Projekte, die nicht nur wenig Arbeitsplätze schaffen, sondern für die Katholiken auch oftmals nicht die geforderte Qualifikation beibringen können. Dies liegt wiederum in der sozialen Diskriminierung, die ein früheres Verlassen der Schule zur Folge hat, wie in der Diskriminierung im Bildungswesen begründet, was hier jedoch nicht weiter erörtert werden kann. Es sei nur angemerkt, daß die jüngsten Vorschläge der Thatcher-Administration, das Bildungssystem in Nordirland betreffend, die Diskrepanz zwischen katholischer und protestantischer Qualifikation weiter wachsen lassen werden, da sie insbesondere die ärmeren Schichten, die bei den Katholiken ausgebreiteter sind, tangieren.

Sofern auf katholischer Seite kassiert wird, geht das Geld in die Taschen etablierter Einrichtungen. So erhielt die katholische Kirche aus dem internationalen Topf eine erkleckliche Beihilfe für die Renovierung des Irish College in Paris. Ein anderer Empfänger ist der lukrative Tourismussektor, der ohnehin schon im Norden wie im Süden umfangreiche Subventionen aus der jeweiligen Staatskasse erhält. Das vom Internationalen Fonds gesponserte Amenities Development Scheme beinhaltet u.a. die Verbesserung von Angel-, Segel- und Reitmöglichkeiten... In einigen Fällen sollen private Golfclubs in den Genuß der Gelder kommen sein. Insgesamt läßt sich eine Tendenz feststellen, wie sie bereits aus anderen Ländern der Dritten Welt hinsichtlich des Verbleibs sogenannter Hilfgelder bekannt ist: Die Gelder wandern in wachstumssträchtige Sektoren, die der externen Hilfe am wenigsten bedürfen, sowie in die privaten Taschen des lokalen Establishments, um diese im imperialistischen Sinne zu korrumpieren. Die Sinnhaftigkeit externer Hilfeleistungen für Nordirland soll nicht per se in Abrede gestellt werden. Indes sollte jede externe Hilfe an die Bedingung

geknüpft werden, daß sie a) vorrangig solchen Gebieten zugutekommt, in denen die Not - aufgrund jahrzehntelanger struktureller Diskriminierung - am größten ist, und b) nicht an private Unternehmer und (quasi-) staatliche Institutionen, sondern an die direkt Betroffenen und deren Projekte, die an den tatsächlichen Bedürfnissen orientiert sind, ausgehändigt werden.

Ein weiteres Problem ist der Verbleib von EG-Geldern, die von ihrer Bestimmung her als Hilfe zur Selbsthilfe in den besonders deprivierten Gebieten gedacht sind. Die Gelder aus dem EG-Regionalfonds werden in die Gesamtausgaben der britischen Regierung inkorporiert, so daß sie kaum mehr identifizierbar sind. Faktisch bedeutet dies, daß die EG die britische Nordirlandpolitik mitfinanziert, die für West Belfast lediglich die Armeevorsicht, während der weit weniger bedürftige Ostteil der Stadt mit Subventionen bedacht wird.

Die neuen Fair Employment-Vorschläge

1976 rief die britische Regierung die Fair Employment Agency (FEA) ins Leben. Ihre Etablierung dient primär dazu, das ramponierte Image der nordirischen Wirtschaft aufzupolieren. Bezüglich der sektiererischen Vergabe von Arbeitsplätzen blieb die FEA indes ohne positive Auswirkungen. Und nicht nur das: Obgleich die sektiererische Praxis von Shorts evident war (und ist), stellte die FEA der Firma Anfang der 80er Jahre einen Persilschein aus, um ihr zu einem Auftrag des Pentagons zu verhelfen. Die Funktion der FEA bestand somit nicht zuletzt darin, durch Imagekosmetik den loyalistischen Arbeitgebern Aufträge zu sichern und für die loyalistischen Gebiete Investoren zu gewinnen. Von Anfang an zeigte die FEA ein bemerkenswertes Interesse an individuellen Fällen sozialer Diskriminierung, während die diskriminierende Praxis ganzer Betriebe und Branchen weitgehend unthematisiert blieb. Die individuelle Diskriminierung hat jedoch für sich, daß sie - aufgrund der Technokratisierung des Sektiererturns - kaum nachweisbar ist. Kein Arbeitgeber begründet mehr die Nichteinstellung eines Katholiken mit dessen Konfessionszugehörigkeit, sondern wird mangelhafte Qualifizierung bzw. die seiner Ansicht nach besseren Voraussetzungen des protestantischen Bewerbers anführen.

Die neuen Fair Employment-Vorschläge sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß die FEA heute, 12 Jahre nach ihrer Installation, selbst unter erheblichen Imageproblemen (insbesondere in den USA) leidet. Es geht also wiederum lediglich um Propaganda, während die Basisstrukturen des Sektiererturns auch in Zukunft unangestastet bleiben. Im einzelnen gestalten sich die neuen Vorschläge wie folgt:

- Der Arbeitgeber wird verpflichtet, die Chancengleichheit bei der Vergabe von Arbeitsplätzen zu fördern. Dies war er auch bisher, mit dem referierten Resultat. Er wird weiter die Möglichkeit erhalten, gegen die Unterrepräsentation einer konfessionellen Gruppe in der Belegschaft die Initiative zu ergreifen. Dieser Passus macht geradezu Spaß an, da die sektiererische Vergabe von Arbeitsplätzen bislang sicherlich nicht an der Unfähigkeit des Arbeitgebers lag, über Einstellungen zu entscheiden.

Anmerkungen zum "Wiederaufbau" Belfasts

Stadtentwicklung im Zeichen der Aufstandsbekämpfung

- Alle Arbeitgeber mit mehr als 25 Beschäftigten sind dazu verpflichtet, die religiöse Zusammensetzung ihrer Belegschaft zu "überwachen". Zuwiderhandlungen werden als kriminelle Vergehen behandelt und strafrechtlich verfolgt. Außerdem droht der Ausschluss von staatlichen Subventionen und Aufträgen.

"Überwachung" verpflichtet erstmalig zu überhaupt nichts, ist lediglich von statistischem Wert. Auch die bisherigen Fair Employment-Bestimmungen sahen die Möglichkeit vor, Firmen, die einen Verhaltenskatalog, der die Bereitschaft zur fairen Vergabe von Arbeitsplätzen beinhaltet, nicht unterzeichneten, Subventionen und Aufträge zu verweigern. Dennoch waren es nicht zuletzt die staatlichen Betriebe - Shorts und Harland & Wolff - deren Einstellungspraxis und Belegschaftsproporz besonders sektiererisch geprägt waren. Und wie im Falle des Falles verfahren wird, dokumentiert das bereits angeführte Beispiel der Firma Shorts, die seinerzeit den Katalog schnell unterzeichnete und sich von der FEA ein gutes Führungszeugnis ausstellen ließ.

Zudem ist nicht irrelevant, daß Firmen mit weniger als 25 Beschäftigten von der Überwachung ausgenommen bleiben. Dies entspricht der Größe des protestantischen Familien- und Kleinbetriebes, der in Nordirland nach wie vor die dominante Betriebsform darstellt.



ser Fälle erhoben die Arbeitgeber vor dem Court of Appeal Einspruch, mit dem Ergebnis, daß das Gericht in 4 Fällen die FEA-Entscheidung revidierte. So ist das Andauern des Sektiererturns garantiert, während die Statistik auch fortan sauber bleiben wird: wenig Klagen und kaum richterliche Entscheidungen, die die Diskriminierung bestätigen. Gleichzeitig wird diese Statistik in einem schreienden Gegensatz zu der weiteren Entwicklung des Verhältnisses von katholischer zu protestantischer Beschäftigung stehen. Katholiken werden sich erst gar nicht in größerer Zahl bei Harland & Wolff bewerben, da sie sich ohnehin keine Chancen ausrechnen und ihre körperliche Unversehrtheit in East Belfast nicht garantiert ist. Und die, die sich bewerben und eine Absage erhalten, werden in ihrer Mehrzahl erst gar nicht die FEC kontaktieren, da ihnen der dann folgende Marathon zu mühselig und aussichtslos ist.

Das "neue", frisch und hehr klingende Prinzip soll lauten: "Der beste Mann für den entsprechenden Job." Was ungelernete Berufe anbelangt, so wird man genügend katholische wie protestantische Kandidaten finden. Bei den gelernten Berufen sieht dies gänzlich anders aus, aufgrund der durchschnittlich besseren Ausbildung von Protestanten. Der flotte Spruch, scheinbar über jede Form von religiöser Diskriminierung erhaben, ist somit eine Garantie dafür, daß sich nichts, aber auch gar nichts in Nordirland ändern wird. In Verbindung mit einer Haltung des *laissez faire* werden die neuen Vorschläge bestenfalls dazu taugen, die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Erwerbslosigkeit nicht noch größer werden zu lassen. Damit bleibt jedoch der Nährboden für sektiererische Ideologie bestehen. Und gegenüber dem amerikanischen Kongreßabgeordneten Joe Kennedy hat das Shorts-Management bereits geäußert, daß die neuen Vorschläge keinerlei Auswirkungen auf die Einstellungspraxis der Firma zeitigen werden. Der einseitige Staatsinterventionismus zugunsten der Protestanten, der sich zur *laissez faire*-Haltung noch hinzugesellt, wird aber zur Folge haben, daß sich allem Fair Employment-Gerede zum Trotz die Kluft noch weiter vergrößern wird.

Ein weiterer Mangel der neuen Fair Employment-Vorschläge ist, daß sie weder einen Zeitplan, noch eine konkrete Zielsetzung enthalten. Ab wann die religiöse Zusammensetzung einer Belegschaft als "zufriedenstellend" zu betrachten ist, ob dies bereits bei einem katholischen Anteil von lediglich 10 bis 15 % oder aber erst bei einem Anteil von um die 30 % der Fall ist, bleibt unbestimmt. Genausowenig wird den Firmen ein Zeitraum vorgegeben, in dem sie für eine "zufriedenstellende" Zusammensetzung ihrer Belegschaft zu sorgen haben. Dies ermöglicht den Arbeitgebern, ihre Fair Employment-Aktivitäten auf pure Absichtserklärungen zu beschränken. Auf diese Probleme angesprochen, äußerte Nordirlandminister King kürzlich, er setze auf eine allgemeine Ausweitung der Beschäftigung, die beide Bevölkerungsgruppen erfasse. Die bisherigen Erfahrungen lassen jedoch nicht einmal zu, diese Äußerung als frommen Wunsch zu denunzieren. Die Zunahme von Arbeitsplätzen wird die Kluft zwischen katholischer und protestantischer Beschäftigungsrate nicht verringern, solange sie nicht von Maßnahmen begleitet wird, die die Basisstrukturen des Sektiererturns berühren.

Dietrich Schulte-Marmeling

Der folgende Artikel widmet sich der Frage, inwieweit die offiziellen "Sicherheitskräfte" in Nordirland - und hier insbesondere die britische Armee - in die Stadtplanung von Konfliktzentren wie Belfast intervenieren, um sie ihren Interessen anzupassen. Die Beschäftigung mit dieser Frage läßt deutlich werden, in welchem Ausmaß die bewaffneten Staatsorgane auf die nordirischen "Tagesgeschäfte" Einfluß nehmen.

Die Absicht der britischen Zentralmacht, die Kapitalakkumulation in Nordirland auch in einer Situation internen Konflikts und unter sich ständig verändernden Marktverhältnissen zu sichern wie auch derart zu schaffenden "allgemeinen Wohlstand" als sozial-politisches Bewuschigungsmittel einzusetzen, drängt das britische Militär in die Rolle eines in der politischen, ökonomischen und räumlichen Entwicklung von Land und Stadt stets präsenten Bremsklotzes, der von sich mit Unschuldsmiene behauptet, doch nur "pig in the middle" zwischen zwei "wilden irischen Stämmen" zu sein. Tatsächlich jedoch hat sich das britische Militär die traditionelle städtische Segregation von Katholiken und Protestanten in Belfast zunutze gemacht.

Aus "Sicherheitsgründen" wurden nach massiven Fluchten von Katholiken aus religiös gemischten Wohngebieten in sozial-religiös einheitliche Viertel in den Jahren 1969 und 1971, sogenannte "peace lines" an den Grenzen der jeweiligen protestantischen und katholischen Arbeiterviertel gezogen. Die Errichtung dieser "Friedenslinien" war der erste Schritt zur Neutralisierung jener Orte, an denen es seit mehr als 80 Jahren immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen irisch/nationalistischer und loyalistischer Bevölkerung gekommen war.



Straßenszene in Belfast

Die ersten "Friedenslinien" waren in der Regel recht einfach gebaute Drahtzäune. Zwischen dem katholischen Falls und dem protestantischen Shankill in Belfasts Westen wurde, nach Absprache mit den Anwohnern, im September 1969 ein Stacheldrahtzaun errichtet. Als Grenzkonflikte dadurch nicht aufzuhalten waren, wurden die Zäune bald durch stabilere Wellblechwände ersetzt. Heute finden sich in fast allen Grenzgebieten der Arbeiterviertel Trennmauern aus Beton oder Stein oder Eisengitterzäune ("Security Walls" oder euphemistisch "Environmental Improvement Walls" im Jargon der Planer). Einige, insbesondere die grossen "Security Walls", besitzen Durchgangstore für Fußgänger, die jedoch im Bedarfsfall geschlossen werden können. So wurde z. B. während der loyalistischen Straßenschlachten mit dem Militär im Sommer/Herbst 1984 verhindert, daß Bewohner des protestantischen Shankill nach Falls eindringen.

Nur wenige "Security Walls" wurden in Absprache mit den Anwohnern oder gar auf deren Wunsch errichtet. Die Bewohner von Springmartin (West Belfast) sollen durch falsche Bombenwarnungen der Armee dazu gebracht worden sein, der Forderung nach Bau einer Trennmauer zuzustimmen.

Neben "Friedenslinien" blockierten in den ersten Wochen der britischen Militärintervention Straßensperrn die Verbindungsstraßen zwischen Falls und Shankill. Die Armee besetzte in West- und Nord-Belfast Hochhäuser, die ihr als Observationsposten dien(t)en. Hinzu kamen Verkehrskontrollpunkte ("Vehicle Check Points"). Als die Armee schließlich selbst Ziel des republikanischen Widerstandes wurde, war sie bereits in der Lage, "unruhige" Stadtteile einzukapseln, Aufständische zu isolieren. Die Idee war jedoch die Internierung der Aufständischen und insbesondere der IRA-Mitglieder; das Militär war also gezwungen, in die eingekreisten Viertel einzudringen.

Militärtaktiken und Einfluß auf die staatliche Planung

Die Aneignung von Kenntnissen über Räume und deren Bewohner ist das A und O militärischen Erfolgs. Der im Jahre 1974 eingeführte Prevention of Terrorism Act gibt der Armee das Recht, "Verdächtige" bis zu 48 Stunden festzuhalten. Armee und Polizei wurden ermächtigt, nach Belieben jede/n nach Personalien und Wegeslinien zu befragen. Die RUC kann "Verdächtige" bis zu 48 Stunden festhalten. Mit Genehmigung des Nordirlandministers kann die Haft um weitere fünf Tage verlängert werden.

Um sich in den zu kontrollierenden Gebieten cinnisten zu können, erlaubt das Gesetz der Armee, sich entsprechende räumliche Bedingungen zu schaffen. Bereits im Frühjahr 1973 wurde der Abriss mehrerer Hauserrichen in West Belfast angeordnet, weil sie ein Sicherheitsrisiko für die Truppen darstellten. Für die Armee stellte sich aber immer noch das Problem, wie der betreffende Raum weiter isoliert und sodann sicher durchdrungen werden konnte, um einerseits den Konflikt von der

- Die Möglichkeiten des Arbeitnehmers bleiben weiter beschränkt. Er kann seinen Fall vor einem neu zu schaffenden Diskriminierungstribunal vortragen. Doch um die sektiererische Entscheidung des Arbeitgebers zu revidieren oder eine finanzielle Entschädigung zu erhalten, bedarf es einer Entscheidung durch ein ordentliches Gericht, den High Court. Desweiteren bleibt dem Arbeitgeber die Möglichkeit, gegen das Ergebnis eines von der Fair Employment Commission (die die FEA ablösen soll) vorgelegten Untersuchungsbericht, der eine sektiererische Vergabepaxis konstatiert (was aber erstmalig der Fall sein muß...), vor dem Court of Appeal Einspruch zu erheben. Der betroffene Arbeitnehmer hat also einen Marathon mit höchst ungewissem Ausgang zu absolvieren. Dies wie die gewöhnlichen Resultate des Marathons haben bereits in der Vergangenheit viele von der Diskriminierung Betroffene von vornherein abgeschreckt, ihre Fälle der FEA vorzutragen. Bis 1981 wurde die FEA mit lediglich 216 Beschwerden konfrontiert. In Anbetracht der Tatsache, daß in dieser Zeit die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Erwerbslosigkeit weiter zunahm, eine bemerkenswert geringe Zahl. In lediglich 10 dieser Fälle kam die FEA zu dem Schluß, daß ein Akt religiöser Diskriminierung vorliegen würde. Gegen 6 die-



Ballymurphy: Spielplätze spielen keine Rolle im Konzept der Militärstraßen

Außenwelt abzutrennen und andererseits im Innern Kontroll- und Straffunktionen auszuüben. Zu diesem Zweck mußte sie aktiv in die Stadtgestaltung eingreifen.

Im Frühjahr 1982 wurde erstmals die Existenz des sog. "Security Committee on Housing" bekannt, als vertrauliche Dokumente der zentralen Wohnungsbaubehörde (NIHE) und des Ministeriums für Infrastrukturversorgung (DOE) an die Öffentlichkeit gelangten, aus denen hervorgeht, daß die britische Armee Planungsvorhaben in ihrem Sinne korrigieren läßt. Es gilt als erwiesen, daß das Militär ein Vetorecht ausübt, das normale Einspruchsmöglichkeiten bei weitem überschreitet. Dem Komitee gehören neben Armee-Vertretern Mitarbeiter der Belfast Entwicklungsbehörde (BDO), Vermittlerinstanz innerhalb des DOE und zwischen anderen Ministerien wie Gesundheit, Handel, Erziehung) an, während die NIHE-Planer fehlen. In diesem Gremium werden dem Militär Planungsvorschläge zur Abnahme vorgelegt. Formalrechtlich fragwürdig ist dieses Verfahren deswegen, weil die NIHE lediglich dazu verpflichtet ist, eine Planungs- und Baugenehmigung des DOE einzuholen. Im oben erwähnten Schriftwechsel wurde sie jedoch aufgefordert, das Militär frühzeitig über ihre Pläne und die konkreten Inhalte zu informieren, um spätere kostspielige Korrekturen zu vermeiden.

"Zivile" Planung

Das Militär muß heute jedoch nur noch in Ausnahmefällen eingreifen. Die "zivile" Stadtplanung allein gewährt der britischen Armee ausreichende Unterstützung. Sie kommt durch Vorabermüllung militärischer Forderungen seitens der Planer zustande oder ist einfach Produkt der spezifischen Bedingungen in Belfast. Die politische Lage in Nordirland zwingt Planer zu Bauformen, die primär

der Absicht dienen, Anwohner und ihre Siedlungen vor Übergriffen rivalisierender Gruppen zu schützen.

Durch die unterschiedliche Gestaltung von Hauptverkehrs-, Zugangs- und Anliegerstraßen wird versucht, sozial-religiös homogene Stadtteile und Wohnsiedlungen funktional deutlich voneinander zu trennen, ebenso Wohngebiete von reinen Verkehrsbereichen. Eine weitere Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Reduzierung von Zu- und Ausfahrtswegen von Wohnsiedlungen. Außerdem werden "gemischtkonfessionelle" Hauptverkehrsstraßen gelegentlich verbreitert, nicht nur um stärkeren Verkehr aufnehmen zu können, sondern manchmal, um als weitere Pufferzone zwischen zwei Wohngebieten zu dienen. Der einzige bisher fertiggestellte Teil der in den 60er Jahren auf dem Papier entworfenen Stadtautobahn, der Westlink, trennt heute - mehr zufällig als absichtsvoll geplant - das katholische Unity Place ("Unity Flats") vom protestantischen Shankill und weiter südlich den protestantischen Abschnitt des Broadway vom katholischen in der Nähe des Royal Victoria Hospitals. Diese Art der Stadtgestaltung hat zwei Effekte:

- Sie trennt die rivalisierenden Gruppen.
- Sie erlaubt eine Mischung dieser Gruppen erst auf den "anonymen" Hauptverkehrsstraßen.

Planen und Bauen zum Zweck der Trennung von Bevölkerungsgruppen haben sich zum Mittel zur Eindämmung von Strassenunruhen und zur Erschwerung von Anschlügen auf Militär und RUC fortentwickelt. Dessen sichtbar Ausdruck sind zahlreiche Polizei- und Militärbeobachtungsposten, von denen aus das Innere der Wohngebiete beobachtet werden kann, über die scheinbar undurchdringlichen Trennmauern hinweg. Von hier aus wird die Mobilität der Bewohner kontrolliert, indem bei-

spielsweise PKW-Kennzeichen verglichen werden, um Kontakte von Anwohnern mit Nichtanwohnern festzustellen. Mobile Patrouillen kontrollieren währenddessen die Hauptverkehrsstraßen.

Neue Siedlungsbauformen

Weitere mobilitätshemmende Wirkungen, die dem Militär Sicherheit im Innern des jeweiligen Territoriums gewahren, bietet die Bauweise von Kleinsiedlungen innerhalb konfessionell homogener Wohngebiete. Diese Siedlungen erinnern in ihrer kreisförmigen Bauart an aneinandergereihte "Wohninseln". Die Häuser kehren in den meisten Fällen ihre Rückwände nach außen, die dadurch als Schutzmauern gegen Angriffe dienen (können), während der Innenraum des Komplexes von Küche und Wohnzimmer aus beobachtet werden kann. Diese Schutzfunktion ist dort besonders deutlich, wo die Häuserwände nur wenige, schmale Fenster besitzen. Diese Bauweise und andere Details soll den Bewohnern eine Art Besitzer- und Verantwortungsgefühl vermitteln. Sie sollen für den Erhalt "ihres Hauses" Sorge tragen, aktiv und passiv "Vandalisierung" verhindern helfen.

Die hohe Bebauungsdichte erschwert außerdem nicht nur ein Eindringen von außen in diese Wohnkomplexe, sondern schränkt auch die Mobilität im Innern ein. Derart auf sich selbst konzentrierte Wohngebiete bieten keinen Raum für z. B. die Aufnahme einer großen Anzahl Protestierender und Rebellierender aus der Nachbarschaft. Sie eignen sich auch nicht als Angriffsziele von Protestaktionen: Tumulte in ihnen würden allenfalls eigene Besitzstände beschädigen. Wer Widerstand demonstrieren will, muß also aus den Kleinsiedlungen ausbrechen.

Womit wir wieder am Anfang des Zirkels angekommen wären. Die Beobachtung durch Militär und RUC, die von ihren Observationstürmen und -posten auf den Hochhäusern stets Einblick in die Gebiete haben, läßt jede Ansammlung frühzeitig erkennen. Eine Blockade der Auffahrtswegen kann diese Wohnkomplexe unverzüglich isolieren, den Protest im Keim ersticken. Auch der Einsatz des häufig über der Stadt rotierenden Helikopters kommt hier zur Hilfe. In West Belfast's Ballymurphy wird die Beobachtung aus der Luft, so sagen die Bewohner, durch die unterschiedliche Farbgestaltung ihrer neuen oder renovierten Wohnsiedlungen erleichtert.

Die einmal als "Riot-proof Courts and Squares" (aufstandssichere Wohngebiete und Plätze; s. Shiels) bezeichneten Wohngebiete kommen RUC und Militär in noch einem weiteren Fall gelegen. Durch ihre Sackgassenform sind sie im Gegensatz zu den Häuserreihen der alten Zeit ungünstige Hinterhaltstellungen für Heckenschützen, da sie keinen Fluchtweg mehr durch Hinterausgänge über mehrere Straßenzüge hinweg bieten. Die Siedlungen können dann folglich auch einzeln und selektiv durchsucht werden. Mit der Gewißheit, daß, sind erst einmal die wenigen Ausgänge blockiert - und einige Kleinsiedlungen, z.B. in Ballymurphy, sind bereits mit Eisengittern umzäunt worden -, niemand das Gebiet und die Gebäude ungesehen verlassen kann. Um der stets vorhandenen Gefahr, dennoch in einen Hinterhalt zu geraten, vorzubeugen, werden Patrouillengänge britischer Soldaten in West Belfast heute nicht mehr in einer geschlossenen Gruppe durchgeführt. Da diese sich als zu

leicht verwundbar erwiesen hat, verteilen sich die Soldaten nun über den offenen Raum zu allen Seiten hin. So kann auch beim Betreten einer Sackgasse eine Nachhut Rückendeckung geben und den einzigen Ausweg versperren. "Dank" Wohnraumisolierung und Außenbeobachtung sind diese Patrouillen heute seltener geworden.

Das "Paradestück"

In der Ende der 70er Jahre fertiggestellten westlichen Erweiterung Belfasts, Poleglass, vereinen sich - vielleicht mit Ausnahme der "Security Walls" - sämtliche sicherheitspolitisch geprägten Planungsmodelle. Poleglass erreichte Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der Aufdeckung des Eingreifens des Militärs in die Stadtplanung.

Die Sackgassen in diesem für 2.000 katholische Familien gebauten Viertel sind durch Fußwege verbunden, die jedoch so breit ausgelegt sind, daß sie für Militärfahrzeuge passierbar sind. Diese Verbindungswege sind an den Enden durch Betonblöcke versperrt, die nur von schweren Fahrzeugen beiseite geschoben werden können. Außerdem wurde ihr Fundament verstärkt, so daß sie das Gewicht schwerer Fahrzeuge aushalten. Offiziell heißt es dazu, die Verbindungen sollten nur Ambulanzen und Feuerwehrfahrzeugen, nicht jedoch dem privaten PKW-Verkehr zugänglich sein. Ob allerdings Krankenwagen etc. für das Niederwalzen von Betonblöcken ausreichend ausgerüstet sind, erscheint mehr als fragwürdig.

In Poleglass, wie in anderen stadterneuerten Gebieten Belfasts, wurde im Vergleich zur überkommenen Bauweise mit wesentlich geringerer Häuserdichte gebaut. Planer begründen dies u.a. mit veränderten Wohnstandards oder auch der Notwendigkeit, erstmals Parkmöglichkeiten für den privaten PKW bereitzustellen. Geringere Bebauungsdichte bedeutet aber auch mehr Raum für die Beobachtung und Durchdringung eines Stadtteils. Darüberhinaus wird den Bewohnern durch die gewünschten Entfernungen im Viertel die Möglichkeit zum raschen Sammeln an einem Ort und auch zum Angriff gegen fremde Ziele erschwert. Die dünnere Besiedlung bietet schließlich einen schlechteren Schutz vor den Nachstellungen der Staatsorgane. Wo das Kraftfahrzeug neue Mobilitätschancen eröffnen könnte, dienen Sackgassen und Betonpfähle als deren Schranken.

Die Konzentration von Katholiken in Nord und West Belfast hat jedoch heute dazu geführt, daß bei knapper werdendem Wohnraum wieder mit höherer Wohndichte gebaut werden muß.

Andreas Cebulla

Literatur zum Thema

- Aleone, D.: *Who Plans Belfast?* in "Scope", April 1982, S. 4-6
 Book, F.W. und Murray, Dr. R.: *A City in Conflict* in "Geographical Magazine", März 1977, S. 364-371
 Dawson, G.: *Planning in the Shadow of Urban Civil Conflict: A Case Study from Belfast*. Liverpool 1984: University of Liverpool, Department of Civil Design
 Deane-Drummond, A.: *Riot Control*. London 1975: Royal United Services Institute
 Hillyard, P.: *Law and Order in Northern Ireland: The Background to the Conflict*. Ang. J. Darby, S. 32-60. Belfast 1983: Appleton Press
 Kitson, F.: *Low-Intensity Operations, Subversion, Insurgency and Peace-keeping*. London 1975: Faber
 Mallon, A. F.: *Counter-Insurgency Architecture and its Relevance to Modern Urban Design*. Belfast 1977: Diploma dissertation, Queen's University of Belfast
 Shiels, D.: *Urban Politics in North Belfast*. Belfast 1983: BSc. dissertation, Department of Social Studies, Queen's University of Belfast

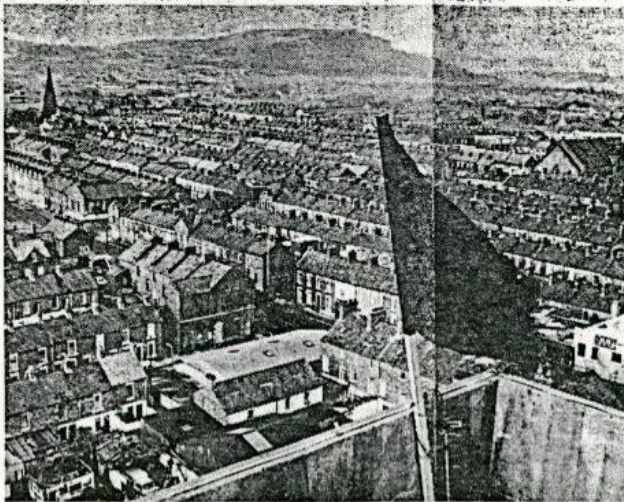
Katholiken auf nordirischem Arbeitsmarkt ohne Chance

In katholischen Arbeitervierteln gibt es 80 Prozent Arbeitslosigkeit / Einseitige Investitionspolitik der britischen Regierung / Arbeitslosen Selbsthilfegruppen aus katholischen Regionen gedrängt / Bemühungen, die USA — den größten ausländischen Direktinvestor — zu einer gerechteren Investitionspolitik zu veranlassen

Aus Belfast Raif Sotscheck

„Vor zwanzig Jahren haben wir in den Straßen von Belfast und Derry für ein Ende der Diskriminierung von Katholiken demonstriert“, sagt Finbar O'Doherty, der damals eine führende Rolle in der Bürgerrechtsbewegung spielte. „Seit der Gründung dieses Staates im Jahr 1922 waren Katholiken sowohl in Bezug auf das Wahlrecht, als auch bei der Wohnungs- und Stellenvergabe benachteiligt. Zwar ist das Wahlrecht inzwischen nicht mehr an Hausbesitz gebunden, aber bei der Verteilung der Arbeitsplätze hat sich nichts getan — im Gegenteil: Die Situation hat sich verschlechtert. Das anglo-irische Abkommen, das gerade drei Jahre alt geworden ist, hat daran nichts geändert, obwohl es ausdrücklich zu einer gerechteren Einstellungspraxis führen sollte.“

Die staatliche „Agentur für gerechte Jobverteilung“ (FEA) hat Zahlen vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß zweieinhalbmal so viele katholische Männer arbeitslos sind, wie ihre protestantischen Geschlechtsgenossen. Wegen des Niedergangs der Schwerindustrie ist zwar auch die Arbeitslosigkeit unter den Protestanten gestiegen, doch der Verfall der traditionell „katholischen“ Textil- und Bauindustrie hat sich weitaus stärker bemerkbar gemacht. Die Arbeitslosenzahl in katholischen Arbeitervierteln beträgt bis zu 80 Prozent. Doch die britischen Investitionsprogramme konzentrieren sich auf protestantische Viertel. Für Katholiken ist es nicht nur schwierig, in diesen Vierteln Arbeit zu



Bis zu 80 % Arbeitslosigkeit — Turf Lodge, ein katholisches Arbeiterviertel in Belfast

Foto: Network

bekommen, sondern auch lebensgefährlich: seit Anfang der siebziger Jahre haben protestantische Paramilitärs immer wieder katholische „Eindringlinge“ ermordet. Das hat zu einer nahezu vollständigen „vertikalen Segregation“, also einer Trennung der beiden Bevölkerungsteile anhand von Religionszugehörigkeit, geführt. Und die Trennung ist sichtbar: zwischen der katholischen Falls

Road und der protestantischen Shankill Road verläuft ein Wellblechzaun. Andieser „Friedenslinie“ kommt es häufig zu regelrechten Schlächten.

Die britische Regierung versucht, ihre (Nicht-)Subventionen zur Aufstandskontrolle einzusetzen. In das katholische West-Belfast fließen keine öffentlichen Gelder. Der britische Innenminister Hurd hat Ende letzten Jahres

allen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen in diesem Viertel die Mittel gestrichen, weil sie angeblich Verbindungen zu „Terroristen“ haben. Erklärten sich die Projekte bereit, in das „neutrale“ Stadtzentrum umzusiedeln, so wurde ihnen die Unterstützung wieder bewilligt. Gleichzeitig spendierte die Regierung dem protestantischen Ost-Belfast ein neues Schwimmbad. Trotz aller antlichen Betu-

erungen, der ungerechten Einstellungspraxis ein Ende bereiten zu wollen, sieht das Bild in den staatlichen Betrieben nicht besser aus. In der Flugzeug- und Waffenfabrik „Shorts“, die in West-Belfast liegt, arbeiten nur fünf Prozent Katholiken. Robin McAnulty ist 28 Jahre alt. Er hat noch nie einen festen Job gehabt, bei „Shorts“ würde er jedoch nicht arbeiten: „Ich bin doch nicht verrückt. In der Fabrik wimmelt es doch nur von britischen Fahnen, ständig marschieren die Loyalisten in ihren Uniformen über den Fabrikhof. Da bin ich mir doch meines Lebens nicht sicher.“ Auch in den gehobenen Positionen stellen die Katholiken unter fünf Prozent. Die FEA gibt zu, daß die Katholiken in diesem Bereich stark benachteiligt sind: „Die Bewerber müssen sich bei Ausschüssen vorstellen, die fast ausschließlich mit Protestanten besetzt sind.“

Selbst ausländische Investoren haben die diskriminierende Einstellungspraxis übernommen. Der „Irish National Caucus“ — eine Gruppe irischer Emigranten in den USA — versucht seit Jahren, US-amerikanische Niederlassungen in Nordirland zu einer gerechteren Stellenvergabe zu bewegen. Die USA sind der größte ausländische Investor in Nordirland. 23 US-Firmen mit einer Gesamtinvestition von 29 Milliarden Dollar beschäftigen — direkt oder indirekt — 17.000 Menschen. Der „National Caucus“ fordert, daß diese Firmen sich den „McBride-Prinzipien“ unterwerfen sollen.

Diese Prinzipien sind von dem im Januar verstorbenen irischen Friedensnobelpreisträger und

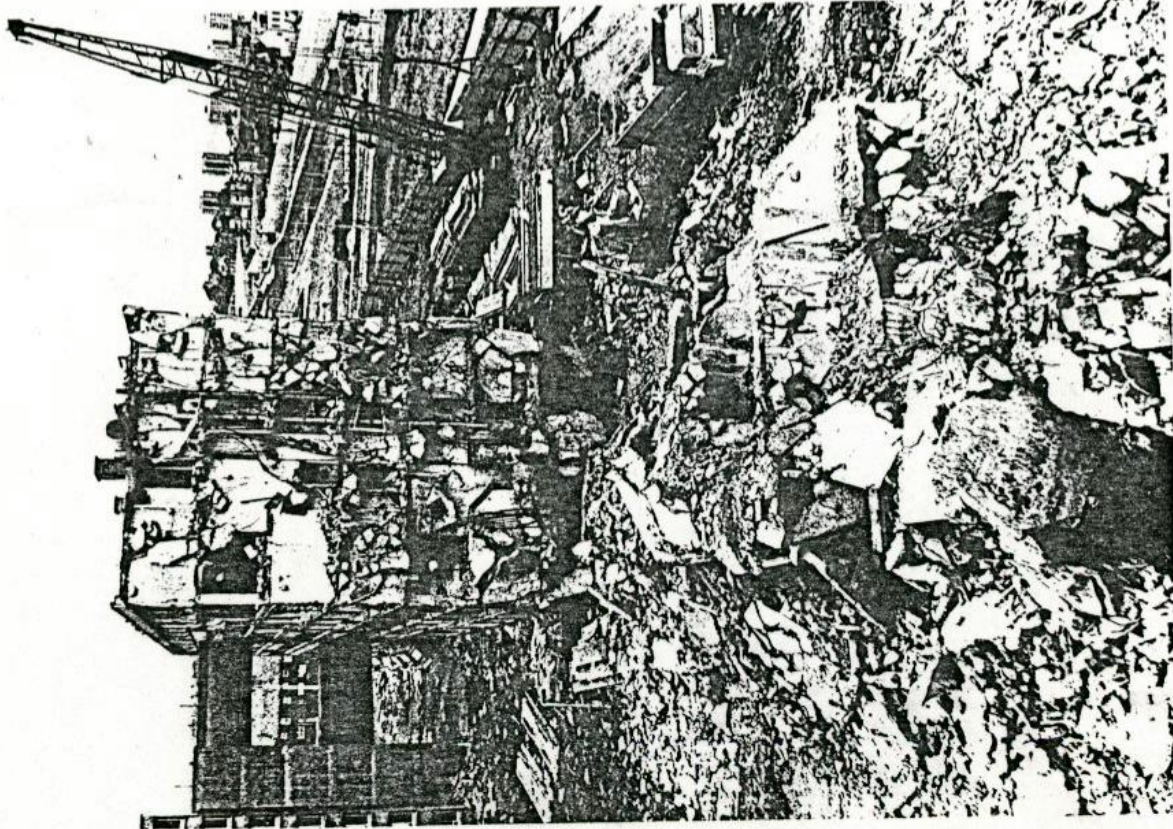
Mitbegründer von Amnesty international, Sean McBride, aufgestellt worden. Sie zielen darauf ab, US-Firmen zu einer Beendigung der Benachteiligung von Katholiken zu zwingen. Die Prinzipien wurden bisher von zehn US-Staaten und 20 Großstädten anerkannt. Doch in Nordirland stoßen sie bei den Gewerkschaften und den politischen Parteien auf Ablehnung. Nur Sinn Féin, der politische Flügel der „Irish-Republicans: Armee (IRA)“, unterstützt die Bemühungen des „National Caucus“.

Die Kritiker befürchten, daß eine erzwungene Durchsetzung der McBride-Prinzipien zu Rückzug vieler US-Firmen aus Nordirland und damit zum Verlust vieler Arbeitsplätze führen werde. Darüber hinaus fände lediglich eine Umverteilung der Armut statt, weil dann die Arbeitslosenzahlen bei den Protestanten steigen würden. Eine wirkliche Verbesserung der Situation ließe sich nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze erreichen.

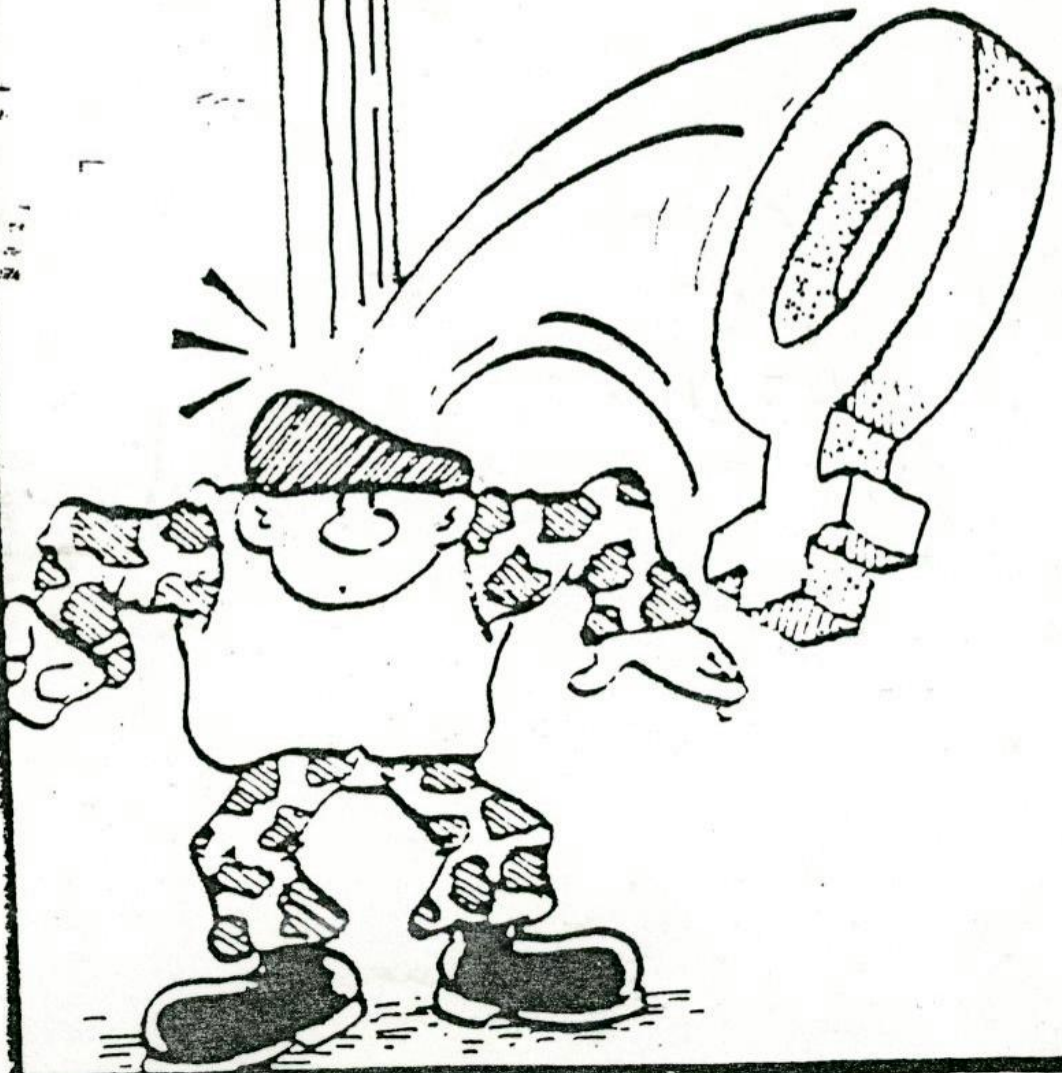
Tom Redmond von der Organisation „Gewerkschafter für ein unabhängiges und vereintes Irland“ widerspricht dem. Er sagt: „Sicher muß Druck auf die britische Regierung ausgeübt werden, damit die Diskriminierung von Katholiken in Nordirland beendet wird. Aber natürlich haben die US-Bürger das Recht zu entscheiden, auf welcher Basis US-Firmen im Ausland investieren. Diese internationale Solidarität ist wichtig. Sonst könnte man es ja gleich der Botha-Regierung in Südafrika überlassen, die Apartheid abzuschaffen.“

Abriß eines Teiles der Divis Flats

TAZ 22.11.1988



W MEN



IRISCH-REPUBLIKANISCHE FRAUEN

Die jüngste Phase des irisch-britischen Konflikts dauert nun schon 19 Jahre. Es ist der längste, kontinuierlich andauernde irische Kampf gegen die britische Herrschaft in der jahrhunderte alten Auseinandersetzung. Diese Tatsache, die Länge des Krieges, stärkte die republikanische Frauenbewegung, fügte jedoch nahezu allen Frauen unvorstellbares Leid zu.

Die bis heute anhaltende soziale Diskriminierung der katholischen Minderheit trifft ganz besonders die Frauen. Sie sind es, die der Langeweile und Aggressivität ihrer arbeitslosen Männer standhalten müssen: die Arbeitslosigkeit in den katholischen Arbeitervierteln beträgt bis zu 80%. Sie sind es, die sich am meisten in den überfüllten und unzureichend ausgestatteten Wohnungen aufhalten: Über 30% aller Familien in Ardoyne im Norden Belfasts leben in überfüllten Wohnungen und 35% aller Wohnungen mangelt es an dem, was gemeinhin als "Basisausstattung" betrachtet wird. Sie sind es, die sich - oft neben einer Arbeit - um die Erziehung ihrer vielen Kinder kümmern müssen. Die große Armut, die miserablen Wohnverhältnisse und die hohen Krankheitsraten im katholischen West-Belfast halten einem Vergleich mit dem südafrikanischen Vorstadtghetto Soweto stand.

Zu dieser sozialen Diskriminierung kommt der auf den Straßen Nord-Irlands allgegenwärtige Krieg, der die Frauen in ständiger Angst und unter ständigem Druck leben läßt.

Die 1971 eingeführte Internierung betraf ganze republikanische Gemeinden, insbesondere aber auch Frauen, die durch Verhaftungen ihrer Männer allein für die Erziehung und Ernährung ihrer Kinder sorgen mußten. Außerdem waren sie der ständigen Gewalt der britischen Armee und der RUC ausgesetzt (Hausdurchsuchungen, Überfälle). Zu dieser Zeit beteiligten sich immer mehr Frauen am Widerstand gegen die britische Herrschaft. Viele Frauen gingen in den republikanischen Vierteln auf die Straße, um mit Mülleimerdeckeln, die sie auf die Gehwege schlugen, und mit Pfeifen auf die häufigen britischen Überfälle und Verhaftungen aufmerksam zu machen, und vor allen Dingen Nachbarn und Freunde zu warnen. Zwei Frauen kamen auf diese Weise ums Leben. Sie wurden am 23. Oktober 1971 von britischen Soldaten erschossen. Vermehrt gingen Frauen auf Demonstrationen und bildeten in vielen Kampagnen einen wichtigen Mittelpunkt, z.B. Unterstützung politischer Gefangener, Kampagne gegen "plastic bullets" und "strip searches".

Doch auch sie blieben von der britischen Repression nicht verschont. 1971 befanden sich schon mehr als 20 weibliche politische Gefangene im Frauengefängnis Armagh. Die meisten von ihnen wurden anfangs "nur" zu geringen Haftstrafen verurteilt (6 Monate), was sich ein Jahr später jedoch schnell änderte (2 Frauen wurden zu 9 und 12 Jahren Knast verurteilt). Im Laufe des Krieges stieg auch die Zahl der Frauen, die sich der IRA oder Sinn Féin anschlossen und aktiv beteiligten. Sie sind heute fast in jeder Stufe dieser Organisationen vertreten. Doch gab es lange Zeit, innerhalb und außerhalb dieser Organisationen, keine Frauengruppen, die sich speziell den Problemen der Frauen widmeten. Sinn Féin errichtete zwar Beratungszentren für Frauen, diese waren jedoch größtenteils von Männern besetzt, was natürlich viele Frauen davon abhielt, diese Beratungszentren in Anspruch zu nehmen. Mit der Eröffnung von Frauen-Beratungszentren, in denen nur Frauen arbeiten, stieg die Zahl beratungssuchender Frauen. 1980 wurde innerhalb der Sinn Féin eine Frauen-Sektion gegründet, da den Frauen schon lange eine politisch organisierte Stimme fehlte. Frauen aus der Republik Irland und aus dem Norden kamen zusammen, um gemeinsam ihre Rolle innerhalb Sinn Féins zu diskutieren und neue Strategien zu entwickeln. Ende 1980 wurde dann, zum ersten Mal in der Geschichte Sinn Féins, eine politische Frauen-Resolution fertiggestellt. Doch trotzdem Sinn Féin die radikalste und progressivste Partei Irlands ist, gibt es zu bestimmten Themen, z.B. Abtreibung, Auseinandersetzungen. Gerade zu diesen Themen gibt es z.T. immer noch konservative Auffassungen innerhalb der Partei.

STOP STRIP SEARCHES

Strip searches (zu deutsch etwa: Nacktuntersuchungen) sind ein weiteres britisches Repressionsinstrument gegen Frauen. Hierbei werden Frauen z.T. gewaltsam von männlichen Wärtern im Knast ausgezogen und auf erniedrigende Weise am ganzen Körper durchsucht, z.B. mit Spiegeln die Körperöffnungen begafft.

Die strip searches wurden im November 1982 im Frauengefängnis Armagh eingeführt. Armagh wurde 1780 gebaut und 1971 zu einem Hochsicherheitsgefängnis umgebaut. Den Frauen, die zum größten Teil aus dem republikanischen Widerstand kamen, wurde endgültig der politische Status 1976 aberkannt. 1977 protestierten Frauen hiergegen mit einem "no work-protest". 1978 waren es 38 Frauen, die sich an dem Protest beteiligten. In dieser Zeit wurden den Frauen viele der vorher er-

kämpften Rechte innerhalb des Gefängnisses abgesprochen, z.B. Einschränkung der Besuche, Einschränkung des Hofgangs. Im Februar 1980 begannen die Frauen einen "no wash-strike". 1980 beteiligten sich 3 Frauen an dem 1. Hungerstreik, dessen Ziel die Wiedererlangung des politischen Status' war. Am 2. Hungerstreik 1981, der von den Männern im Long Kesh Gefängnis geführt wurde, beteiligten sich die Frauen in Armagh nicht, da die Bedingungen in den beiden Knästen unterschiedlich waren (natürlich unterstützten sie den Hungerstreik in Long Kesh).

Neben anderen Verschärfungen wurden 1982 die strip searches der Frauen eingeführt. Die britische Regierung begründete die Einführung der strip searches mit der "allgemeinen Sicherheit" und der "Sicherheit der Insassen". Seit der Einführung wurden über 4000 strip searches, auch an schwangeren, kranken und menstruierenden Frauen, durchgeführt. Die Zahl der Frauen im Gefängnis war seit 1982 kaum höher als 30, was letztlich bedeutet, daß eine Frau im Durchschnitt zweimal im Monat gestripsearcht wird.

Dies hat erhebliche physische und psychische Auswirkungen auf die Frauen: Konzentrationsverlust, schnelle Ermüdung, Beschwerden an der Brust und Schweißausbrüche. Linda Qigley, eine frühere Gefangene:

"Es muß Ähnlichkeiten zwischen dem, was wir fühlen und was ein Opfer einer Vergewaltigung fühlt geben. Unseren Körpern wird Gewalt angetan."

Die strip searches sind auch speziell in der irisch-katholischen Kultur, wo sich oft sogar verheiratete Menschen nicht nackt voneinander zeigen, eine besondere Erniedrigung der Frauen.

Im Juni 1984 begann eine breite Kampagne gegen die strip searches, deren Ziel es ist, die Bevölkerung darüber aufzuklären und internationale Unterstützung zu erhalten.

aus: Women in struggle

Frauen im bewaffneten Kampf





strip search



Mairead Farrell

„Du mußt realistisch sein. Du hast zu realisieren, daß Du letztendlich entweder getötet oder aber im Gefängnis enden wirst.“

Mairead Farrell war drei Tage vor ihrer Hinrichtung 31 Jahre alt geworden. Ein Drittel ihres kurzen Lebens hatte sie in nordirischen Gefängnissen verbracht. Ihr Lebenslauf liest sich wie der so vieler nordirischer Katholiken ihrer Generation. Mairead war gerade elf Jahre alt, als die Loyalisten die Häuser Belfast Katholiken niederbrannten und die britische Armee intervenierte. Wenige Jahre später folgten die Einführung der Internierung (August 1971) und der Blutsontag von Derry (Januar 1972), jene beiden Schlüsselereignisse, die das jüngere Verhältnis der nordirischen Katholiken zu Großbritannien so entscheidend prägten. Im Alter von vierzehn Jahren schloß sich Mairead der Provisional IRA an bzw. deren Jugendorganisation. Mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres wurde sie dann vollwertiges Mitglied der republikanischen Guerrilla.

1976, also nur wenig später, verurteilte sie ein Belfast Gericht wegen der Beteiligung an einem Bombenanschlag auf das am Rande Belfasts gelegene Conway Hotel zu einer langen Haftstrafe. Sie war die erste weibliche republikanische Gefangene, die nicht mehr in den „Geuß“ des politischen Status kam. Die beiden anderen an der Operation beteiligten IRA-Freiwilligen hießen Sean McDermott und Kieran Doherty. Sean McDermott wurde von der RUC erschossen. Kieran Doherty starb 1981 im Hungerstreik, nachdem er zuvor in das südирische Parlament gewählt wurde, was den Sturz der bis dahin amtierenden Regierung bewirkte.

Im Frauengefängnis in Armagh wurde Mairead schon bald zur „kommandierenden Offizierin“ der inhaftierten IRA-Frauen gewählt. Mairead beteiligte sich am ersten Hungerstreik im Winter 1980, der

kurz vor Weihnachten abgebrochen wurde und im Gegensatz zum folgenden Hungerstreik erfolglos blieb. Während des zweiten Hungerstreiks kandidierte sie für das südирische Parlament, wenn auch mit weniger Erfolg als Kieran Doherty.

Mairead Farrell verstand sich stets als Soldatin der republikanischen Bewegung. Doch was sie vom herkömmlichen Soldaten unterschied, das war ihre ausgesprochene Klugheit und Lebensfreude, die ihre Umwelt immer wieder aufs Neue beeindruckte. Als sie 1986 nach zehnjähriger Haft entlassen wurde, da stand der verdienten Republikanerin und So-



Mairead Farrell auf einer Demonstration gegen das „Strip-Searching“ in Dublin, November 1986

zialistin zweifelsohne die Möglichkeit offen, sich für die Zukunft auf rein politische Aktivitäten im Rahmen von Sinn Féin zu beschränken. Doch Mairead trug die Einschätzung, daß sie als aufrechte Republikanerin und Sozialistin der nordirischen Situation und der Konfrontation nicht entrichten könnte.

Noch während ihrer Haft nahm Mairead ein Studium in Politik und Ökonomie auf, daß sie anschließend an der Belfast Queens University fortsetzte. Durch ihre Belesenheit und klugen Debattenbeiträge machte sie sich bald auch hier, außerhalb des

radikalrepublikanischen West-Belfast, einen Namen. Als die Nachricht von ihrem Tod bekannt wurde, verlangte der „ASTA“ der Universität, das Gelände schwarz zu beflaggen und die Universität für den Tag ihrer Beisetzung zu schließen.

Die Furcht des britischen Establishments vor einer gesellschaftspolitischen Alternative vor der eigenen Haustür betrachtete Mairead Farrell als hauptsächlichstes Motiv für ein Festhalten Londons am kolonialen Status Nordirlands. Bis aus dieser Furcht Realität wird, werden wohl noch weitere Tausende von Iren Maireads Weg folgen müssen. „Bevor wir alle frei sind, werden wir alle inhaftiert gewesen sein“, lautet eine Parole an den Mauern West-Belfasts. Seit Ausbruch der „Troubles“ (1968) sind 8.000-10.000 IRA-Mitglieder durch die Gefängnisse des britischen Imperialismus gegangen. Hunderte haben ihr Leben lassen müssen. Es gibt in Nordirland kaum eine katholische Familie, die nicht irgendein Familienmitglied aufweisen kann, das bereits im Gefängnis saß oder noch sitzt. Nordirland ist das einzige Land in Westeuropa, in dem die Zahl der politischen Gefangenen die der „normalen“ Inhaftierten übersteigt (von derzeit insgesamt ca. 1.100 Gefangenen sitzen ca. 1.300 aufgrund „terroristischer Vergehen“). In keinem anderen Land Westeuropas ist die Gefangenenbevölkerung — proportional zur Gesamtbevölkerung gerechnet — derart groß, wie in Nordirland.

Mairead Farrell zahlte sicherlich zu den beeindruckendsten der zahlreichen Persönlichkeiten, die die jüngste Etappe im anglo-irischen Konflikt hervorgebracht hat. Persönlichkeiten, wie sie innerhalb der westeuropäischen Linken ansonsten rar gesät sind. Ihr Tod ist nicht nur ein Verlust für die republikanische und sozialistische Bewegung in Irland, sondern für die Linke in Westeuropa überhaupt. Auch wenn diese dies wohl nur partiell so sieht und es wohl noch sehr, sehr lange dauern wird, bis die Linke in anderen westeuropäischen Ländern zu einer Hilfe für den irischen Widerstand avanciert.

dsms

Mairead Farrell wurde - ebenso wie die beiden IRA-Männer Daniel McCann und Sean Savage - im März 1988 vom SAS in Gibraltar ermordet.

INTERVIEW MIT

BRIEGE BROWNLEE

aus: AL KARAMAH, 1986



Briega Brownlee, in führender Position innerhalb der Sinn Fein und Vorsitzende des Komitees „Stop Strip Searches“ befand sich im Mai des Jahres anlässlich einer offiziellen Rundreise in der BRD. Sie selbst war mehrere Jahre im Frauengefängnis Armagh in Haft und versucht im Rahmen ihrer Arbeit, die besonders entwürdigenden Repressionsmaßnahmen gegen weibliche Gefangene öffentlich zu machen. Al Karamah hatte Gelegenheit, mit ihr über die Frauenarbeit innerhalb der Sinn Fein zu sprechen und auch allgemeinere Probleme der irischen Befreiungsbewegung im Kampf gegen den britischen Imperialismus zu erörtern.

Al Karamah

Frage: Kannst du vielleicht zunächst inn Fein vorstellen? Was für eine Organisation ist Sinn Fein und welche Arbeit leistet sie?

B.B.: Sinn Fein ist eine radikale politische Partei in Irland. Ihr Ziel ist die Wiedervereinigung von Irland zu einer 32 Counties (Grafschaften) umfassenden, demokratischen, sozialistischen Republik. Sinn Fein unterstützt die Rechte der IRA (Irish Republican Army), einen bewaffneten Kampf gegen die britischen Okkupanten der 6 Counties von Irland zu führen, die üblicherweise als Nord-Irland bezeichnet werden.

Wir sind die einzige Partei in Irland, die im Norden und im Süden Regierungssitze hat. Wir vertreten sehr radikale Positionen; die wichtigste davon ist unsere Unterstützung des bewaffneten Kampfes, eine weitere ist unser Kampf um die Befreiung der Frau. Diese Punkte wurden bisher von keiner anderen Partei in dem ausgesprochen konservativen, katholischen Irland behandelt. Innerhalb der republikanischen Bewegung haben Frauen schon immer verantwortungsvolle Positionen und Tätigkeiten übernommen. Das ist auch heute so: so leitet z.B. eine Frau unser Büro

für Auswärtige Angelegenheiten und so ist eine Frau die Herausgeberin unserer Zeitung (An Phoblacht/Republican News). Viele weitere Positionen innerhalb der republikanischen Bewegung werden von Frauen besetzt. Seitdem viele Aufgabenbereiche in den Händen von Frauen liegen, setzen die Frauen den Rest der Partei mehr und mehr in Kenntnis von den spezifischen Problemen, von denen die Frauen in der Partei betroffen sind.

Frage: Mit welchen Problemen sozialer, politischer oder wirtschaftlicher Art sind Frauen in Irland konfrontiert?

B.B.: Die Probleme der irischen Frauen sind sehr sehr zahlreich und es ist eigentlich unmöglich zu sagen, ein bestimmtes Problem sei das Hauptproblem. Eine sehr häufige, grundlegende Schwierigkeit der Frauen in den Gemeinden ist, daß ihre Ehemänner festgenommen werden und sich im Gefängnis befinden und die Frauen dann alleine die Erhalter von vielleicht einem halben Dutzend kleiner Kinder sind. Die Bewohner der 6 Counties leben alle unterhalb der Armutsgrenze und so ist es natürlich für die Frauen äußerst hart, dort zu leben. Für solche

Frauen errichtete Sinn Fein überall in den 6 Counties Beratungszentren, welche die Bevölkerung über Wohlfahrtsleistungen, auf die sie Anspruch haben, beraten. Neben all den wirtschaftlichen Problemen gibt es besonders große Wohnprobleme. In Irland und besonders in Belfast ist Wohnen ein Grauel. So läuft im Moment eine Kampagne gegen das Ansteigen der Mietpreise. Dann gibt es Frauen, die von ihren Männern geschlagen wurden und die zuvor nie jemanden hatten, bei dem sie sich beschweren konnten oder mit dem sie zusammen überlegen konnten, was sie tun sollten. Nun können sie in die Sinn Fein Beratungszentren kommen. Aber wir Frauen in Sinn Fein beobachten, daß die gewöhnliche Frau aus der Arbeiterklasse sehr zögert, in ein Beratungszentrum zu kommen und zu sagen, daß sie von ihrem Mann geschlagen wurde oder daß sie vergewaltigt wurde oder daß es einen Fall von Inzest in ihrer Familie gäbe. Der Grund dafür lag ganz einfach darin, daß in den Beratungszentren Männer arbeiteten. So eröffnete die Frauen-Abteilung in Sinn Fein ein Frauen-Beratungszentrum, das nur für Frauen zuständig ist. Dorthin kamen dann Hunderte von Frauen mit sehr weitreichenden Problemen. Durch das Reden mit anderen Frauen erfuhren die Frauen Hilfe und Solidarität. Sie wurden sich mehr und mehr bewußt über die Einmischung von Großbritannien, über seinen Imperialismus in den 6 Counties und über die Tatsache, daß der englische Imperialismus die irische Bevölkerung in Armut hält. Innerhalb der republikanischen Bewegung gibt es auch zahlreiche Auseinander-

setzungen über Fragen wie die der Abtreibung und der Schwangerschaftsverhütung. Ihr müßt euch die Beschaffenheit der irischen Bevölkerung klar machen: Irland ist immer noch ein konservatives und katholisches Land. Abtreibungen sind im Norden und im Süden immer noch illegal. Verhütungsmittel sind zwar in den 6 Counties erhältlich, aber es ist sehr schwer, sie in den anderen 26 Counties zu erhalten. Innerhalb von Sinn Fein gibt es im Moment eine sehr harte Auseinandersetzung über die Abtreibungsfrage. Auf unserer letzten Jahreskonferenz sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß es ein Recht der Frauen sein muß, in dieser Frage selber zu entscheiden. Aber selbst in unserer Partei, die doch die radikalste in Irland ist, finden sich Abtreibungsgegner.

Frage: Kannst du uns etwas erzählen über die Situation der politischen Gefangenen und im besonderen über die Situation der Frauen, welche in den Gefängnissen unter einer ganz besonderen Form von Unterdrückung leiden müssen?

B.B.: In den 6 Counties befinden sich drei Männergefängnisse und nur ein Frauengefängnis, das „Magharynery“ heißt. In den Männergefängnissen nimmt die Unterdrückung kontinuierlich zu. 1976 wurde den Gefangenen von der englischen Regierung ihr politischer Status, den sie vorher erlangt hatten, wieder abgesprochen. Dies war der Anfang der Kriminalisierungspolitik der englischen Regierung. Der erste Mann, der 1976 nach Abschaffung des politischen Status verurteilt wurde, war Kern Nugent, der, als er zurück in die H-Blocks von Long Kesh (Hochsicherheitsgefängnis) kam, gezwungen wurde, Gefängniskleidung zu tragen. Dies war ein Symbol der englischen Kriminalisierungspolitik, durch die versucht wurde, die politischen Gefangenen nicht als solche anzuerkennen, sondern zu kriminalisieren. Kern Nugent weigerte sich, die Gefängniskleidung anzuziehen. Er erhielt lediglich eine Wolldecke. In den folgenden Jahren schlossen sich Hunderte von Gefangenen Kern Nugent an. So kam es zum Deckenstreik, der zu einem No-Wash-Streik eskalierte. Im Armagh-Gefängnis, einem Frauengefängnis, das erst vor sechs Wochen geschlossen wurde, gab es zur gleichen Zeit keine Gefängniskleidung. Die Frauen vom Armagh-Gefängnis führten zwar keinen Decken-Streik durch, aber viele Frauen außerhalb der Gefängnisse standen den streikenden Männern zur Seite, indem sie auf den Straßen für sie

kämpften. Der Kampf innerhalb und außerhalb der Gefängnisse ist derselbe. Die Männer in Long Kesh, die ihren Kampf bis hin zum Hungerstreik fortsetzten, bei dem zehn Männer starben, ermöglichte uns, den politischen Status zu erlangen. Wir haben nun fast unsere fünf Forderungen erlangt, aber die englische Regierung war in der Situation des Hungerstreiks nicht bereit, die Forderungen zu erfüllen und die zehn Leben zu retten. Sie ließ zehn Männer sterben und erst danach kam sie den Forderungen, die wir gestellt hatten, nach. Seit der Flucht von 38 Männern aus dem Gefängnis ist es den Männern untersagt, sich außerhalb ihrer Zellen zu treffen. Sie sind 23 Stunden am Tag in ihren Zellen eingeschlossen. Jeglicher Unterricht, alle handwerklichen Aktivitäten und alle anderen Arten von Freizeitaktivitäten wurden eingestellt. In Long Kesh befinden sich 32 Gefangene, die unter dem sogenannten „Roten-Buch-System“ stehen, d.h. sie wurden unter Weisung vom nordirischen Büro unter eine absolute Sicherheitskontrolle gestellt und bekamen jeder ein rotes Buch zugeteilt. In dieses Buch wird jede Bewegung des Gefangenen eingetragen, sei es, daß er zur Toilette geht, mit einem Gefangenen spricht oder sonst was tut. Die 32 Gefangenen werden innerhalb des Gefängnisses jede Woche in einen anderen Flügel verlegt und nicht zwei von ihnen dürfen sich in der gleichen Zeit im gleichen Flügel befinden. Sie haben zu jeder Zeit ihre eigenen Wächter mit sich. Sicht unter die anderen Gefangenen zu mischen, ist ihnen untersagt. Teilweise werden Gefangene von Long Kesh nach McCalligan verlegt. Dort bringen die Gefängniswärter jeweils einen republikanischen Gefangenen mit 20 loyalistischen (regierungstreuen) Gefangenen zusammen und treiben sie in Auseinandersetzungen. Das führt für den republikanischen Gefangenen regelmäßig dazu, daß er von den anderen geschlagen wird.

Seit 1982 führten auch die Frauen im Armagh-Gefängnis Streiks durch: „No-wash“-Streiks, „No-work“-Streiks, Hungerstreiks und andere Streiks. Unser Ziel war dabei immer, den politischen Status zu erlangen. All unsere Anstrengungen wurden von den Gefängnisautoritäten mit heftigem Widerstand beantwortet. Wir erhielten für einige Zeit Isolationshaft, erhielten aus den geringfügigsten Gründen nicht unsere Besuche, Zeitungen oder Pakete. Sprach man einen Gefängniswärter nicht mit „Sir“ oder eine Wärterin nicht mit „Miss“ an, konnte man bis zu drei oder vier Wochen Isolationshaft erhalten. Das geschah alles mit

der Intention, die Einheit und die Solidarität, die zwischen den Gefangenen existierte, zu zerstören. Im November 1982 wurden im Armagh-Gefängnis die „strip-searches“ (Nackt-Untersuchungen) der Frauen in den Gefängnissen eingeführt, die es vorher in diesem Gefängnis noch nie gegeben hatte und die es bis heute bei den Männern in den Gefängnissen nicht gibt. Für uns war dies eine weitere der vielen Waffen, die die Gefängnisoffiziere gegen uns verwandten, um uns zu erniedrigen und zu demütigen. Seit November 1982 gab es über 3500 strip-searches und wenn ihr bedenkt, daß es dort seit dieser Zeit nicht mehr als 32 Gefangene gab, so bedeutet das, daß es eine Unmenge von Leibesvisitationen pro gefangener Frau gab. Dies betrifft in erster Linie Untersuchungen gefangener, so z.B. Polly McKelley mußte 232 strip-searches über sich ergehen lassen. Eine andere Frau – Catherine Moore – die sich der Leibesvisitation widersetzt, kam sechs Wochen in Isolationshaft mit der Begründung, sie habe 14 Offiziere tätlich angegriffen. Diese 14 Wärter aber hatten sich auf Catherine Moore gestürzt und sie zu Boden geworfen. Sie verbanden ihr die Augen mit einem Tuch und rissen ihr die Kleider vom Leib. Sie zwangen sie, bis sie die Knie über die Schulter nehmen mußte, damit man ihr die Jeans ausziehen konnte. Dann besaßen die Wärter die Unverschämtheit, sie in Isolationshaft zu stecken mit der Begründung, sie habe die Wärter angegriffen.



Demonstration supporting women prisoners in Armagh

ir Frauen im Gefängnis erleben diese abnahmen als die allerfurchterlichsten, e wir je erleben müßten. Gefangene, e nach englischem Gesetz als Kriminalverurteilt wurden, wurden bis heute icht nackt untersucht. Aber die Unteruchungsgefangenen, die nach dem Geitz des Landes unschuldig sind, bis ihnen re Schuld bewiesen werden kann, wuren Woche für Woche gezwungen, durch iese Holle zu gehen. Dann, wenn ihre Verhandlungen beginnen, müssen sie iese sogar zwei Mal am Tag über sich erehen lassen. Ich selber war 6 Jahre lang n Armagh-Gefängnis inhaftiert. Ich eribe nur eine einzige Leibesvisitation id diese war am Tag meiner Entlassung. Dies und die Tatsache, daß bei den 3500 Nakt-Untersuchungen noch nicht einal etwas gefunden wurde, beweisen die Juge über die angeblichen Sicherheitsründe.

Im Moment gibt es in Irland eine riesige Campaigne – besonders unterstützt von Frauen – gegen die strip-searches. Wir gehen in den Leibesvisitationen eine totale Vergewaltigung der Frauen. Sie bedeutet für jede Frau eine absolute Verletzung ihrer Person.

Vor sechs Wochen wurden die Frauen aus dem Armagh-Gefängnis ins Magherry-Gefängnis verlegt. In dieses neue Gefängnis wurden fünf Millionen Pfund für Sicherheitsmaßnahmen investiert. Wir hoffen, daß die nordirischen Offiziere nach der Gefängnisverlegung die Nacktuntersuchungen einstellen würden. Doch das war nicht der Fall. Allein letzten Monat wurden an sechs Untersuchungsgefangenen 45 Untersuchungen durchgeführt. Die englische Regierung hat uns sehr klar gezeigt, daß sie nicht bereit ist, unseren Forderungen nach Beendigung der strip-searches nachzukommen. So intensiviert sich der Kampf gegen diese Maßnahmen weiterhin.



Frage: Zu den politischen Problemen in Irland wollen wir noch einige allgemeine Fragen stellen. Auf dem Parteitag vor 5 Jahren entschloß sich Sinn Fein, ihr Vorgehen zu ändern und eine Doppelstrategie zu verfolgen, d.h. den bewaffneten Kampf fortzusetzen und gleichzeitig an den Wahlen teilzunehmen. Warum?

B.B.: Sinn Fein hat sich erst 1980/81 entschlossen, bei den Wahlen zu kandidieren. Bobby Sands, der damals an dem Hungerstreik teilnahm und später starb, wurde im Wahlkreis Fermanagh/Süd Tyrone gewählt, nachdem der vorherige Kandidat starb. Bobby Sands erhielt als IRA-Mitglied doppelt so viel Stimmen wie Margaret Thatcher in ihrem Wahlkreis. Nach seiner Wahl starb Bobby Sands beim Hungerstreik und auch Owen Carran, der die Kandidatur übernahm, erhielt die doppelte Anzahl an Stimmen als Thatcher. Seit dieser Zeit sah Sinn Fein in der Teilnahme an Wahlen einen wichtigen Schritt, um vorwärts zu kommen. So ist z.B. unser Präsident Abgeordneter im Britischen Unterhaus, wir haben fünf weitere Parteimitglieder, die im Britischen Abgeordnetenhaus sitzen und dieses wie es auch die SDLP (eine weitere nationalistische Partei) tut boykottieren. Auch haben wir zahlreiche Ratsmitglieder, die in Stadträten sitzen. Eine der Hauptgründe, warum wir auf diese Weise politisch auftreten, ist, daß die englische Regierung der republikanischen Bewegung regelmäßig in der Weise Kampfansagen machte, daß sie behauptete, wir würden in der Bevölkerung keine Unterstützung finden und wir seien nur eine unbedeutende Bevölkerungsminderheit. Mit solchen Argumenten und aufgrund ihrer Verurteilung unseres bewaffneten Kampfes weigerte sich die englische Regierung ständig, mit Sinn Fein Gespräche zu führen. Wir haben uns dann den Wahlen gestellt und einen Erfolg erlebt: wir erhielten Abgeordnertenplätze, Stadtratssitze und einen MP.

So ist die Situation in den 6 counties, in denen die Fortschritte für Sinn Fein leichter zu erreichen sind, u.a. aufgrund des dort geführten bewaffneten Kampfes, aufgrund der Tatsache, daß dort täglich zahlreiche Personen inhaftiert und gefoltert werden und aufgrund unserer tief verwurzelten Verbundenheit mit der Politik der Gemeinden. Wir helfen und arbeiten in den Gemeinden mit. Auf diese Weise war die Verankerung in der Bevölkerung für uns im Norden leichter als in den anderen 26 counties. Dort ist die Bevölkerung stärker eingegliedert mit Slogans von Frieden und Sicherheit. Das alte Kolonialsystem wirkt dort noch stär-

ker. Es ist schwerer, dort Fortschritte zu machen, besonders aufgrund unserer Politik der Stimmenthaltung bei den Wahlen im Lanster-House in Dublin. Wir erkennen das Lanster House nicht als wahre Vertretung des irischen Volkes an, als das es sich versteht. Dieses Vorgehen hat Sinn Fein insofern geschadet, als daß die Bevölkerung der 26 counties möglicherweise zu wenig in Berührung mit dem aktuellen Republikanismus und dem bewaffneten Kampf etc. kommt. Was die Leute dort mehr interessiert, sind Fragen wie z.B.: 'Ihrt Ihr vor, Eure Sitze einzunehmen?'. Aber diese Art der Politik steht nicht zur Diskussion. Wir müssen noch viel mehr tun, um Unterstützung zu erhalten und um das Lanster-House-Parlament zum Scheitern zu bringen.

Frage: Kann nicht der Eindruck entstehen, das System sei reformierbar und Sinn Fein erkenne nun das irische Parlament an, wenn sich Sinn Fein zur Wahl stellt und teilweise Mandate wahrnimmt? Besteht da nicht die Gefahr des Reformismus?

B.B.: Ja, so wird teilweise argumentiert. Es gibt die Traditionalisten und die Radikalen. Die Traditionalisten, deren Geschichte 1920/22 beginnt, wurden schließlich reformistisch. Sie verloren allmählich die Bedürfnisse und Ziele der Bevölkerung aus den Augen. Uns wird nun teilweise vorgeworfen, wir würden jetzt den gleichen reformistischen Weg einschlagen und in die gleiche Fall rennen wie John Hugh, Führer der SDLP, welche die zweite, wichtige nationalistische Partei in Irland ist, wenn wir nun ins Lanster-House gehen. John Hugh sitzt inzwischen im Britischen Parlament und im Europaparlament und er hat das irische Volk und deren Ziel der Wiedervereinigung vergessen. Aber wir sehen, daß wir dadurch, daß wir ins Lanster-House gegangen sind, zunächst und vor allem Verwirrung in der Regierung ausgelöst haben, die in ihrem politischen Kurs vollständig von Margaret Thatcher abhängig ist. Wenn wir im Lanster House sitzen, hat Sinn Fein mehr Möglichkeiten, der Bevölkerung zu helfen, z.B. in ökonomischen Fragen, Wohnungsproblemen oder Wohlfahrtshilfen. Es öffnet uns mehr Türen, als wenn wir vor dem Lanster House außen vor bleiben – und so denken viele. Die Situation ist die gleiche wie die in den 6 counties. Wir haben ein Parlamentsmitglied und Abgeordnete, die ihr politisches Mandat nicht wahrnehmen. Sie werden im englischen Parlament übergangen, denn für England sind die 6 counties englisches Eigentum.

In den aktuellen Stadträten der 6 counties hat Sinn Fein ihre Wahlzettel eingenommen. Hier können die Gewählten die Interessen des Volkes eher vertreten, denn die Stadträte beschäftigen sich insbesondere mit den alltäglichen Problemen der Bevölkerung. Wir können mehr Druck ausüben. Hier können wir unser Ziel der Wiedervereinigung Irlands verfolgen. Wären wir nicht in den Stadträten vertreten, würde dieses Ziel auch dort ignoriert. Ich sollte aber vielleicht sagen, daß die Tatsache, daß wir in die Wahlstrategien einbezogen sind, nicht bedeutet, daß wir innerhalb dieser Strategie arbeiten. Wir befinden uns dort, um England ein Dorn im Auge zu sein und um dieses System kontinuierlich zu schwächen. Wir haben in keiner Weise vor, eine irische Lösung bei gleichzeitiger Anerkennung des britischen Systems zu finden. Unsere Politik im Lanster House ist die Schwächung Englands, denn darin liegt unsere einzige Lösung.

Frage: Der Befreiungskampf in Irland wird in der bürgerlichen Presse hier als eine religiöse Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten dargestellt; damit sollen die vorhandenen Klassengegensätze verdeckt werden. Ist die republikanische Bewegung in Irland auch mit dieser verfälschenden Darstellung der dortigen Presse konfrontiert?

B.B.: Auf diese Art versucht die englische Propagandamaschinerie, die sehr sehr mächtig ist, immer die Situation in Irland darzustellen. Aber es ist in keiner Weise ein Religionskrieg. Nicht alle Republikaner und Nationalisten sind Katholiken, der Begründer des Republikanismus war z.B. auch ein Protestant. England versucht die ganze Zeit, den Krieg als einen Religionskrieg darzustellen, um so von Englands Beteiligung an dem Krieg und von seiner Besatzungspolitik abzulenken. Aber es bleibt trotzdem die Tatsache bestehen, daß die regierungstreuen Teile der Bevölkerung, die häufig protestantisch sind, immer als Ebenbürtige behandelt werden, während die Republikaner immer als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Das ist von England sehr wohlüberlegt so eingerichtet worden. Als im Kampf von 1916 die IRA und Sinn Fein die 26 counties aus Englands Händen befreien konnten, organisierte es England in der Weise, daß es sich die 6 counties der 32 herausgriff, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Loyalisten waren. So wurde die katholische Minderheit von Beginn an als zweitklassig behandelt und das ging bis 1968,

als die Menschenrechtsmärsche stattfanden so weiter. Die Menschenrechtsmärsche fanden u.a. statt, um das Wahlrecht für die Katholiken durchzusetzen. Katholiken wurden auf jeder Ebene diskriminiert, sie konnten nicht wählen und erhielten keine Arbeit. In der Benachteiligung der nationalistischen, republikanischen Minderheit (Katholiken) gegenüber der loyalistischen Mehrheit liegt die Hauptwurzel des Konflikts – und in sonst nichts.

Frage: Im November 1985 wurde in der bürgerlichen Presse in der BRD die Information verbreitet, daß es zu einem Abkommen zwischen London und Dublin – dem Hillsborough-Abkommen – gekommen sei. Das Abkommen wurde hier veröffentlicht und als eine politische Lösung des Konfliktes in Irland propagiert. Was ist dies für ein Abkommen, welche Hintergründe und Ziele hat es?

B.B.: Das Hillsborough-Abkommen wurde vor 6 Monaten zwischen Gerry Fitzgerald, dem Premierminister der 26 counties, und Margaret Thatcher unterzeichnet. Es wurde länger als drei Jahre bearbeitet, bis es endlich zustande kam. In dem Abkommen ist die Rede von Reformen für die nationale Bevölkerung, von der Möglichkeit, für die 26 counties mehr Einfluß auf die 6 counties zu nehmen und umgekehrt. Das eigentliche Ziel des Hillsborough-Abkommens ist aber, Sinn Fein zu schwächen und den bewaffneten Kampf völlig zu zerschlagen. Das zeigt sich momentan in den Auslieferungsverhandlungen zwischen Gerry Fitzgerald und Margaret Thatcher. Danach soll jeder IRA-Gefangene und jedes IRA-Mitglied aus den 26 counties nach England ausgeliefert werden können. Desweiteren beinhaltet das Abkommen Versprechungen über verschiedene Reformen wie z.B. die Aufhebung des Verbots für die 6 counties, die unter britischer Besatzung stehen, die irische Sprache zu sprechen, den 'Union Jack' und die irische Fahne zu hissen. Diese und andere Gesetze, die geändert werden sollen, sind – seitdem die Verhandlungen vor 6 Monaten begannen – noch immer nicht reformiert worden. Es wurden keine Probleme gelöst. Die Loyalisten haben um diese 'Reformen' eine Menge Radau und viel Publicity gemacht. Was natürlich nicht bekannt gemacht wurde, ist die Tatsache, daß seit der Unterzeichnung 5 Nationalisten aus Nord-Belfast in ihren Wohnungen ermordet wurden und daß die Häuser von Hunderten von Nationalisten angezündet wurden und die Bewohner aus ihren Wohnungen vertrieben wurden.

Das Hillsborough-Abkommen erfährt auch amerikanische Unterstützung. Thatcher und Reagan versuchen ebenfalls, Auslieferungsverträge zustande zu bringen, um alle IRA-Mitglieder, die in den USA inhaftiert sind, auszuliefern. Ein weiteres Ergebnis des Hillsborough-Abkommens ist, daß die USA den 6 counties 100 Mill. Dollar oder Pfund zugesichert haben; aber diese Gelder wird die Bevölkerung nicht zu Gesicht kriegen.

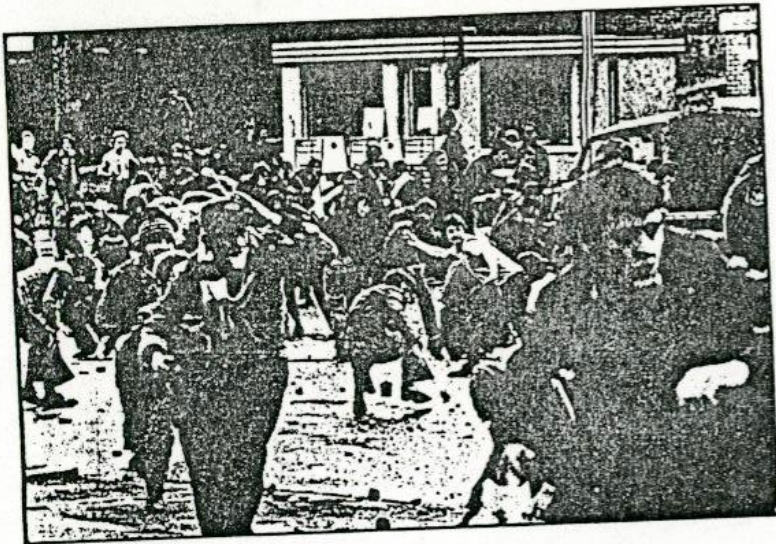
Das Abkommen zielt ganz offensichtlich darauf ab, den gesamten republikanischen Kampf zu zerstören.

Frage: Nachdem wir vorher über die speziellen Probleme der Frau in Irland gesprochen haben, würden wir gerne wissen, wie Ihr die Beziehung zwischen dem Kampf für eine nationale Befreiung und dem Kampf der Frauen um ihre Befreiung einschätzt?

B.B.: Diese zwei Kämpfe haben immer zusammengehört. 1912 teilte James Connolly – der erste Sozialist Irlands – den Kampf in drei Phasen ein. Danach stellt der nationale Kampf die erste Etappe, der Klassenkampf die zweite und der Kampf um die Befreiung der Frau die dritte Etappe dar. Momentan findet in Irland der nationale Kampf und der Kampf um die Befreiung der Frau statt und diese Kämpfe finden gleichzeitig statt. Über viele, viele Jahre waren die Frauen innerhalb der republikanischen Bewegung die Sklavinnen der Sklavinnen. Aber im Laufe der gesamten Bewußtseinsveränderung, im Laufe des bewaffneten und des politischen Kampfes haben sich die Frauen ihren Platz an der Seite der Männer erkämpft. Dadurch, daß die Frauen immer häufiger verantwortungsvolle Positionen besetzen konnten, machten sie der männlichen Bevölkerung ihre Fähigkeiten bewußt. So gehören nun der nationale Kampf und der Kampf um die Befreiung der Frau untrennbar zusammen. Die republikanische Bewegung sagt immer wieder, daß selbst wenn wir eines Tages ein vereinigtes Irland erkämpft haben sollten, die Frauen dann aber noch als Menschen zweiter Klasse behandelt werden sollten, wir nicht das erreicht haben würden, was wir uns vorgestellt hatten.

Frage: Unserer Auffassung nach stellt die Unterdrückung der Frau ein Produkt der Klassengesellschaft dar. Welches Gesellschaftssystem garantiert deiner Meinung nach die Gleichberechtigung der Frau?

B.B.: Wir befinden uns in Irland mo-



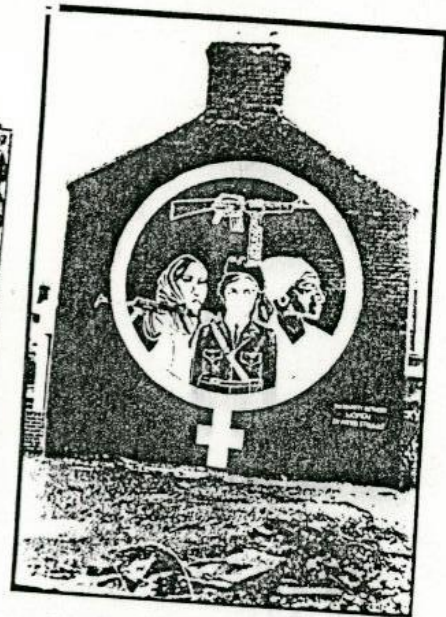
mentan in einer Phase, in der wir noch nicht unser Ziel – nämlich das wiedervereinigte, 32 counties umfassende Irland – erreicht haben. Bei dem momentan bestehenden System können wir nur innerhalb der republikanischen Bewegung arbeiten und dabei stehen Frauen und Männer auf einer Stufe. Auch nach der Erreichung des wiedervereinigten Irlands wird der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung fortgesetzt werden müssen. Es gibt ja in der Geschichte Beispiele, wo Frauen in der Revolution zusammen mit den Männern standen, aber nachdem die Revolution stattgefunden hatte auf ihre vorherige Stufe zurückfielen. Das soll niemals in dem Irland, das wir uns wünschen, eintreten. Von ihrer Tradition her sind die irischen Männer sehr chauvinistisch, aber in der republikanischen Bewegung, die ja eine Massenbewegung ist, sind die Männer allmählich von den Frauen zu dem Bewußtsein erzogen worden, daß die Frauen den Männern in nichts unterlegen sind. Dieser Bewußtseinsprozeß muß natürlich auch noch weiter gehen, wenn wir unseren Kampf gewonnen haben, bis alle Klassengegensätze und auch die zwischen Mann und Frau aufgehoben sind.

Frage: In Palästina sind die Frauen nicht nur mit der Klassenunterdrückung und der Geschlechterunterdrückung konfrontiert, sondern noch mit einer weiteren Form der Unterdrückung – nämlich der zionistischen Okkupation. Sieht da irgendeine Ähnlichkeit zwischen der Situation in Irland und der in Palästina?

B.B.: Ja, es bestehen da Vergleichsmöglichkeiten zwischen den beiden Kämpfen. Wir denken, daß jeder, der um das Recht seines Volkes auf seine Heimat und um sein Selbstbestimmungsrecht kämpft, im Recht ist. Wir unterstützen jedes Volk der Erde, das diesen Kampf führt: sei es Palästina, Nicaragua, El Salvador oder ein anderes Land. Es bestehen in diesen Kämpfen überall Parallelen, besonders im Kampf um die Befreiung der Frauen; aber zur gleichen Zeit müssen wir auch immer die aktuelle Situation in dem jeweiligen Land und die spezifische Unterdrückungsform berücksichtigen. So gibt es etwa Länder, in denen die Frauen überhaupt kaum eine Chance haben, um ihre Befreiung zu kämpfen – wir Frauen in Irland sind glücklich, die Gelegenheit zu haben, um unsere Befreiung zu kämpfen.

Frage: Was erwartet ihr von der internationalen Solidarität?

B.B.: Der Aufbau von internationalen Beziehungen besonders zwischen Ländern, die den gleichen Kampf führen, ist sehr wichtig. Die englischen Medien und die gesamte Propaganda-Maschinerie ist sehr einflußreich. Uns fehlen Möglichkeiten, in der Stärke dem entgegenzuwirken, wie wir es uns wünschen. Aus diesem Grunde sind internationale Beziehungen zwischen unseren Ländern äußerst wichtig, sei es durch Solidaritätsnachrichten oder gegenseitige Besuche zwischen den Völkern. Der britischen Propaganda mit ihren Behauptungen, die IRA sei eine kleine Bande Krimineller, es gäbe in Irland keinen Krieg und das Leben in den 6 counties sei doch rosig, muß etwas entgegen gesetzt werden. Und während wir dies tun, hoffen wir, Freunde in anderen kämpfenden Völkern zu finden, von ihnen zu lernen und ihnen etwas lehren zu können. Wir sollten uns alle zusammenschließen, uns gegenseitig unterstützen und zusammen kämpfen!



HUNGERSTREIK 1980/81

- 1972 Einführung des "special category status", der einem Status als politische Gefangene entspricht.
- 1976 1.März: Wer nach diesem Stichtag eine politisch motivierte Straftat beging, dem wurde der Status nicht mehr zuerkannt.
September: Die Gefangenen weigerten sich, die Gefangenenkleidung zu tragen und hatten nur 3 Decken zur Verfügung, mit denen sie sich umhüllen konnten ("blanket protest").
- 1978 März: Zusätzlich zum "blanket protest" traten die Gefangenen in einen "no wash protest", da ihnen ein Handtuch zum Waschen verweigert wurde.
- 1980 Oktober - Dezember: 1. Hungerstreik, der nach Übereinkünften mit der britischen Regierung abgebrochen wurde.
- 1981 1.März: Es beginnt der 2. Hungerstreik, da die britische Regierung die Übereinkünfte nicht erfüllt.
9.April: Bobby Sands, Hungerstreiker aus der IRA, wird als Abgeordneter ins britische Unterhaus gewählt.
5. Mai: Bobby Sands stirbt.
12.Mai: Francis Hughes stirbt.
19.Mai: Die IRA tötet mit einer Landmine 5 britische Soldaten. Die IRA hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt sehr zurückgehalten, um das breite Bündnis hinter dem Hungerstreik nicht durch eine Gewaltdebatte zu spalten. Nach dem Tod von Bobby Sands und Francis Hughes machte die IRA allerdings deutlich, daß ihre militärische Stärke weiterhin bestand.
Bis zum August 1981 starben 8 weitere Hungerstreiker aus IRA und INLA.
Trotz internationaler Proteste erfüllte die britische Regierung keine der 5 Forderungen der Hungerstreiker:
- Recht auf eigene Kleidung.
 - Keine Zwangsarbeit im Gefängnis.
 - Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen.
 - Das Recht auf einen Besuch, einen Brief oder ein Paket pro Woche; ebenso das Recht, Unterricht und Freizeitgestaltung selber organisieren zu dürfen.
 - Wiederherstellung des Begnadigungsrechts.

Am 11.Juni 1981 waren 1244 Männer und etwa 50 Frauen in nordirischen Knästen wegen "terroristischer Verbrechen" inhaftiert. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß alle Inhaftierten ohne Beisitz einer Jury von einem einzelnen Richter verurteilt wurden. Diese sogenannten "Diplock Courts" halten nicht die normalen Vorschriften für Gerichtsverfahren ein und können treffend als Sondergerichte beschrieben werden.

"Im Vergleich zu früher war ich ein Skelett, aber das war egal. Eigentlich war alles egal, mit Ausnahme des Ungebrochen-Bleibens. Ich rollte mich abermals auf die Seite, die Kälte tat mir weh. In ihrem gesamten Empire-Arsenal haben sie nichts, um einen einzigen Republikanischen Politischen Kriegsgefangenen zu brechen, wenn er oder sie sich weigert, dachte ich, und hatte recht. Sie können uns niemals brechen. Frierend drehte ich mich wieder um und der Schnee wehte durch das Fenster auf meine Decken.
"Tiocfaidh ár lá", sagte ich zu mir, "tiocfaidh ár lá"."

Bobby Sands

Tiocfaidh ár lá: Irisch, "Unser Tag wird kommen"



GUMMI- UND PLASTIKGESCHOSSE

Die Geschichte des Einsatzes von Geschossen in britischen Kolonien geht in die 60er Jahre zurück, als die Briten Geschosse aus Teakholz zur Bekämpfung von Aufständen in Hong Kong einsetzten.

Bei Aufständen in verschiedenen anderen Kolonien 1966/67 setzten die Briten ebenfalls diese Teakholzgeschosse ein, wobei es das erste Todesopfer gab.

1970 wurden Gummigeschosse in Nordirland eingeführt, die zwar noch bis 1975 verwendet wurden, allerdings ab 1973 langsam durch Plastikgeschosse ersetzt wurden. Plastikgeschosse sind etwas kleiner und leichter als Gummigeschosse, sind jedoch härter und weisen eine größere Genauigkeit und Reichweite auf. Die Geschwindigkeit eines Plastikgeschosses beim Verlassen der Waffe ist höher als bei Gummigeschossen und liegt bei etwa 250 km/h.

Zwischen 1970 und 1975 wurden in Nordirland 55834 Gummigeschosse und zwischen 1973 und 1981 42669 Plastikgeschosse abgefeuert (Hierin sind die von der RUC zwischen 1978 und 1980 abgefeuerten Plastikgeschosse noch nicht einmal enthalten).

Insgesamt wurden also zwischen 1970 und 1981 etwa 100.000 Geschosse abgefeuert.

Zwischen April 1972 und Mai 1973 wurden 3 Menschen durch Gummigeschosse getötet.

Zwischen August 1975 und April 1986 wurden 13 Menschen durch Plastikgeschosse getötet.

7 der 16 getöteten Menschen waren Schulkinder im Alter zwischen 10 und 15 Jahren.

12 der 16 wurden von den Geschossen am Kopf getroffen.

15 der 16 waren Katholiken.

Viele andere Menschen wurden durch den Einsatz von Gummi- und Plastikgeschossen schwer verwundet, mehrere Menschen sind erblindet.

ZUM BEISPIEL : Maria McCabe, 30 Jahre alt, Mutter von 3 Kindern, wurde am 8. Juli 1981 von der RUC in West-Belfast ermordet. Als sie in Richtung Falls Road ging, um Zigaretten zu holen, warfen Jugendliche Steine in Richtung RUC (Hungerstreiker Joe McDonnell war gerade gestorben). Ein RUC-Mann feuerte aus einem Jeep heraus ein Plastikgeschoss aus etwa 2 m Entfernung auf sie ab, das sie am Kopf traf. Bei der richterlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß sie "unschuldig" war. Auch das ist "shoot-to-kill"-Politik.

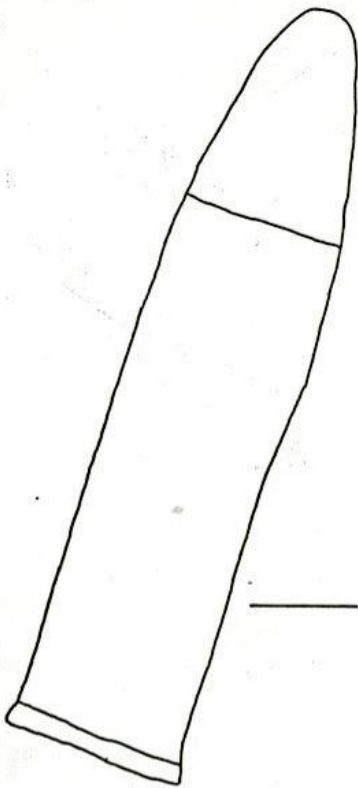
Nordirland ist das Testfeld der Briten für Mittel der Aufstandsbekämpfung. Britische Firmen exportieren Gummi-/Plastikgeschosse in alle Welt, u.a. nach Spanien, Portugal und Südafrika. Die BRD ist auch als möglicher Importeur im Gespräch.

Die britischen Sicherheitskräfte lagern tausende von Plastikgeschossen für einen möglichen Einsatz in England. Führende Polizeichefs aus "riot areas" fahren zu Kursen über Plastikgeschosse, die von der RUC veranstaltet werden, nach Nordirland.

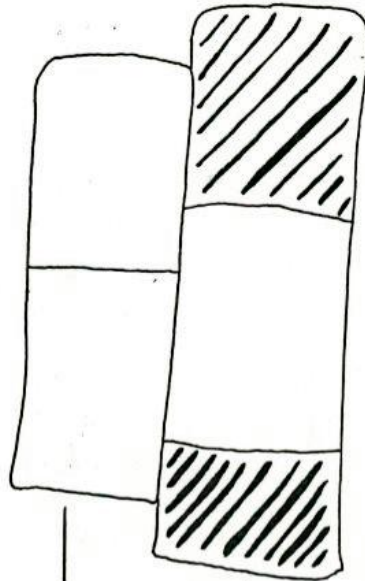
"The penalty for rioting is, at most, six months, not death. The penalty for ten-year-olds throwing stones at heavily armoured vehicles should be a clip on the ear, not death. But we now have the situation that the penalty for being a Catholic (no plastic bullets have ever been fired in loyalist areas) and walking in your own street or even standing at your own window is now death."

Ein Anwohner der Divis Flats, West-Belfast

» NATÜRLICHE « GRÖSSE

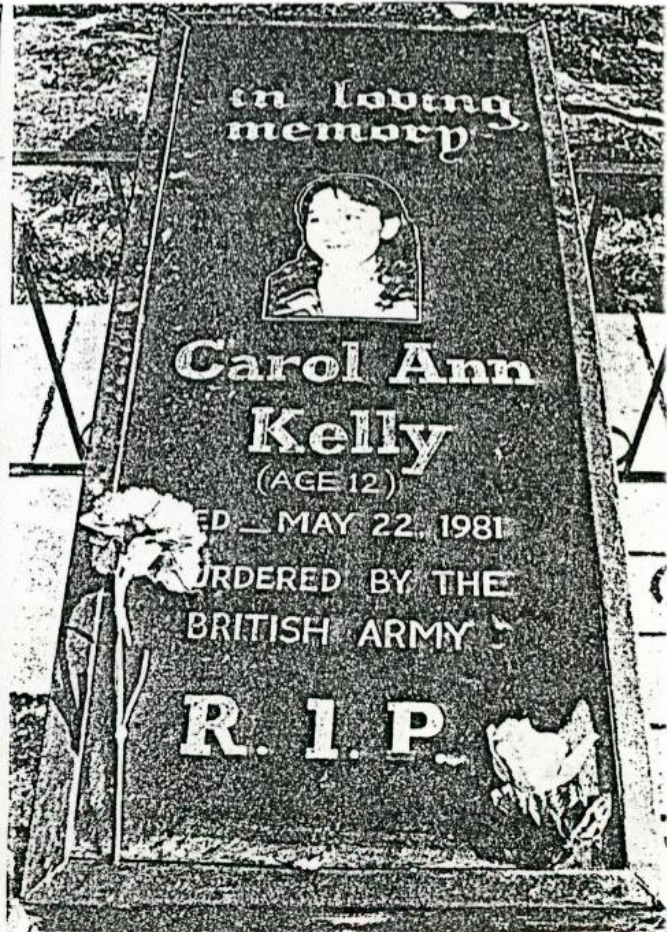


GUMMIGESCHOSS
IM GEHÄUSE;
GEWICHT DES GES-
SCHOSSES: 149 g



PLASTIKGESCHOSS, GEHÄUSE
GEWICHT DES GESCHOSSES: 135 g

(Natürliche Größe bei Vergrößerung auf
DIN A4 Format !)



SAS

Der "Special Air Service" (SAS) wurde während des 2. Weltkrieges gebildet, um Sabotage und gezielte militärische Aktionen hinter den feindlichen Linien durchzuführen. Die Aufgaben des SAS sind laut Operationshandbuch von 1969 u.a. die Bildung von Hinterhalten und fortwährende Störung der Guerillia, Sabotage und Infiltration, sowie das gezielte Töten von Guerillia-Kämpfern und deren Unterstützern.

1976 wurden 150 SAS-Männer offiziell nach Nordirland beordert, möglicherweise hat der SAS aber auch schon vorher dort agiert. Sie operieren verdeckt und führen im wesentlichen Thatchers "shoot to kill"-Politik aus. Der SAS kooperiert z.T. mit loyalistischen paramilitärischen Verbänden.

Es folgt die Übersetzung eines Abschnittes aus dem irischen Magazin MAGILL vom Oktober 1988:

"Diese Version wird nicht nur durch die Darstellungen der Augenzeugen, sondern auch durch die bekannte Operationsweise des SAS unterstützt. Die "Standard Operational Procedures" des SAS instruieren die Soldaten, eine Schusstechnik zu benutzen, die als "double tapping" [etwa: doppeltes klopfen] bekannt ist. Dies beinhaltet, zuerst auf den Kopf der Zielperson zu feuern, um die Motor-Funktionen des Gehirns zu zerstören, und somit alle Körperbewegungen zu stoppen.

Es gab 2 Gründe bei dieser Gelegenheit [Gibraltar] zuerst auf den Kopf zu feuern, da die Begründung der Soldaten darauf basiert, daß sie dachten, die IRA-Mitglieder trügen ein Fernsteuerungsgerät mit einem Knopf bei sich, das vermutlich so leicht von einem Geschoß wie von irgend etwas anderem ausgelöst werden könnte. Es war vernünftig zu vermuten, daß irgend ein solches Gerät im Rumpfbereich des Körpers versteckt sein könnte.

Wie auch immer, die Tatsache, daß sie auch mehrere Male in den Rücken jedes Opfers gefeuert haben, zeigt, wie unwahrscheinlich es ist, daß sie an irgend so etwas gedacht haben.

Trotz der Behauptungen des SAS in der gerichtlichen Untersuchung, daß der "track record" [könnte mit dem kriminalistischen Term "Spurendokumentation" übersetzt werden, meint hier allerdings eher eine interne Dokumentation des SAS über seine Aktivitäten] des Regiments 75 Festnahmen zu 25 Tötungen zeigt, kann niemand, der die Geschichte der Verwicklung des SAS in Nordirland in den letzten Jahren verfolgt hat, sich an einen einzigen Fall erinnern,

bei dem der SAS Gefangene gemacht hat.

Pater Raymond Murray aus Armagh ist zur Zeit mit den Nachforschungen zu einem Buch über die SAS-Aktivitäten in Nordirland während der letzten 12 Jahre beschäftigt. Seit 1976, sagt er, gibt es Belege für Verwicklungen des SAS in 47 Tötungen und es mögen sehr viel mehr in der - wie er es nennt - "dunklen" Zeit davor sein. Ihm sind keine Beispiele für "Festnahmen" bekannt geworden.

Er sieht viele Ähnlichkeiten zwischen den Zeugenaussagen, die bei der gerichtlichen Untersuchung in Gibraltar herausgekommen sind, und solchen, die bei gerichtlichen Untersuchungen in Nordirland zu Todesfällen gemacht wurden, bei denen es eine Verwicklung des SAS gab. [...]

Die Soldaten sagen ausnahmslos, sie eröffneten das Feuer, da sie dachten, ihr Leben sei in Gefahr, was durch "plötzliche Bewegungen" seitens der Opfer oder den "Laut von Schüssen" (oftmals, wo nur der SAS irgendwelche Schüsse abgefeuert hat) angezeigt gewesen sei. In einigen Fällen, sagt Pater Murray, haben diese "Bewegungen" stattgefunden, während die Opfer am Boden waren."

Dieser Abschnitt ist dem Artikel "The anatomy of an afternoon - The story of the Gibraltar killings" (MAGILL, 10/88) entnommen, in dem die Rolle des SAS speziell im Fall "Gibraltar" beleuchtet wird. Trotzdem gibt er einen recht guten allgemeinen Einblick in die "Arbeitsweise" des SAS.

Bei derartigen gerichtlichen Untersuchungen bleibt die Identität der SAS-Soldaten geheim, sie werden mit Buchstaben benannt ("Soldier A", "Soldier B" etc.) und machen ihre Zeugenaussagen hinter Vorhängen. Eingehende Befragungen der Soldaten werden durch ihre Verteidiger, die auf Sicherheitsinteressen der britischen Regierung verweisen, unmöglich gemacht.

Herrschaftskultur: Reisebericht aus der irischen Knästen

von Winand Ehls

Zu Besuch bei den irischen Anarchisten Mickey und Noel Murray und Mickey McMullen

Im März dieses Jahres gelang es mir nach langen bürokratischen Hürdenläufen endlich die drei gefangenen Genossen/innen zu treffen.



Die anarchistische Gruppe in Belfast, die schon seit langem Gefangenearbeit macht (regelmäßige Gefangenensuche, Spenden-sammlungen und Literaturvertrieb für Gefangene etc.) hatte dies vorgeschlagen, nicht zuletzt deshalb, weil über ihre Gefangenschaft außerhalb Irlands nur wenig bekannt ist; gleichzeitig aber auch um mir die Erfahrung zu vermitteln, was »Knast« in Irland bedeutet.

Insofern sind die folgenden Zeilen nicht nur als Bericht über drei ausgewählte anarchistische Gefangene zu verstehen, sondern da sie die gleichen Bedingungen mit allen anderen Gefangenen teilen, sollen diese Aufzeichnungen ausdrücklich und ganz bewußt auch auf die Bedingungen für alle Gefangenen hinweisen – sowohl im Süden wie auch im kriegsgezeichneten Norden Irlands.

Mickey

Zusammen mit einer Genossin und einem Genossen aus Belfast fahren wir dem berühmten Konzentrationslager »Long Kesh« entgegen. »Long Kesh« – etwa ein Dutzend Meilen südlich von Belfast. Auf der Autobahn fährt die von dort aus Richtung Armagh durch eine ziemlich flache, landwirtschaftlich genutzte Gegend, die von den typischen abgerundeten Hügelketten, Weiden und Heckenzäunen gekennzeichnet ist. Dann senkt man auf der rechten Seite, ca. 600 m entfernt, eine große, kaareformig verlaufende, graublaue Mauer, an den Ecken gespickt mit hohen Wachtürmen – ein Bild, mit dem du sofort »KZ« assoziiert.

Bereits mehrfach bin ich in der Vergangenheit hier vorbeigekommen, uns stets hatte mich dieser Anblick in betretener Bahn geschlagen. Schnell und schmerzhaft ließen sich die Umrisse von quaderförmigen Baracken innerhalb der Mauer erkennen – »da sind sie drin«, denkst du und schon war der Spuk vorbei, der keiner ist.

»Long Kesh« – mehr als 1600 (mittlerweile fast 2000) Gefangene sind hier zusammengepfercht, sowohl Republikaner als auch Loyalisten¹. Bis zum 14. September 1976 hatten sie den politischen Status von Kriegsgefangenen². Von diesem Zeitpunkt an wurden alle neuen Gefangenen von der Labourregierung Wilson als »gewöhnliche Kriminelle« behandelt und in den extra zu diesem Zweck erbauten »H-Blocks« (d.h. die Baracken sind in H-Form angelegt) untergebracht.

»Long Kesh« und die »H-Blocks« – da werden Erinnerungen wach an Bobby Sands und die neun anderen Hungerstreiktoten von 1981³; das ist ein Platz systematischer Folter und legendärer Ausbrüche⁴, das ist das Unterdrückungssymbol der britischen Imperialisten.

Seit über zehn Jahren sitzt Mickey McMullen hier ein. Er ist in den sogenannten »ages« (Käfigen) eingekerkert, wie alle Gefangenen, die wie er politischen Status besitzen, d.h. er ist noch vor September 1976 verurteilt worden – wegen »conspiracy« (Verschwörung) zu 30 Jahren.

Mickey kommt von einem ausgesprochen republikanischen Hintergrund und kämpfte in der IRA gegen den britischen Imperialismus. Als er 1975 gefangen genommen und unter fadenscheinigen Vorwänden vor Gericht gestellt wurde, war er gerade Anfang zwanzig. Er verteidigte sich nicht, da er als irischer Widerstandskämpfer naturgemäß die Zuständigkeit eines britischen Gerichtes nicht aner-

kannte. Zur Zeit seines Prozesses hatten die Strafverfolgungsbehörden soeben die neue Taktik der »Rädelführerverurteilungen« begonnen, d.h. wenn die Beweislage nicht für eine Verurteilung ausreichte, baute die Staatsanwaltschaft den als politischen Aktivist unbeherrschten Angeklagten zum »Anstifter eines schwerwiegenden Verbrechens auf, um ihm dennoch für längere Zeit aus dem Verkehr ziehen zu können. Mickey war einer der ersten, der deswegen eine solch hohe Strafe kassieren mußte.

An all diese Dinge, die mir hauptsächlich nur aus den Berichten anderer bekannt sind, denke ich, als wir uns jetzt »Long Kesh« nähern. Ich fühle eine starke innere Anspannung in mir wachsen, diesem Mann gegenüber, der nun Anfang dreißig ist, der seine ganze Jugend im Widerstandskampf und in der Gefangenschaft verbracht hat, und den ich in wenigen Minuten treffen soll.

Wir haben inzwischen die Autobahn verlassen und folgen schon seit einiger Zeit der schmalen, kurvenreichen Landstraße. Nach einer kleinen Ortsdurchfahrt sehe ich dann die Mauern vor mir, viel näher und bedrohlicher. Die reißbreitmäßig angelegte kleine »Siedlung«, in der die »screws« (Gefängniswärter) wohnen und die wir gerade passieren, liegt unmittelbar neben dem Lager. Die Rinnsteine der Bürgersteine sind hier vielfach in den rot-weiß-blauen Farben des »Union Jack« angestrichen. Wir fahren an der ca. 5-6 hohen Außenmauer entlang. Auf den Wachtürmen kann ich nichts erkennen, offenbar sind sie mit Spiegelglas geschützt.

An einem Tor, an dem wir vorbeikommen, sind schwerbewaffnete britische Soldaten postiert, davor Armeelastwagen und der graue Jeep der 90%ig loyalistischen Polizei RUC (Royal Ulster Constabulary) – eine Szene, die mir aus dem Straßenalltag in Belfast nur zu bekannt ist. Vor jedem Tor die übliche »ramp«, eine hohe Straßenschwelle, die nicht schneller als mit 10-15 km/h überfahren werden sollte, da sonst das Auto stark beschädigt werden kann. Zum Schutz vor Attentaten sind diese Rampen vor allen Polizeistationen und Armeestützpunkten im Norden Irlands verbreitet.

Schilder weisen uns den Weg zur Besucherzufahrt. Durch keine Öffnung in dem sichtbar-



sperrenden Wellblechzaun mit NATOdräht, der den Parkplatz für Besucher umgibt, fahren wir hinein.

Von hier aus gehen wir in die Besucherbaracke, deren vorderer Teil in den Parkplatz ragt, und dessen hinterer Teil in den Vorhof des eigentlichen Gefängnislagers. Nach einem dünnen Tee am Buffet der Quäker, die hier ehrenamtlich eine Art Snackbar für Besucher betreiben, betreten wir den Anmeldebereich im hinteren Barackenteil.

Mehrere bewaffnete dunkel-uniformierte »Screws« halten sich hinter der Schaltertheke auf, mustern uns kurz und lassen uns erst einmal warten. Dann bequemt sich endlich jemand, schnarrt uns wegen der Passierscheine an und trägt unsere Personalien in das Besucherbuch ein. Es fällt mir auf, daß der Kugelschreiber, den er benutzt, die Form eines mehrkalibrigen Karabiners besitzt. Als wir unsere Scheine zurückerhalten, finde ich hinter meiner Nationalitätenbezeichnung ein Hakenkreuz vor. »Nur ruhig bleiben, keine Wut

zeigen, damit sie keinen Vorwand finden können, dir den Besuch jetzt noch zu verweigern – Ausländer sind hier ungern gesehen.«

Sie führen uns weiter, in eine Art Warteraum, wo wir auf unsere Leibesvisitation warten müssen; bereits hier haben wir nach Geschlecht getrennt Platz zu nehmen. Schließlich kommen die Durchsucher, eine Frau und zwei Männer, und einzeln werden wir in die kleinen, fensterlosen Kammern geleitet, die der Leibesvisitation dienen. Wir haben »Glück«, da keiner von uns »vollständig-durchsucht wird«; lediglich der Taschininhalt wird kontrolliert, Schuhe, Kopfbedeckung und Halstuch müssen abgelegt werden und eine genaue Abtastung erfolgt. Alles, was ich bei mir habe kommt in Tüten.

Anschließend werden wir in einen anderen Warterraum geführt, der ganz dicht am Vorhof des Lagers liegt (sein hinterer Teil führt mit der Tür hinein). Die Scheiben – sehr schmal und unmittelbar unter der Decke angebracht – sind aus blindem Milchglas, damit man auch nicht das kleinste bißchen nach außen sehen kann. Eine halbe Stunde vergeht, dann öffnet sich die Tür und ein »screw« befiehlt uns stumm mit einer Handbewegung ihm zu folgen. Von der Tür treten wir in den Vorhof und ohne daß wir uns richtig umsehen können, haben wir in den vergitterten und ebenfalls mit blinden Scheiben versehenen Transporterbus zu steigen. Vom Fahrer und dessen Begleiter trennt uns ein Gitter, neben uns nehmen »screws« Platz. Wir fahren schnell, doch durch das Gitter und die Fahrer-Frontscheibe kann ich sehen, daß wir den Vorhof wieder verlassen, parallel zur eigentlichen Stahlbetonmauer fahren und schließlich durch ein stark bewachtes Tor in den inneren Kreis kommen und an einem Seitengebäude stoppen. Zusammen mit den Wärtern, die im Auto neben uns gesessen hatten, erreichen wir hier die äußere Lagerfläche, die aus dicken Stahlstäben besteht. Dahinter waren mehrere »screws«, die nach einem kurzen Wortwechsel mit unseren Begleitern öffnen und hinter uns sogleich wieder abschließen. Wie ich sehe, befinden wir uns in einem Gang, der ringförmig um das Lager verläuft und ca. drei Meter breit ist. Hinter uns liegen die Außenmauer mit den Stacheldrahtrollen, Scheinwerfern und dem



eren Eisengitter. Vor uns genau das: Bild: wieder öffnen uns Wärrer hinter Eisenart. Der sechsten passierten genau niederlegt. Der zweite Gang, in dem wir stehen, ist das genaue Spiegelbild des ersten. Und noch einmal wiederholt sich diese eckige auf- und Einschleüßens. Es wird dadurch insgesamt drei ringförmig um das r verlaufende, gleichartig konstruierte, in denen Hundsterrassen patrouillieren. Art dreifache Gefängnismauer bilden. Nachdem das dritte und letzte Eisengitter unter uns ins Schloß gefallen ist, gelangen in die schmale und langerzogene Besu- baracke für die «cages». Auf den wenigen er bis zu ihrem Eingang können wir e- werfen, die parallel zueinander angeord- net – schmale, quadratische Baracken halbrunden Dächern. Mickey sitzt in der ersten Baracke, wo er zusammen mit ca. 50 blikanischen Gefangenen untergebracht lie sich darin jeweils zu zweit eine Zelle zu n haben. Diese können sie tagsüber ver- und sich in dem Gemeinschaftsraum Küche relativ frei bewegen – entspre- d ihrem politischen Status. In dem be- barten «cage» zur Linken befinden sich litische Gefangene und in der Baracke links sind noch einige «stickies», d. h. Ge- aus der heute nicht mehr existieren- Official IRAs.

Es fällt mir schwer, das Bewußtsein ihrer stän- digen Gegenwart zu ignorieren. Ich merke, wie meine vorbereiteten Fragen zerplatzen: Fragen wie «Wann und wodurch bist du Anar- chist geworden?», «Wie siehst du das Verhält- nis von Republikanern und Anarchismus?», «Was ist dein eigener politischer Standpunkt als Anarchist?» etc.

Dies ist eine sehr persönliche Ausnahme- situation: Besuch – die Gelegenheit innerlich für einen kurzen Moment aus dem Gefängnis- leben auszusteigen, ein seltener Augenblick, den es so optimal wie nur eben möglich auszu- nutzen gilt, um so viel wie möglich Neues zu erfahren, von dem nach dem Ende des Besu- chs, zurück in der Zelle, gezehrt werden kann. Meine Fragen sind zu abstrakt, entspre- chen nicht dieser Situation, die keine echte Gesprächssituation ist, sondern ein Mittel zum Zweck, um der alltäglichen Repressi- on im Gefangenalltag ein Schnippchen zu schlagen, und auch vertrauliche Informati- onen auszutauschen.

Mickey ist Anfang dreißig, treibt Sport und nutzt das Angebot eines Kurses in englisch- Literatur (Shakespeare), an dem außer ihm noch vier weitere Gefangene seines «cage» teilnehmen. Zum Anarchisten hat sich Mik- key erst in der Gefangenschaft entwickelt, über das Lesen anarchistischer Literatur und

Theorie, die die Belie- der Anarchistengrup- pen allen interessierten Gefangenen anbietet, und über deren Besuche im Knast. Wegen seiner politischen Entwicklung zum Anarchisten ist Mickey stark von seinen republikanischen Mitgefängnissen isoliert, lediglich mit seinem Zellengenossen und den Leuten aus der Lite- raturgruppe kommt er ganz gut klar. Das macht es für ihn zusätzlich schwierig, und so hat er im Grunde auch, was seine persönliche Zukunft angeht, eine ziemlich fatalistische Haltung entwickelt. Er sieht es selbst so, daß er praktisch sein ganzes Leben im Knast ver- bringen wird und geht davon aus, daß die ge- samten 30 Jahre absitzen muß. Denn da seine – damals aufsehenerregende – Verurteilung die Staurotung eines Exempels war, ist reali- stisch damit zu rechnen, daß die britischen Be- hörden auch bei seiner Halbdauer hart bleiben werden. Mickey hat schon andere Gefangene, die ähnlich hohe Strafen wie er selbst kassiert hatten (aber in einer anderen politischen Pha- se verurteilt wurden), auf Bewährung frei- kommen sehen – sich selbst gibt er keine Chance.

In diesem Zusammenhang ist auch die Posi- tion der IRA zu kritisieren, die es ausgespro- chen ungern sieht, wenn IRA-Gefangene An- träge auf vorzeitige Entlassung stellen, was ansonsten im Rechtssystem des «United King- dom» eine gängige und oftmals positiv be-

schiedene Praxis darstellt. Denn ih- at es darum, nichts anzunehmen oder gar zu «verleihen», was mit dem britischen Unrechtssystem im Norden Irlands in Verbindung steht – und dies auch nach außen hin deutlich werden zu lassen. So sitzen viele Märtyrer im Knast, die persönlich im Grunde oft frei könnten, einzig und allein aufgrund einer abstrakten, politi- schen «Linie».

Mickey ist eine unbequeme Persönlichkeit, war dies auch schon, als er noch Republikaner war und hatte stets ein ausgeprägtes Un- abhängigkeitsbewußtsein, das ihn gegen straffe, hierarchische Strukturen rebellieren ließ. Diese Haltung ist es auch, die ihn dem Anar- chismus nahebrachte. Dennoch bleibt er weit davon entfernt, seine republikanischen Wur- zeln zu verdrängen, und er sieht sich auf seine Weise als eine Art republikanischer Anar- chist, der den Kampf gegen die britische Herr- schaft will – allerdings autoritäre Strukturen bei der Organisation dieses Kampfes entschie- den ablehnt. Auch der Sonderstatus eines poli- tischen Häftlings, den er als vor 1976 gefange- ner Aktivist besitzt, behagt Mickey nicht. Es zieht ihn, wie er sagt, in die «H-Blocks», zur Mehrheit der republikanischen Gefangenen. Abgesehen davon, daß er das vergleichsweise «angenehmere» Leben in den «cages» als er- eignislos und öde empfindet und in den «blocks» mehr Leben und alltäglicher Kampf gegen die «screws» an der Tagesordnung ist, drückt sich in diesem Wunsch Mickeys auch seine ablehnende Haltung gegenüber einer Trennung von Gefangenen in «politische» und «Normale» aus. Es wird klar, daß er sich als Anarchist mit allen Gefangenen gleich soli- darisch fühlt.

Als wir mit ihm sprechen, beeindruckt mich – neben der Niedererschlagenheit über seine trostlose persönliche Zukunft, – diese Hal- tung des Rebellen, die bei dem hin- und her- fliegenden Gespräch immer wieder durch- schimmert. So lacht er, als er davon berichtet, daß sein Lehrer im Lektürkurs graue Haare bekam, weil er alles daransetzte, jeden mög- lichen Ansatz, den Shakespeare dafür biete, in sozialrevolutionärer Interpretation herauszu- stellen – was gar nicht so einfach sei. Ich gehe ihm zu, wie er redet, ruhig eine dünne Selbst- gedrehte raucht (es ist verboten, Tabak für die Gefangenen mitzubringen, wie alle andere Mitbringsel verboten ist). Auf meine Fragen habe ich verzichtet, die Perversität dieser un- natürlichen Gesprächssituation hatte sich mir zu stark aufgedrängt. Ich kann all das Abge- fockte um mich herum nicht wegstecken, und ich sage ihm dies. Wir kommen überein, meine Fragen briefly nachzugehen, und das ein- zige, worüber wir nun sprechen, sind Neug- keiten von den «Revolutionären Zellen», deren dezentrale Organisationsstruktur ihn in- teressiert, der Stand der autonomen, antim- peralistischen und anarchistischen Bewegung in der BRD (in dieser Reihenfolge), sowie den Weltwirtschaftspfeil in Bonn... Die ganze Zeit über verläuft das Gespräch hastig, ja keine Sekunde ungenutzt verstreichen las- sen, und so kommt es, daß die kaum 25-30 Minuten, die wir miteinander gesprochen ha- ben können, uns zwar einerseits ziemlich lan- ge vorkommen, uns andererseits aber auch stets bewußt ist, daß die Zeit sowieso nie rei- chen wird. Die «screws» melden sich, wir müs- sen uns wieder verabschieden. (...) Ich fühle mich sprachlos und voll ohnmächtiger Wut...

Anmerkungen

- 1) Als «Loyalisten» werden diejenigen bezeichnet, die für die Verbindung von Irlands Norden mit dem United Kingdom eintreten; gegenüber GB «loyal» sind. In der Regel handelt es sich um An- gehörige der protestantischen Bevölkerungs- gruppe. Sie haben auch kleine, rechtsgerichtete, paramilitärische Terrororganisationen hervor- gebracht, wie z. B. die UVF (Ulster Volunteer Force), UFF (Ulster Freedom Fighters), PAF (Protestant Action Force) etc. Anders als die re- publikanische Bewegung, die vorrangig militäri- sche Ziele attackiert, schlagen diese Gruppen meist völlig willkürlich zu, was bislang zu vielen Op- tern aus der Zivilbevölkerung geführt hat.
- 2) Die sogenannten «Five Demands» (fünf For- derungen), die diesen politischen Status ausma- chen, sind auch heute noch an den Mauern der katholisch-republikanischen Gebiete im Norden allgegenwärtig:
 - keine Gefangenkleidung
 - keine Gefangenarbeit
 - Versammlungsfreiheit
 - Recht auf Strafurlaub (solange dies Recht nicht erkämpft ist, sollen die republikanischen Gefan- genen keine Anträge stellen)
 - Recht auf eigene erzeherische und kreative Betätigung
 Für die Durchsetzung der Forderungen strei- ten die Zehn bis zum Tod.
- 4) Anfang Oktober konnten in einem spektakulä- ren Massenaustrich 38 Gefangene der IRA aus dem Gefängnis flüchten, das in der britischen Regierungspropaganda als ausbruchssicherer «Superknast» galt.
- 5) Es ist schwierig als Ausländer eine Besuch- erlaubnis für das Lager zu bekommen, da die Be- hörden sich ihrer «Unpopularität» in der kriti- schen internationalen Öffentlichkeit bewußt sind und in Ausländern tendenziell stets repu- blikanische Sympthiasanten vermuten. Meist er- laubnis war jedoch hieb- und stichfest vom NIO (Northern Ireland Office) ausgestellt, der zu- ständige Verwaltungsaufsichtsbehörde. Dies hatte die Genossen, die mich bei dem Besuch in Long Kesh begleitete und die regelmäßige Gefan- genenbesuche macht – nicht nur im Norden, sondern auch im Süden Irlands – arrangiert.
- 6) Dies steht im Gegensatz zu einer anderen Si- tuation in Derry, in der ein britische Soldaten als «Verstöße» mehrere Stunden in der Kaserne festhalten, und uns vollständig und ein- schließlich der Körperöffnungen durchsucht hatten.
- 7) Um 1970 kam es innerhalb der IRA zum Bruch: in die IRA-Officials die sich theoretisch in Richtung auf einen orthodoxen Marxismus hin entwickelten, und in die IRA-Provisionals («Provos»), die das traditionelle antikommu- nistische Element in der republikanischen Bewegung fortführten. Als wenige Jahre später die «officials» den bewaffneten Kampf für beendet er- klärten, wurden die «Provos» zum alleinigen Re- präsentanten des bewaffneten Kampfes. Wird heute von der IRA gesprochen, so sind damit stets die «Provos» gemeint – beide Begriffe wer- den jedoch bis heute wechselseitig benutzt. Mit- telwelt spricht sich diese IRA auch für ein ver- einigtes sozialistischer Irland aus, ohne dies je- doch näher zu erläutern. Die «officials» sind in ei- ner rein parlamentarisch arbeitenden «Arbeiter- partei» (Workers party) aufgegangen.
- 8) Die Gefängnisbehörden schicken Lehrer zu Kursen in die Gefängnisse – oftmals Ruhestän- der. Nur sehr wenige der republikanischen Ge- fangenen nehmen diese Möglichkeit der geisti- gen Beschäftigung wahr. Sie lehnen kategorisch alles ab, was mit dem verfallenen Apparat der «Brits» zu tun hat.

9) Mickeys Adresse: Mickey McMullen, The Maze Prison, N. Ireland

Aus Platzgründen kann der zweite Besuch- bericht bei Marie und Noel erst in SF-19 erschei- nen.

Wir wollen jedoch wenigstens die Spendenkamp- pagne für den Provoz im «conjugal rights» (vgl. SF-17) bereits mit dieser Nummer unterstützen. Spenden unter dem Stichwort «Marie und Noel», an Winand Ehlis, Konto-Nr. 100148888, BLZ 26050110, b., Kreisrepublik Göttingen. Die Adresse: Marie und Noel, Limerick Prison, Li- merick, Co. Limerick, Ireland.

IWF – WELTBANK

ENTWICKLUNGSHILFE
oder finanzpolitischer
KNÜPSEL für die
'DRITTE
WELT' ?



*Der AK Entwicklungspolitik im BDKJ-Stuttgart hat eine gute zusammenfassende Broschüre zum Thema IWF – Weltbank zusammengestellt. Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die 'Dritte Welt'. 48 S., erhältlich bei:

Bestelladresse: Paul Sandler, Holzhauserstr. 31, 7001 Stuttgart-70

freiiraum

WISSENSAND IM DICKDARM

DIE HOFFNUNG DER BLINDEN
REVOLUTIONÄRER MASSKILLER

Einzel exemplar 2,50 DM
Abonnements:
4 Nummern 10,00 DM
8 Nummern 20,00 DM

Probeexemplar: 2,50 DM in Briefmarken
36 Seiten Umfang, DIN A 4, kommt ca.
alle 2 Monate pünktlich ins Haus

Anschrift: ☆☆☆☆☆☆
Postlagerkarte Nr. 073396 A,
8000 München 34 ☆☆☆☆☆☆



betreten den Gang innerhalb der Besu- baracke, ein langer Korridor, der an einer zahl von nummerierten Türen vorbeit. Uns hat man Raum Nr.18 zugewiesen, wir kommen in diesen engen, fensterlo- sigen Raum, in dem ein niedriger Plastikst- 4 Plastikstühlen steht. Der Eingangstrü- gegenüber liegt eine weitere Türöff- ng, wo die Tür ausgehängt ist. Dahinter l ein Gang sichtbar, der parallel zu dem ucherkorridor verläuft – dieser Gang führt e «cages» und auf diesem Wege werden an- genen zu den Besuchern gebracht.

inige Minuten verstreichen, in denen wir lem winzigen Raum stehen. Meine An- ordnung wächst. Die Fragen, die ich mir vor- neminn Kopf durcheinander, mischen mit den unmittelbar hinter mir liegenden drücken des Gefängnisapparats – diesers ekt durchorganisierten Maschinerie von hnik und ihren uniformierten und schwer- affneten Bedienten: Anmeldung, Haken- z, Warten, Durchsuchung, wieder War- die Fahrt innerhalb des Komplexes, die zen Ausblicke, Eisentore, Schließer, sbetonmauer und NATOdraht – und im- wieder Warten; schon über eine Stunde, wir in dieser auf niederdrückende Weise rkllich scheinenden, knallharten Realität bringen müssen, ohne einen der Menschen Gesicht zu bekommen, für all dies er- tet und ausgebaut worden ist.

wei «screws» erscheinen in der Türöff- ng, zwischen ihnen ein Mann mit kurzen- slonden Haaren und Schnurrbart, der uns ichelt. Wir schütteln Mickey die Hände, en uns an den Tisch. Sofort die Fragen, as gibt's Neues aus Belfast?», «Was macht Buchladen?», «Was hat sich seit dem letz- ten Besuch im Knast getan?», gemeinsame annte, Pläne... Die «screws» bleiben im rahmen hinter uns stehen und hören zu.



Reisebericht aus irischen Knästen, Teil 2

von Winand Ehls

Besuch bei Marie und Noel
An einem regnerischen Nachmittags des 11. September 1975 wurde um 16 Uhr die Filiale der 'Bank of Ireland' in Raheny, einem Vorort Dublins, von einer Frau und zwei Männern überfallen, die bewaffnet waren. Sie ließen sich 7.000 Pfund auszuhändigen und flüchteten in einem Ford Cortina.

Auch Garda Michael Reynolds befand sich an dem Tag in dieser Gegend. Er hatte dienstfrei, trug Zivilkleidung und war zusammen mit Frau und Tochter im Auto unterwegs, um sich sein Gehalt abzuholen. Als er an der Bank vorbeikam, wurde er plötzlich von einem grünen Ford Cortina geschnitten. Erboast folgte der Polizist dem sich schnell entfernenden Fahrzeug. Nach einer kurzen Verfolgungsjagd stoppte der Ford, rechts und links sprangen zwei Männer heraus, die in entgegen gesetzten Richtungen davonschienen. Reynolds verließ ebenfalls sein Auto und setzte zu Fuß dem Fahrer nach. Kurz nachdem seine Frau ihn nicht mehr sehen konnte, hörte sie wie ein Schuß ertönte. Wenig später herbeigelaufene Gardai, die von der überfallenen Bank alarmiert worden waren, fanden heraus, daß eine Kugel den Hintkopf ihres Kollegen durchschlagen hatte. Bei der Ankunft im Krankenhaus konnte nur noch sein Tod festgestellt werden.

Politiker und Massenmedien reagierten hysterisch auf den Polizistenmord, auf den im 'free state' die Todesstrafe steht. In den Tagen und Wochen nach dem Verfall wurden hunderte von Wohnungen bekannter Aktivisten aus Knastruppen, Anarchisten und anderer »suspekte Linke« von der Polizei durchsucht.

Der Tote erhielt ein öffentliches Staatsgrabnis, an dem führende Repräsentanten der herrschenden Klasse – bis hin zum damaligen Ministerpräsidenten Cosgrave – teilnahmen. Die Ergreifung der Täter – »Feinde der Gesellschaft«, wie sie von der bürgerlich-liberalen Tageszeitung »Irish Times« genannt wurden, – war zu einem Politikum ersten Ranges geworden, das das Prestige der Polizei herausforderte.

Die »Staatsfeinde« blieben allerdings spurlos verschwunden. In den frühen Morgenstunden des 8. Oktober kehrten Marie und Noel Murray von einem Spaziergang mit ihrem Hund in ihr Dubliner Haus zurück. – Sie hatten es im November 1974 unter den Namen Aunt und John Finley gemietet, um sich als Mitglieder der kleinen anarchistischen Gruppe »New Earth« vor polizeilicher Entdeckung zu schützen. Später lösten sie sich von der Gruppe und machten mit drei anderen selbstständig sozialrevolutionäre Aktionen, darunter auch Expropriationen von Banken. – Im Innern ihres Hauses wurden sie von etwa 20 schwerbewaffneten Gardai und Zivilpolizisten erwartet und festgenommen. Zeitgleich mit ihnen wurde der Anarchist Ronan Stenson im Bett seines Hauses in Dublin verhaftet.

Am Mittwoch, den 9. Juni 1976 wurden Marie und Noel Murray zum Tode durch Erhängen verurteilt. Sie waren der Anklage für schuldig befunden worden, Garda Reynolds ermordet zu haben. Ihr Prozeß war von einem Sondergericht verhandelt worden, das ohne die im irischen Recht ansonsten obligatorische Jury getagt hatte. Der greise Gerichtsvorsitzende, der 76-jährige Ex-Ruhestandsrichtiger Pringle, verkündete das zynisch formulierte

Urteil:

»Das Hohe Gericht ordnet daher pflichtgemäß an, daß man sie wieder zu demselben Gefängnis zurückbringe, in dem sie zuletzt inhaftiert worden sind, dortselbst den Exekutionstod auf die Art und Weise zu erleiden, wie sie das Gesetz vorschreibt; und daß man sie des weiteren auf dem Innengebiet des besagten Gefängnisses begrabe.«

Alle drei Gefangenen waren zuvor bei »Verhören« und in der Untersuchungshaft so lange mißhandelt und gefoltert worden, bis sie ein Schuldbekennnis unterzeichneten. Später im Prozeß widerriefen sie dies unter Verweis auf ihre immer noch sichtbaren Wunden. Ronan Stenson brach bei den »Verhören« körperlich und geistig zusammen und mußte in die Psychiatrie eingeliefert werden, wo ein absolutes Besuchsverbot über ihn verhängt wurde. Die Murrays durften nur von Noels über 70-jährigen Eltern besucht werden.

Dies alles, die Folter durch die Polizei, der skandalöse Sonderprozeß (währenddessen Marie und Noel für sich den Ausschuß erzwangen, da sie das Gericht als abgekartete Farce ablehnten) und vor allem das Schreckensurteil,rief nationale und internationale Proteste hervor; außer Frankreich und die BRD (wo vor allem eine Münchner Gruppe aktiv wurde) bis hin nach USA und Kanada. Nachdem quälende sechs Monate der Ungebilltheit verstrichen waren und es wahrscheinlich erschien, daß das Urteil in absehbarer Zeit vollstreckt werden würde, wurde das Todesurteil im November 1976 in lebenslange Haft umgewandelt. (Ronan, dessen Verfahren wegen seiner psychischen Erkrankung abgetrennt worden war, erhielt später 6 Jahre,

die er bis zuletzt, ohne Anrechnung, U-Haft, absitzen mußte.)

Für Marie und Noel hatte die lange Zeit der Haft begonnen, in der sie die meisten Jahre in verschiedenen Gefängnissen, getrennt voneinander, untergebracht waren. Erst in den letzten Jahren konnte erreicht werden, daß sie zumindest in ein- und demselben Knast sitzen. Dort, in Limerick, dürfen sie sich einmal pro Woche unter der Aufsicht mehrerer »screws« sehen.

Limerick, an der Westküste im Süden Irlands, ist wohl die kaputteste Stadt der Insel. Eine schmutzige, große Kleinindustriestadt am River Shannon, wo schlechte Wohnverhältnisse und hohe Arbeitslosigkeit – insbesondere unter den Jugendlichen – eine explosive soziale Mischung aus Massenarmut und Aggression hervorgebracht haben, wie in kaum einer anderen Stadt der Republik. Die Fahrt von Dublin dorthin ist lang und ermüdend, doch mein Belfastser Genosse C. und ich sind hellwach und gespannt auf das Zusammentreffen mit den Murrays. Nach über vier Stunden im Auto auf schlechten, schmalen Straßen kommen wir in Limerick an. Wir passieren die Randbezirke, die von häßlichen, heruntergekommenen Mietkasernen gezeichnet sind, durchqueren das belebte Zentrum und fahren an den südlichen Stadtrand, wo sich das Gefängnis befindet. Wir parken gegenüber diesem wuchtigen grauen Steinblock mit seiner um die Jahrhundertwende alten Architektur. Während wir unsere Taschen auf das Nötigste ausleeren, damit es beim Durchsuchen drinnen nicht so lange dauert, und die Bücher, die wir Marie und Noel mitgebracht haben, zusammenpacken, bemerken wir, daß uns einer der maschinengewehr bewaffneten Soldaten, die vom Vordach des Gefängnisses aus die Straße überwachen, durchs Fernglas beobachtet. Dann betreten wir die kleine Besucherbaracke, die direkt an dem Stacheldrahtzaun vor dem Gefängnis und seiner Außenmauer liegt. Bevor wir weiter hineingehen können, müssen wir dem ersten unsere Personalien geben. Dann werden wir in einen kleinen Raum gewiesen, in dem nach kurzer Zeit ein »screw« erscheint, äußere Passierschein verlangt und sich damit zufrieden. Ziemlich lange müssen wir hier warten, ohne Wärter, bei offener Tür, durch die der Straßenlärm der stark befahrenen Ausfallstraße in Richtung Süden hereindringt. Unruhe entsteht im Gang, als eine kinderreiche »traveller«-Familie (Zigeuner) auftaucht, die den offensichtlich gefangenen Familienvater besuchen will. Da sie sich nicht »ordnungsgegemäß« angemeldet haben, entsteht ein lebhafter Disput mit den »screws«, die sich lange starren stellen, bis sie dann nach ca. 20 Minuten nachgeben und die Erlaubnis erteilen.

Schließlich kommt derselbe Wächter zurück, der uns die Passierscheine abgenommen hatte und durchsucht uns – Schuhe ausziehen, Taschen leeren, Abtasten. Es ist anders als im »anonym-perfekten« Long Kesh (vgl. SF-18), wo wir einzeln und von mehreren bewaffneten »screws« genauestens gecheckt wurden und wo nie ein Laut von außen nach innen drang – dennoch: Knast ist Knast.

In Begleitung des Beamten gehen wir durch die hintere Barackentür und befinden uns nun innerhalb des stacheldrahtumzäunten Vordachhofes. Vorbei an Soldaten gelangen wir zu dem Gefängnisportal, einem dicken grauen Stahltor, in dem sich auf ein Klingelzeichen unseres uniformierten Begleiters hin ein kleines Viereck auf tut, das sich mit dem Gesicht eines »screw« füllt. »Visitors for the Murrays« – das Tor öffnet sich krachend, wir treten in einen dunklen Durchgang. Mehrere »screws« halten sich hier auf. Am Ende des Durchgangs ein dickes Stahlgitter und wieder erfolgt die Prozedur des Auf- und Einschließens. Nun stehen wir im Innenhof des rechtlich angelegten Gefängnisses, der Boden besteht aus Kopfsteinpflaster, die Mauern sind aus dicken dunkelgrauen Steinklotzen. Rechter Hand steht ein kleiner Pavillon, zu dem ein kurzer Pfad führt. Dorthin weisen uns zwei neue Wärter. Während wir uns nähern, kann ich durch die Scheiben zwei Gestalten in Zivilkleidern erkennen, die freundlich lächeln, als wir in den Raum treten. Zuerst dachte ich, es wären andere Besucher und dies wäre die übliche Besuchsbarracke innerhalb des Gefängnisses, doch dann begriff ich, daß Marie und Noel vor mir standen.

Sie begrüßten mich mit Namen, da mein Kommen schon seit längerem angekündigt war, und wir reichten uns die Hände über den breiten hohen Tisch hinweg, der den quadratischen Raum in zwei Hälften teilt. Hinter den beiden sitzen zwei »screws« auf einer Bank an der hinteren Wand des Raums. Hier befindet sich eine offenstehende Tür, die ins Innere der Gefängnisgebäude führt. Ganz anders als in »Long Kesh« fühlte ich mich überhaupt nicht niedergeschlagen, ohnmächtig und wortlos-wütend. Von Anfang an ist eine Atmosphäre herzlicher Freundlichkeit, die die beiden ausstrahlen im Raum; sie macht mich spontan auf und nimmt mich für sie ein. Es ist klasse, zu sehen, wie sich beide freuen beieinander zu sein, eine extra-Gelegenheit neben der »normalen« eine Stunde pro Woche. Sie gucken sich an, lächeln, schauen uns an, mit fragenden, willigeren Augen.

Klar, Thema Eins sind die »Prozeßvorbereitungen« ihrer Klage gegen den irischen Staat zur Erkämpfung von »conjugal rights« (eheliche Rechte). Wir berichten von unserem Treffen mit dem energischen jungen Anwalt P. in Dublin tags zuvor; dieser beurteilte die Erfolgsaussichten dieses Musterprozesses ziemlich positiv. Er hatte uns erzählt, daß mittlerweile das einschlägige Aktenmaterial aus den USA, der BRD, Frankreich, den Niederlanden und Schweden (in den letztgenannten Ländern gibt es bereits eine Art von »conjugal rights« für Gefangene) eingetroffen sei. Auch die Kontaktaufnahme mit einem Anwalt aus Boston, Mass., der die Koryphäe auf dem Gebiet sei, wäre erfolgreich verlaufen und dieser wolle mit für die Verteidigung arbeiten.

Gut sei auch, daß der irische Nobelpreisträger und Vorsitzende des CND (Campaign for Nuclear Disarmament; Organisation der Friedensbewegung) Sean McBride, seine Mitarbeit zugesagt habe; aufgrund seiner Popularität ist er besonders geeignet, das linksliberale Gewissen »fortschrittlicher« Personen des öffentlichen Lebens zu (re-)aktivieren. Allerdings sei noch nicht klar, ob der bekannte Strafverteidiger McEntee mitmache; denn dieser sei auch sehr stark an der Übernahme der Verteidigung in einem der berühmtesten »supergrass-Prozesse« im Norden Irlands interessiert. Auch habe er die Erwartung eines

Honorars durchblicken lassen, auf die alle anderen, die an der Verteidigung mitarbeiten, verzichtet haben. (Er war dann dennoch dabei.) Die Kosten für Recherchen, Sichtung des umfangreichen Aktenmaterials, Korrespondenzen, Fotokopien u.ä. seien recht hoch. Immerhin seien bisher rund 1000 Pfund an nationalen und internationalen Spenden eingegangen (davon inzwischen 126,63 Pfund (ca. 500.- DM) aus der BRD).

Der Prozeß war vor dem zweithöchsten Gericht des Landes für den 14. und 15. Mai 85 angesetzt; meine Reise hatte im März '85 stattgefunden. Genossen/-innen aus Belfast und Dublin wohnten dem Prozeß bei. Die irische bürgerliche Presse, insbesondere der ausgesprochen konservative »Irish Independent« berichtete ausgesprochen »wertfrei« über den Verhandlungsverlauf und die Argumentation der Kläger, ihrer Anwälte und Zeugen (unter denen sich sogar ein Beamter des Justizministeriums befand). In der Argumentation wurde besonders auf die z.T. fortschrittliche Handhabung von »conjugal rights« in anderen Ländern verwiesen, auf die hohe Zahl verurteilter Gefangener in irischen Gefängnissen (von 1400 aus 12 Gefängnissen sind zwischen 1000 und 1200 verurteilt) und die Verweigerung von »conjugal rights« als Verweigerung eines elementaren sozialen Menschenrechts herausgestellt. Das Gericht unter dem Vorsitzenden Costello fällt im Mai keine Entscheidung, sondern beschließt eine längere Abwägungsfrist ohne konkrete Datierung eines Urteilspruchs. Die Murrays waren mit dem Verlauf der Verhandlung ziemlich zufrieden, mit der zermürbenden Wartezeit natürlich nicht.

Wir können Marie und Noel ansehen, daß die meisten ihrer Gedanken um diesen Prozeß kreuzen. Voller Erwartung und Vorfreude diskutieren sie verschiedene Strategiemöglichkeiten, wobei sie sich ewig sind, daß sie als Anarchisten das Schwergewicht der Argumentation auf die soziale und psychologische Ebene legen wollen – und keinesfalls auf die religiöse (obwohl dies auch ein denkbare Ansatz gewesen wäre, weil die katholische Kirche ja die »Heiligkeit der Familie« garantiert.) Die Sprache kommt auch auf die Schwierigkeiten, die wir in der BRD mit der aktuellen Solidaritätsarbeit für sie hatten. Abgesehen davon, daß sie fast 10 Jahre nach ihrer Verurteilung vielerorts in Vergessenheit geraten sind, haben wir bei der jetzigen Unterstützungskampagne viel Unverständnis unterstutzt: »Was? Anarchisten, die für die Familie streiten?« Und auch die alternative TAZ, der ein Artikel über die laufende Kampagne und ihren Hintergrund zugestellt wurde, hat darauf nicht reagiert. Es sind auch in GB vorwiegend ältere Genossinnen und Genossen, die Marie und Noel noch aus den Zeiten ihres Prozesses in Erinnerung haben, mit denen die beiden noch in Verbindung stehen. Eine Ausnahme bildete lediglich das 1978 neugegründete »Belfast Anarchist Collective«, um die Zeitung »Outta Control« und den Buchladen »Just Books«, das einer jüngeren »Anarchistengeneration« entstammt. Zwar hat sich das Kollektiv inzwischen aufgelöst, doch sind viele Einzelmitglieder, darunter auch mein Begleiter C., aktiv geblieben.

Das »committee for prisoners conjugal rights« (Komitee für eheliche Rechte von Gefangenen), das Marie und Noel bei ihrer Klage unterstutzt, ist in erster Linie eine persönliche Unterstützungskampagne für die beiden, die jetzt fast 10 Jahre im Gefängnis sitzen – einzig und allein als Folge ihrer idealistischen, sozialrevolutionären Aktionen zu Beginn der

70er Jahre. Auch Marie und Noel entstammen ursprünglich einem republikanischen Hintergrund, waren aktiv bei 'Sinn Fein', entwickelten mehr und mehr sozialistische Perspektiven, so daß sie schließlich 1973 austraten und sich wenig später - bis heute - zum Anarchismus bekannten. Nur auf Grund dieser Überzeugung beschlossen sie von sich aus, den Kampf gegen den Staat aufzunehmen. Marie bekräftigte dies noch einmal ausdrücklich während ihres Prozesses von 1976, als sie ihre Ablehnung des Gerichts prinzipiell verdeutlichte:

'Die letzten drei Wochen war dies ein äußerst unterhaltsamer Zirkus, doch das tragische daran ist, daß es dabei um unser Leben geht oder um dessen kostbarsten Teil... Wir sind Anarchisten. Wir haben kein Interesse am Staat außer dem, daß wir ihn abschaffen wollen... Ich will in diesem Prozeß nicht teilnehmen, weil er nicht fair ist. Ich habe ein Recht darauf, von mir selbst beurteilt zu werden, vom Volk dieses Landes, und nicht von drei Staatsanwälten, die von einem faschistischen Staat auf ihre Posten berufen wurden.'

Marie und Noel hatten keine größere Organisation oder Partei hinter sich. Sie hatten erkannt, daß der Staat als Hauptthema der Freiheit bekämpft werden müßte, und dies reichte für sie aus, selbständig den Kampf zu beginnen. Zwar retteten sie spontane Proteste vor dem Tod, doch in der langen Haftzeit gerieten sie - eben weil sie weitgehend von sich heraus aktiv geworden waren - bis auf einen kleinen Kreis meist Alterer ziemlich in Vergessenheit. Insofern berührt dies ein grundsätzliches Problem, das wir mit der Gefangenensolidarität haben: denn meist reagieren wir auf die Ausnahmsituationen (Terrorurteile, Folter, Schauprozesse u.ä.) - was selbstverständlich unbedingt notwendig ist. Gleichzeitig aber sind wir uns der permanenten Folter, dem permanenten Terror, die jedes Gefängnis bedeuten und der alle Gefangenen unterworfen sind, weniger klar bewußt.

Dieses Problem drückt sich auch in der fehlenden Ernsthaftigkeit der Frage von Genossen aus: 'Was? Anarchisten, die für die Familie kämpfen?'. Diese Entscheidung der Murrrays wird unter Einbeziehung der permanenten Terrorfaktoren wie lebenslängliche Haft und Folter durch Isolierung voneinander nur zu verständlich. Es ist nichts Spektakuläres an einer langen Haftstrafe, wenn sie einmal angetreten worden ist, und auch wenn Marie und Noel nach ihrer Strafumwandlung noch lange Jahre übel mitgespielt worden ist, stehen sie damit nicht alleine da. So wurden sie oft zwischen verschiedenen Gefängnissen hin- und herverlegt - u.a. ins berühmte 'Portlaoise Gaol' (das südliche 'Long Kesh', wo die meisten der im Süden gefangenen Widerstandskämpfer der IRA und INLA einsetzten), wo Noel lange Zeit isoliert war, da er sich an Protestaktionen der anderen Gefangenen beteiligte hatte. Daß das Leben hinter Gittern seine eigenen 'Gesetze' hat, mußten beide schmerzhaft am eigenen Leib erfahren. Marie zog sich längere Zeit in sich zurück, wollte keine Besuche mehr, hatte sich ihre eigene Welt innerhalb der Zellenwände aufgebaut. Sie begann, eigene Theater- und Radiostücke zu verfassen, die sich inhaltlich hauptsächlich gegen die entmündigende Funktion der Religion richteten - insbesondere im reaktionär-katholischen 'free state' - und die sie bis vor kurzem niemanden

zu lesen erlaubte. Im weiteren Verlauf unseres Gesprächs wird noch einmal klar, wie sehr beide innerlich auf den Prozeß fixiert sind. Ich war besonders überrascht, Marie in dieser humorvollen und offen-lebhaften Stimmung anzutreffen, da sie mir als sehr in sich gekehrte und stille Persönlichkeit geschildert worden war. Seit über einem Jahr beschäftigen sich Marie und Noel hauptsächlich mit ihrer Klage, die sie auch damit begründen, daß sie ein Kind wollen... Für sie ist es eine Möglichkeit, Hoffnung zu schöpfen, und sei es nur, wie Marie scherzhaft andeutet, um endlich mal für zwei Tage aus dem Knast herauszukommen, etwas anderes zu sehen, eine Art Öffentlichkeit mitzuerleben zu können.

Sie haben die Hoffnung auf einen positiven Ausgang des Prozesses, das ist ihnen deutlich anzumerken. Gleichzeitig sind sie sich aber auch im klaren darüber, wie schwer es sein wird, sich gegen die katholische Kirche, die den dominierenden Einfluß auf die irische Gesellschaft ausübt (der irische Katholizismus ist einer der konservativsten ganz Europas) zu behaupten. Aber darüberhinaus weisen sie auch auf die allgemeine politische Bedeutung ihrer Klage für Gefangene hin. Von einem positiven Ausgang des Musterprozesses wird für alle verurteilten Gefangenen in irischen Gefängnissen eine Signalwirkung ausgehen.

Marie und Noel stehen in gutem Kontakt zu ihren Mitgefangenen. Mit einigen von ihnen lernen sie seit einiger Zeit die deutsche Sprache, und Marie, die schon Ende der 60er im 'Irish Language Movement' (Bewegung irische Sprache) aktiv gewesen war, unterrichtet eine Mitgefängene auch in Irisch. Die Arbeit an ihren 'plays' läßt sie zur Zeit ruhen. Das Interesse beider an der anarchistischen Bewegung ist lebhaft und ungebrochen. Eingehend sprechen wir u.a. über die Arbeit in Belfast und auch über das internationale Anarchistentreffen in Venedig letzten Herbst. Wir sprechen besonders über die Bedeutung der Arbeiterklasse für anarchistische Organisationsfähigkeit, eines der Hauptthemen des Treffens. Beide nehmen in diesem Zusammenhang einen Arbeiter-Klassenstandpunkt ein, wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie selbst der Arbeiterklasse angehören bzw. entstammen (Noel ist Metallarbeiter, Marie arbeitete als Beamtin im Sprachinstitut für irische Sprache). Sie betonen zwar die Wichtigkeit anarchistischer Mitarbeit in den neuen sozialen Bewegungen, wie Häuserkampf, Antimilitarismus, Arbeitslosennetz... doch wird klar, daß sie sich genauso auf die Arbeiter als Klasse beziehen.



Ende des es werden beide über 10 Jahre Gefängnis hinter sich haben. Zusammen mit einer anderen Gefangenen aus der IRA ist Marie die einzige Frau in der Geschichte der irischen Justiz, die eine Haftstrafe solange tatsächlich absitzen mußte. 10 Jahre, das ist der Einschnitt bei einem Strafmaß wie dem ihren, und es ist die Gelegenheit für eine intensive Kampagne in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, um sie auf 'parole' (Bewährung) herauszukriegen. Selbstverständlich wird dies genauso für Noel, der einen solch traurigen Rekord nicht vorweisen kann, gelten werden. Sollte der Prozeß negativ entschieden werden, wäre eine diesbezügliche Unterstützungskampagne noch dringlicher.

Die ganze Zeit über, die wir miteinander geredet haben, war dies bereits eingangs erwähnte lebendige und aufgeschlossene Atmosphäre im Raum. Zwar konnten wir die 'screws' im Hintergrund nicht vergessen oder übersehen, doch prägend war das Gefühl gegenseitigen Interesses und Verständnisses. Als daher die 'screws' zum Aufbruch rufen, wird erstaußt, daß fast eine Stunde vergangen ist... Während die Murrrays in ihre Zellen zurückgebracht werden, treten wir ins Freie auf die Straße, steigen ins Auto und fahren los. Als ich aus Gaspalade trete, kommt mir dieser Gegensatz scharf ins Bewußtsein: jetzt hatte ich erfahren, was Knast in Irland - auch im Süden - bedeutet.

Anmerkungen

- 1) 'garda', ist die irischsprachige Bezeichnung für die Polizei.
- 2) In einem Bericht der Irish Times v. 1.6.76 heißt es dazu: 'Vier Beamte' umzingelten ihn (Noel) und forderten ihn auf, eine Erklärung abzugeben. Sie stießen ihn von einem zum anderen und schlugen ihm dabei in den Magen. Er fiel hin, wurde an den Beinen ergriffen und mit dem Kopf auf den Boden fallen gelassen. Dann wurde er zurück zu den Zellen gebracht, wo sich die beiden Beamten benutzten. Sie zwangen ihn, mit dem Rücken an der Wand zu stehen und schlugen ihn über den Kopf in den Zellen und ins Gesicht. Als er hinfiel, packten sie ihn an den Beinen und schafften ihn hinüber zu der Toilette. Er wurde so in der Luft gehalten und sein Kopf in die Toilette gesteckt. Garda Finn drohte, ihn in der Toilette zu ertränken...'
- 3) Roman lebt heute zurückgezogen in einer bescheidenen kleinen Wohnung in Dublin zur Unterziele, war besuchten ihn. Ein ruhiger Mann, der mit den Murrrays immer noch in Kontakt steht und sich auch heute noch als Anarchist begriff, jedoch nicht mehr aktiv ist.
- 4) Vgl. hierzu SF-17 (1/85), wo der Wortlaut des

Unterstützerauftrags im aktuellen Kontext abgedruckt wurde.

- 5) Diese Situation ist nur mit den Verhältnissen in der Metropole Dublin zu vergleichen, wo starker Heroinkonsum, Kleinkriminalität und innersoziale Aggressionen (Bandenkämpfe) die gesellschaftliche Misere des freien westlichen Irlands im Unterschied dazu genügt der von GB gesponnene Nord- eine niedrigere Inflationstarife und einen höheren Sozialstandart.
- 6) Als 'supergrass' (wörtl. 'Singvögel', 'Spitzel', 'Verläerer') werden im Norden 'abgesprengte', reumütige Terroristen bezeichnet, denen Straftatfachen unter Umgehung der Unterstützungskampagne, wenn sie andere per Aussage belasten. Diese Aussage ist dann ein legaler Halbzug. Aufgrund bester Aussagen dieser Polizeiformanten befinden sich zur Zeit etwa 450 Frauen und Männer in diversen nordirischen Gefängnissen, nicht selten gibt es Zahlen in U-Haft.
- 7) Mit Ausnahme eines Münchner Genossen, der auf den Unterstützerauftrag im SF-17 bisher als einziger unter Bezug auf 1976 reagiert hat, konnte nur noch eine französische Genossin aus Lyon um die Zeitung 'AGORA' (Toulouse), die ich auf dem internationalen Anarchistenkongreß in Venedig traf, mit den Namen 'Marie und Noel' etwas anfangen.
- 8) In letzter Zeit versuchten die Belfast Genossen und Genossen sich als Gruppe neu zu organisieren. Nach dem Zerfall des Kollektivs Anfang 1983 erschienen nur noch zwei Nummern der 'Outta Control' - Belfast Anarchist News. Als eine Art Übergangslösung gehen zwei Frauen und ein Mann die Zweimonatsschrift 'raveview' (aus 'rave' = toben und 'view' = Zeitschrift) heraus, die alle unter einem bestimmten Schwerpunktthema stehen. (Nr. 2 z.B. Feminismus/Anarchismus/Anarchismus). Inzwischen hat sich die neue Gruppe endgültig formiert hat, eine neue Zeitung ist entstanden. Die Inhalte sind Ausdruck der Diskussions- und Entwicklungsprozesse innerhalb der Gruppe. Der Name des neuen Organs ist 'Anrairi' (irisch für 'Anarchie').
- 9) Nach der Spaltung der republikanischen Untergrundbewegung in marxistische 'officials' und nationalistische 'provos' (vgl. SF-18) schlossen sich Marie und Noel der 'Official Sinn Fein' an, dem politischen Arm der 'Official IRA', deren Abwendung vom Nationalismus und Hinwendung zum Sozialismus sie anzog. Als sich 1973 die Politik der 'officials' endgültig vom bewaffneten Widerstand entfernte, traten sie aus Protest dagegen aus. Wird heute von der 'Sinn Fein' gesprochen, ist die politische Partei gemeint, die in engem Verhältnis zur jetzigen IRA (den alten 'provos') steht.
- 10) Die INLA (Irish National Liberation Army), die Nationale Irische Befreiungsarmee) trennte sich Anfang der 70er als linke Abspaltung von den 'officials'. Unter Beförderung auf einen vagen reformierten Sozialismus unterscheidet sie sich von den 'officials' durch die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes. Von den 'provos' dadurch, daß sie nicht nur im Norden, sondern in ganz Irland Aktionen durchführen. Inhablich begriffen sie sich in erster Linie als antimperialistische Freiheitskämpfer (so haben sie u.a. eine Radarstation, die auch NATO-Zwecken dient angegriffen. Irland ist kein NATO-Mitglied, unterhält aber 'gute Verbindungen zu ihr.) Im Endeffekt laufen ihre Vorstellungen auf eine marxistisch-leninistische Staatsvision mit totalitärem Charakter hinaus; genau wie die IRA hat auch die INLA eine straff hierarchische Organisationsstruktur. Ihr politischer Arm ist die 'Irish Republican Socialist Party' (IRSP).

Nochmal die Adressen (die Gefangenen würden sich über Post freuen):

Mickey McMillen, Block H 8, Maze Prison, N. Ireland. Seit Juli sitzt Mickey in den H-Blocks ein. Dies war ja bereits seit längerem sein Wunsch, für den er seinen 'politischen Status' aufgegeben hat. (vgl. SF-18).
Marie und Noel Murray, Limerick Prison, Limerick, Ireland.
Spendenkonto: 'Unterstützt Marie und Noel' (Stichwort angeben): Kreisparkasse Göttingen, Kontonr. 100148888, Inh. W. Ehh, BLZ 26050101.b.

Nachtrag im August 1985

Murrays verlieren in der ersten Runde. Am 2.7.1985 fiel die High Court in Dublin sein Urteil über die Klage der Murrrays. Die Klage wurde abgewiesen; die Möglichkeit, in der nächsthöheren Instanz erneut zu klagen wird aber offengelassen. Die Verfahrenskosten trägt der Staat. In seiner Urteilsbegründung führte Richter Costello aus, daß die Kläger es nicht hätten begründen können, daß ihre verfassungsmäßigen Rechte verletzt wurden. Folge man nämlich - so der Richter - der Argumentation der Kläger, so müßten zwangsläufig alle in Frage kommenden, verurteilten Gefangenen in der Betrachtung des Sachverhalts miteinbezogen werden. Es würde aber für die Gefängnisbehörden eine unverünftige Forderung bedeuten, innerhalb der Gefängnisse Gegebenheiten schaffen zu müs-

sen, die die betroffenen Gefangenen in die Lage versetzen ihrem Recht, Kinder zu zeugen, nachzukommen.

'Aber wenn ihre Ausübung nicht mit den vernünftigen Ansprüchen eines Gefängnisses vereinbar ist oder ihm unvermeidliche Forderungen auferlegen würde, dann begehrt der Staat, nach meiner Auffassung, keinen verfassungsmäßigen Bruch. Denn es handelt sich hierbei um Konsequenzen, die sich aus der gesetzmäßigen Beschränkung der Freiheit der Kläger ergeben.' (zit. nach Irish Times, 3.7.85)

Kein Wort von Ländern (wie z.B. die Skandinavien), die die Ausübung helischer Rechte in ihr 'Stafvolksystem' eingegliedert haben. Marie und Noel wenden sich mit ihrer Klage jetzt an den Supreme Court wenden, es gilt also nach wie vor: Unterstützt Marie und Noel!

MATERIA NOVI TÄTEN

Technik d. Geheimen Kriegsführung
600 S. Bild & Anleitung 45 DM
Die israelische Invasion in den Libanon. Alleinvertrieb. 20 DM
Chronologie d. Stammheim-Prozesse ca. 850 S. ca. 30 DM
Chronologie d. Revolutionären Zellen 15 DM
"Verrat in Irland". Das britische Supergrass-System 6 DM
"Counter Reader" (Orig. Dokumente) zur Invasion in Centralamerika 15 DM
"Dressed to kill" - Bildband über d. nordirischen Widerstand 12 DM
Komplette Geschichte der I.R.A. von Kevin Kelley 25 DM

COODNAME ARMY 21
Fotischreibung von Al Lond Bolla (USA) deutsch 10 DM
Die zum Jahr 2030 Neueinliche ALTERNATIVE BEWAHNDUNGSMASSE
siner US-Lexikonpreise 13 DM
AIR LAND BATTLE & FIELD MANUAL 1985
EINGE KONTAKT ANGEBORE 10 DM
ORIGINALTITEL, BUCHFORSCHUNG
RUE ZENTRALAMERIKA

Countermaster aus Fort Bragg
(USA) deutsch 10 DM
ALTERNATIVE BEWAHNDUNGSMASSE
mit neuen Tips & Adressen 10 DM
MITTELAMERIKA - DIE WEGE IN DEN
CHINA
Plus US-Regierungsmitteln Das Beste
10 DM

Kostenlos Liste anfordern.
Voranzahlung: Ptscha Frankfurt
Kto-Nr. 406293-009

WISK

Seit der Besiedlung Irlands durch schottische und englische Protestanten im 17. Jahrhundert ist die Geschichte Irlands von Aufständen und Rebellionen gegen die protestantischen Besatzer gekennzeichnet. Der Aufstand von 1641 wurde in einem Ausrottungsfeldzug (Cromwell) niedergeschlagen, tausende von Überlebenden als Sklaven verschleppt.

Nach dem gescheiterten Osteraufstand von 1916 und Hinrichtung seiner Anführer gewinnt Sinn Féin 1918 die Wahlen zum britischen Unterhaus in Irland. Die 73 Sinn Féin-Abgeordneten, von denen 36 zum Zeitpunkt ihrer Wahl in Haft waren, nahmen ihre Plätze im Parlament des "fremden Unterdrückers" nicht ein, sondern eröffneten ihr eigenes irisches Parlament ("Dail Eireann"), welches Irland für unabhängig erklärte. Das illegale Parlament erhielt seine illegale Armee, die Irisch Republikanische Armee (IRA), deren Mitglieder sich aus verschiedenen Vorläuferorganisationen rekrutierten.

Aus dem folgenden irischen Unabhängigkeitskrieg (1919-1921) resultiert die Abtrennung der "six counties" (Nordirland) von der Republik Irland, wobei nur eine knappe Mehrheit im Dail Eireann für eine solche Vertragslösung stimmt. 11 von 18 IRA-Divisionen lehnten den Vertrag, d.h. die Abtrennung des heutigen Nordirlands, ab. Es kommt zum Bürgerkrieg, in dem sich - vereinfacht gesagt - die Befürworter und die Gegner des Vertrags gegenüberstehen, wobei letztere unterliegen. Gemäß dem Government of Ireland Act von 1920 wird die innerirische Grenze schließlich 1925 von London, Dublin und Belfast offiziell anerkannt.

1956-62 kommt es zur erfolglosen Bombenkampagne der IRA, die zu diesem Zeitpunkt zumindest in sozialpolitischer Hinsicht nicht minder konservativ ist als der bürgerliche Nationalismus.

Der für die Spaltung der IRA eigentlich ursächliche Streitpunkt ist die Frage des "Nordens". Die IRA im Norden fühlt sich von der Dubliner IRA-Führung, die ein militärisches Engagement im Norden gegen die zunehmenden sektiererischen Attacken seitens der Loyalisten und Sicherheitskräfte ablehnt, im Stich gelassen. 1969/70 formieren sich hieraus die "Provisional IRA" (Provos) und die "Provisional Sinn Féin". In den 70er Jahren folgt eine zunehmende Politisierung und "Linksentwicklung" der Provos, die zu Beginn nur wenig theoretischen Hintergrund besaßen und nicht

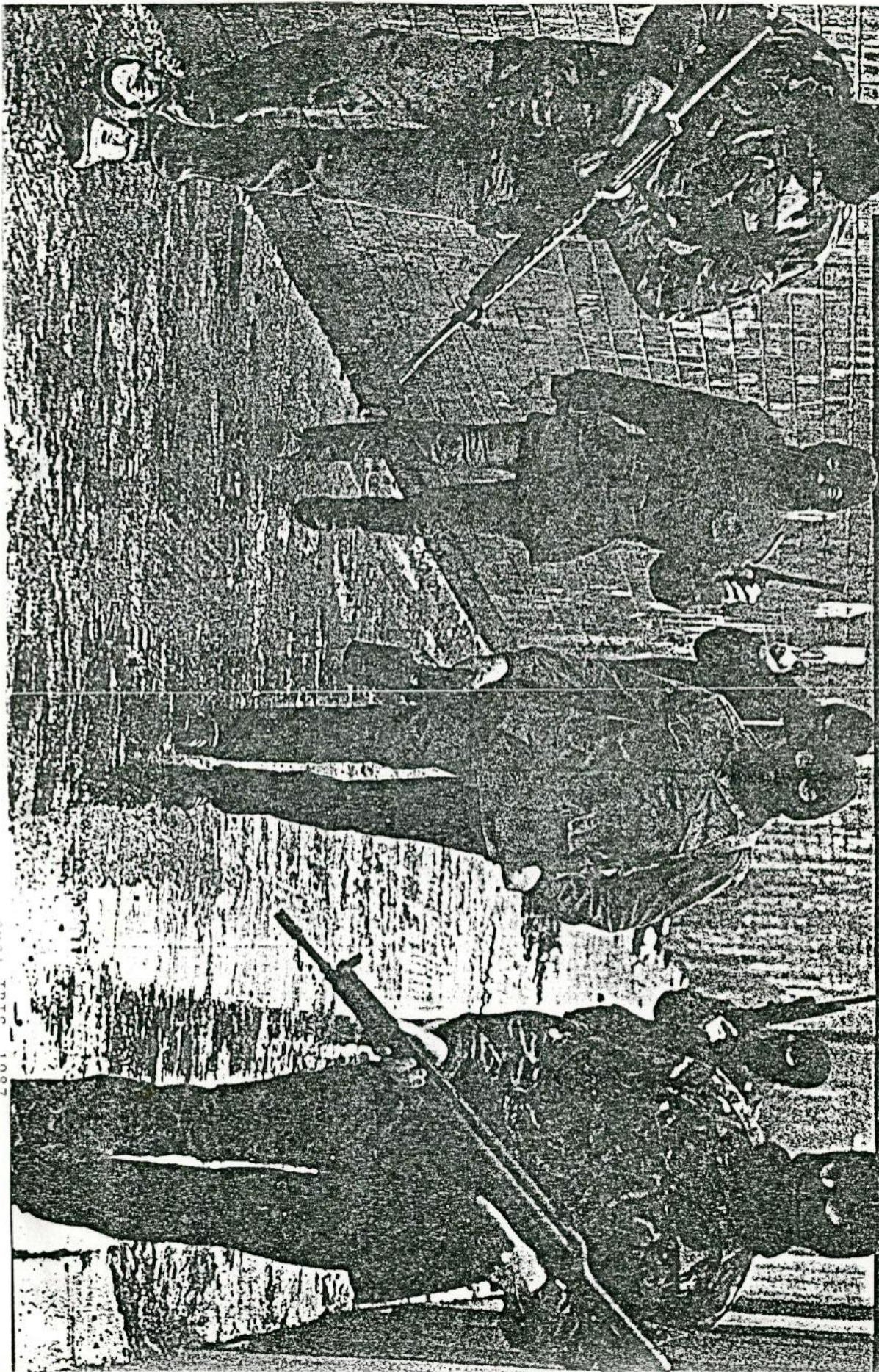
weniger konservativ als die übriggebliebenen "Officials" waren. Deutlich zeigt sich diese "Linksentwicklung" auch in der Übernahme der Sinn Féin-Führung durch den linken Parteiflügel. Bei den britischen Unterhaus-Wahlen 1983 wird Gerry Adams in West-Belfast gewählt, ein ehemaliger Belfast IRA-Führer, der maßgeblich an der Entwicklung der Provos beteiligt war.

Die "Officials" sind als militärische republikanische Streitmacht seit 1972 faktisch verschwunden. Als Partei nennen sie sich ab 1977 "Sinn Féin - The Workers Party", ab 1982 schließlich nur noch "Workers Party". Von den "Officials" trennt sich noch ein Teil von Leuten ab, die militärische Kampagnen im Norden für richtig halten: die "Irish National Liberation Army" (INLA) mit der "Irish Republican Socialist Party" (IRSP) als politischem Arm. Mit der Politisierung der Provos verliert die INLA/IRSP im Laufe der 80er Jahre zunehmend an Einfluß. Die Legitimationsbasis der INLA/IRSP, nämlich das mangelnde politische Konzept bei den Provos, geht verloren.

INLA/IRSP sind heute weiterhin sowohl militärisch als auch politisch aktiv, zweifellos nehmen aber die Provos - in Form der IRA militärisch und mit Sinn Féin als politischer Partei - die führende Rolle im Hinblick auf ein sozialistisches republikanisches Irland ein.



The IRA in action 1987



APIC 1007

IRA forciert militärische Kampagne

Fehlschläge erhöhen Zahl ziviler Opfer / Mischung von politischen Fehlern und purem Pech

Seit November letzten Jahres hat die militärische Kampagne der IRA 17 nordirische Zivilisten das Leben gekostet. Es ist nun mittlerweile mehr als 10 Jahre her, daß die Kriegsführung der republikanischen Guerrilla in einem so kurzen Zeitraum eine derart hohe Zahl ziviler Opfer forderte. Die letzten Toten erlitten die Zahl der seit 1969 von der IRA getöteten Zivilisten auf 310. Während 263 Zivilisten wurden Opfer von Aktionen anderer republikanischer Organisationen. Die restlichen 912 insgesamt 1485 Zivilisten die in Nordirland seit 1969 im Zusammenhang mit dem Konflikt getötet wurden, gehen auf das Konto der oftzeitigen Sicherheitskräfte sowie der protestantischen/loyalistischen Paramilitärs. (siehe Daten aus einer Studie der "Irish Information Partnership")

Die Ergebnisse der letzten Monate verließen offenbar zu wägen Spekulationen, die alle eins gemeinsam haben: Sie liegen fern der Wahrheit und sind allen schon mit einem Verweis auf statistisches Material widerlegt. U.a. ist zu lesen, die IRA sei auf "soft targets" (d.h. Zivilisten) ausgewichen, da die "Sicherheitskräfte" sie erfolgreich in die Enge getrieben hätten. Tatsache ist, daß im Zeitraum Januar bis Anfang August 1988 von der IRA mehr Angriffe auf militärische (= harte) Ziele gestartet wurden als im gesamten Jahr 1987. Die nordirischen und britischen Medien sind sich einig, daß sie z.Zt. die größte IRA-Offensive gegen Armeen und Polizei seit 1979 erleben. Die britische Armee hat in diesem Jahr bereits 5mal soviel Soldaten verloren wie 1987. Das Ulster Defence Regiment (UDR), eine nordirische Einheit der britischen Armee, hat in diesem Jahr bislang den Tod von 10 Mitgliedern zu beklagen gegenüber 8 im gesamten Jahr 1987 etc. Auch die Behauptung, die IRA-Kampagne sei gegen die Gespräche zwischen Sinn Féin, dem politischen Arm der IRA, und der moderat-nationalistischen Social Democrat and Labour Party (SDLP) gerichtet, ist offensichtlich Unsinn. 12 der 17 zivilen Opfer wurden getötet, noch bevor diese Gespräche stattfanden.

Die IRA-Eigentore

Tatsächlich sind die Hintergründe der einzelnen IRA-Eigentore höchst unterschiedlicher Art und vertrieben schon deshalb derartige Deutungen:

- Im November 1987 wurden in Enniskillen 11 protestantische Zivilisten getötet, als eine IRA-Bombe, die eigentlich für eine Armeepanzerrollwagen vorgesehen war, vorzeitig explodierte. Die IRA behauptete später, sie habe die Bombe zwar deponiert, aber nicht gezündet. Die Verantwortung für die Explosion wurde der britischen Armee zugewiesen. Diese Darstellung wurde später von einigen "Bombenexperten" bestätigt. Dennoch übernahm die IRA die volle politische Verantwortung und erklärte, es sei bereits ein Fehler gewesen, eine Bombe an diesem Ort zu platzieren.

- Im Juni 1988 wurde ein 14-jähriges Mädchen schwer verwundet, als in ihrem Schutbus eine Bombe platzierte, die für den Busfahrer ein Mitglied des UDR gedacht war. Die IRA gestand anschließend ein, daß es sich hierbei um eine unsaubere Operation gehandelt habe, zumal andere, Zivilisten weniger gefährdete Möglichkeiten bestanden, das anvisierte Ziel zu treffen.

- Anfang Juli wurden in West Belfast zwei katholische Zivilisten von dem Fallschirmhieb getötet, als ein IRA-Mitglied durch eine ungeschickte Handhabung die vorzeitige Explosion einer Bombe auslöste. Der Anschlag galt einer Armeepanzerrolle, die in einer nur wenige Meter vom Tatort entfernten Armeebaracke untergebracht war. Um zivile Opfer zu vermeiden, hatte die IRA das Schwenkmal zuvor evakuiert. Eine derartige Operation hat die IRA in der Vergangenheit in West Belfast und in Derry wiederholt durchgeführt, ohne daß dabei Zivilisten zu Schaden kamen. Dieses Eigenhätte somit einen gänzlich anderen Hintergrund, als die zuvor erwähnten.

- Dies gilt auch für die Bombe an der Hauptstraße von Dublin nach Newry, die die dreiköpfige Hanna-Familie aus Hillisborough tötete. Der IRA war es Ende Juli gelungen, an der am stärksten kontrollierten Straße Nordirlands eine Bombe zu deponieren. 15 Monate zuvor wurde von der IRA an derselben Stelle und auf dieselbe Weise der zweihöbste nordirische Richter, Lord Justice Gibson, getötet. Darauf hatten die "Sicherheitskräfte" ein 3 km langes Stück der Straße zur "Control Zone" erklärt, einen permanenten Kontrollpunkt und neue Beobachtungstürme auf den umliegenden Bergen errichtet sowie die Fußgängerüberlässe auf der Straße verstaubt. Daß es der IRA dennoch gelang, hier erneut aktiv zu werden, beruht auf der Armee nun heftigen Kopfschütteln. Ungelöst ist auch, wie die IRA Details über die Reise des Richters Higgins, dem die Bombe galt, erfahren konnte. Die momentanen gängigen Vermutungen ist ein Leck im süd-nordirischen Sicherheitsapparat. Die IRA wurde dadurch irritiert, daß die südirische Polizei zeitweise den Weg zur Hanna-Familie begleitete, die mit demselben Flugzeug wie Higgins in Dublin gelandet war.

Sinn Féin und IRA liegen also gar nicht so falsch, wenn sie bezüglich der Ergebnisse der letzten Monate von einer verhältnismäßig Mischung von politischen Fehlern und purem Pech sprechen; oder, wie es Sinn Féin-Pressesprecher Danny Morrison formaler: "Alles, was die IRA in der letzten Zeit angepackt hat, geht zu einer Tragödie. Der Wahrheit am nächsten kommt vielleicht Ed Moloney, der Belfast-Sunday Tribune-Korrespondent. Er schreibt, daß eine Korrelation zwischen der Quantität von IRA-Operationen und der Zahl der zivilen Opfer besteht. Dies sei schon in den 70er Jahren zu beobachten gewesen."

Intensivierung der militärischen Kampagne

Tatsächlich hat die IRA mit Beginn dieses Jahres ihre militärische Kampagne deutlich intensiviert, ohne daß von einer Abkehr von ihrer "low level"-Strategie, die die Lasten des Krieges für die katholische/nationalistische "community" reduzieren und somit der republikanischen Guerrilla für weitere Dekaden Duldung und Unterstützung garantieren soll, die Rede sein kann. Die "low-level-campaign" wurde Ende der 70er Jahre zur offizialen IRA-Strategie. Es war klar geworden, daß sich kurzfristig - unabhängig vom Ausmaß der Gewaltanwendung - kein Erfolg einstellen würde und ein militärischer Sieg für beide Kriegsparteien keine realistische Option darstellt.

Der Serie von Fehlgeschlägen und Eigentoren sind mittlerweile eine Reihe von Operationen gefolgt, die - wie die SDLP-nahe "Irish News" meint - die Glaubwürdigkeit der IRA und ihre politische Stärke in der katholischen/nationalistischen "community" wiederhergestellt haben. Die Intensivierung der militärischen Kampagne hat folgende Hintergründe:

- Die Thatcher-Administration hat sich dem Ziel eines militärischen Sieges über die IRA verschrieben. Symbolisiert wurde dies letztes Jahr durch Sir Stanley's Ernennung zum Staatssekretär für Sicherheitspolitik im Nordirland-Ministerium. Stanley ist ein Militärliebling, der im Falklandkrieg für die Versenkung der "Belgrano" verantwortlich war.

Die Intensivierung der IRA-Kampagne verfolgte offensichtlich den Zweck, die Unmöglichkeit der Thatcher-Strategie vor Augen zu führen, um die Diskussion in Richtung einer politischen Lösung umzuorientieren. Mittlerweile hat Sir Stanley seinen Hut genommen - wie es heißt, aufgrund des Scheiterns der militärischen Offensive gegen die IRA. Ein signifikanter Anstieg von IRA-Operationen - höchst erfolgreichen noch dazu - war in den letzten Wochen insbesondere in East Tyrone zu verzeichnen gewesen. Angerechnet dort, was es dem SAS 1986 gelungen war, 8 z.T. hochrangige IRA-Mitglieder zu töten, als diese versuchten, ein Polizeirevier zu sprengen. Die "Irish News" wertet dies als Beweis für die Fähigkeit der IRA, Rückschläge wegzusteuern und persönliche Leiden binnen eines relativ kurzen Zeitraumes zu stillen.

- Im August 1989 jährt sich zum 20sten Male die Intervention der britischen Armee in Nordirland. Gegenüber der "Irish News" bestützigen Belfast IRA-A-Quellen, daß die IRA beabsichtige, durch die Intensivierung der militärischen Kampagne einen Konflikt rechtzweinig im historischen Datum wieder größer in die Medien zu bringen. Wie immer zu derartigen Jahresagen wird man die Geschichte Revue passieren lassen und Perspektiven eröffnen. Der Beitrag der IRA für diese Diskussion ist es, die Unfähigkeit der britischen Regierung, den nordirischen Konfliktsschauplatz militärisch zu befrieden, klar ersichtlich werden zu lassen, um so die "Troops Out"-Stimmung zu befördern. Vor demselben Hintergrund ist auch zu sehen, daß sich die IRA in den letzten Monaten erheblich stärker als in den letzten Jahren auf die britische Armee konzentriert. Ein toter englischer Soldat bewegt die britische Regierung und Öffentlichkeit weit mehr als ein totes Mitglied der nordirischen Staatskriminalkräfte.

Dietrich Schultze-Manning

P.S.: Die Kette der IRA-Anschläge ging bis kurz vor Redaktionsschluss dieser Broschüre weiter. Spektakuläre Aktion war der Anschlag auf einen zivil getarnten Militärbus in Nordirland, bei dem acht Soldaten den Tod fanden. Insgesamt stieg die Zahl der britischen Soldaten, die 1988 ihr Leben ließen, auf 23 an. Im vorigen Jahr waren es lediglich drei gewesen, die bei Aktionen der IRA starben.

d red

Bild: IRA-Kämpferin



Herbstoffensive in Belfasts Einkaufszentrum

Drei Jahre nach Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens ist man in Nordirland keinen Schritt weiter: Die IRA hat eine neue Offensive gestartet, und Maggie Thatcher setzt auf eine militärische Lösung des Konflikts / Nächstes Jahr jährt sich zum zwanzigsten Mal die Intervention britischer Truppen in Nordirland

Aus Belfast Raff Sotschock

Die Falls Road führt vom Zentrum der nordirischen Hauptstadt Belfast nach Westen. Je weiter wir die Falls Road hinauffahren, desto deutlicher werden die Spuren der "Troubles". Öffentliche Gebäude und Kneipen sind durch Gitterkäfige vor den Eingängen gesichert, Polizeireviere und Armeekasernen zu Festungen ausgebaut. Die Giebelwände der Eckhäuser zielen kunstvolle Wandmalereien, die keinen Zweifel an den Sympathien der meisten Bewohner lassen: „Up the IRA“.

West-Belfast ist die Hochburg der Irish-Republicikanischen Armee (IRA) und ihres politischen Flügels, Sinn Fein (Wir selbst). Hier gewinnt Sinn-Fein-Präsident Gerry Adams regelmäßig die Wahlen mit großem Vorsprung vor seinem sozialdemokratischen Konkurrenten. Im Zuge der „Normalisierungs-Politik“ ist das untere Ende der Falls Road saniert worden. Die zerfallenen, aus Anest vor Heckenschützen zugewandten Einfamilienhäuser wurden durch Reihen roter Backsteinbauten ersetzt. Diese Häuser mit ihren kleinen Vorgärten sind einkommensschwachen Familien vorbehalten. Wer ist das nicht in den katholischen Ghettos Nordirlands, wo die Arbeitslosigkeit bis zu 80 Prozent beträgt? Die Häuser reichen fast bis an die „Friedenslinie“ heran — einen Wellblech-



Die Zeit der Teepausen — wie hier im März in Derry — ist zusehnd.

Foto: Henning Christoph

zahn, hinter dem protestantisches Gebiet liegt. Mitten in dieser Neubaudile erinnern die Überreste der Divis Flats — einer Hochhausanlage aus den sechziger Jahren daran, daß der Schein der Normalität prägt, Divis Flats, früher als „Tummelplatz für Terroristen“ bezeichnet, soll jetzt wieder abgerissen werden. Der „Tower“, der höchste Wohnkomplex, wird jedoch stehen bleiben. Auf seinem Dach hat die britische Armee einen Stützpunkt mit Überblick über das „Feindesland“ West-Belfast errichtet. Direkt daneben verläuft der „Westlink“, eine tiefgelegene Schnellstraße, die wie ein Burggraben wirkt. Er erleichtert den „Sicherheitskräften“ die Kontrolle der Zufahrtsstraßen zu West-Belfast — Stadtpla-

nung als Mittel der Aufstandsbekämpfung. Doch die britische Premierministerin Margaret Thatcher setzt nicht auf eine stadtplanerische, sondern zunehmend auf eine militärische Lösung des Nordirland-Konflikts — gegen den Rat des ehemaligen Kommandeurs der britischen Streitkräfte in Nordirland, Sir James Glover. Seine Meinung: Die IRA sei militärisch nicht zu besiegen. Doch spätestens seit dem IRA-Attentat in Balgawley, dem im August acht britische Soldaten zum Opfer fielen, will Thatcher „die IRA vom Gesicht der zivilisierten Erde wegweisen“. Nur wenige Tage nach dem Anschlag legte die britische Sondereinsatztruppe SAS einen Hinterhalt, dem drei IRA-Männer

zum Opfer fielen. Zwar kommt die „shoot to kill“-Politik (schießen, um zu töten) dem „Rambo-Instinkt“ von Teilen der britischen Bevölkerung und der Medien entgegen, doch selbst die SAS-Kommandos werden die IRA nicht auslöschen können. Darüberhinaus stößt die Thatchersche Todeschuss-Politik bei ihren Kollegen in der EG auf Mißfallen, weil damit nicht einmal der Schein eines rechtsstaatlichen Vorgehens gewahrt wird.

„Ich lief gerade an der Rock Bar vorbei, als mich Jugendliche darauf aufmerksam machten, daß ich verpflogt werde. Der Typ, der mir nachlief, war ziemlich jung, sportlich und hätte Jeans an. Als ich ihn zur Redestelle, zogere eine Waffe und rannte auf die Falls

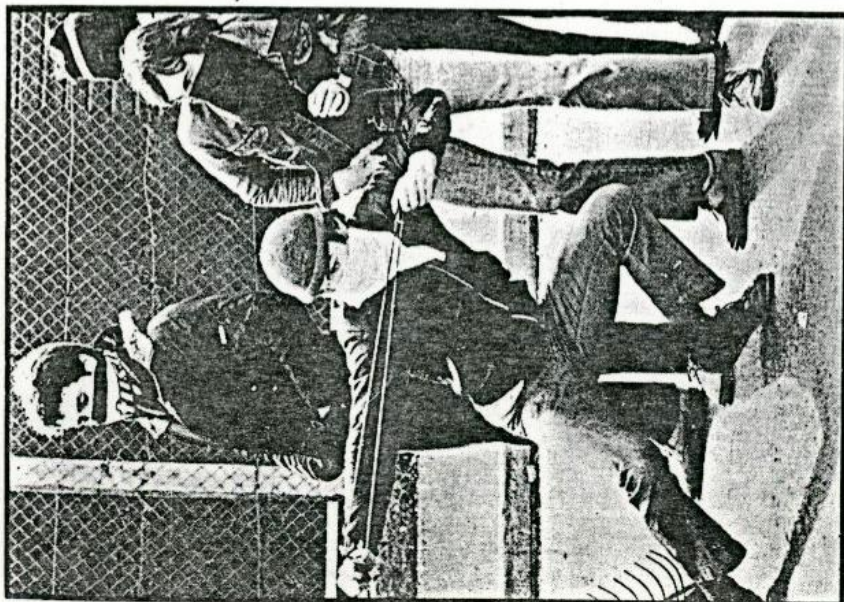
Road. Innerhalb von Sekunden hielt ein Auto an. Der Typ stieg ein und der Wagen raste davon“, erzählt Dermot, einer der führenden Republikaner des Viertels. Wir sitzen in einer der tristen Säufereisellen der Rock Bar am oberen Ende der Falls Road. Die Jugendlichen hatten jedoch beobachtet, wo der Verfolger Dermots sein Auto abgestellt hatte, mit dem er schon seit Tagen scheinbar ziellos durch West-Belfast gefahren war. Sie knackten das Auto und fanden auf dem Beifahrersitz unter einer Zeitung eine schubereite Heckler & Koch-Maschinenpistole, Strumpfmasken, ein Sprechfunkgerät und mehrere Stadtpläne, auf denen Dermots Haus markiert war. „Ich bin davon überzeugt, daß hier ein neuer Einsatz des SAS

„vorbereitet werden sollte“, sagt Dermot. Die Fundstücke wurden „sichergestellt“. Über Nacht suchten Unbekannte in riesigen Lettern an die Wände: „Thanks for the Heckler!“ Die neue IRA-Offensive in diesem Jahr zwingt die britische Regierung zum Handeln. In diesem Jahr sind bereits 84 Menschen getötet worden, davon 52 von der IRA. Der hohe Anteil britischer Soldaten unter den Opfern beunruhigt die Londoner Regierung besonders. Seit März starben 27 Soldaten. Der Propagandaerfolg für die IRA ist vor allem in Großbritannien ungleich größer als bei ähnlichen Aktionen gegen die nordirischen „Sicherheitskräfte“.

Die Möglichkeiten der britischen Regierung sind begrenzt,

solange die politischen und sozialen Bedingungen in Nordirland weiterbestehen, denen die IRA ihre Existenz und Unterstützung verdankt. Für Thatcher reduziert sich der Konflikt auf ein Sicherheitsproblem. Unter diesem Gesichtspunkt steht auch das anglo-irische Abkommen vom November 1985, über das jetzt nach dreijähriger Laufzeit Bilanz gezogen wird. Das Abkommen sollte inoffiziell die Dubliner Regierung stärker in die „Terrorismus-Bekämpfung“ einbinden. Das ist zum Teil auch gelungen, wie die Auslieferung von IRA-Gefangenen und die Aushebung von IRA-Waffenverstecken in der Republik Irland beweisen. Doch eine Annäherung der beiden Bevölkerungsstellen in Nordirland — wieder offizielle Ziel lautete — hat das Abkommen nicht bewirkt. Die Protestanten verharren weiter in ihrer „Megaphon-Diplomatie“, die sich darauf beschränkt, die Rücknahme des Abkommens als Voraussetzung für Verhandlungen zu fordern. Darüberhinaus haben die wahllosen Morde protestantischer Paramilitärs an Katholiken in diesem Jahr stark zugenommen. Und die versprochenen Justiz- und Polizei-Reformen, die das Vertrauen der nordirischen Katholiken in „ihren Staat“ wiederherstellen sollten, haben bis heute nicht stattgefunden. Deshalb sind IRA und Sinn Fein keineswegs isoliert, wie London und Dublin es erhofft hatten. Jetzt versucht die britische Regierung, die beiden Organisationen mundtot zu machen, wobei einige demokratische Grundrechte auf der Strecke bleiben. Vor drei Wochen verkündete der britische Innenminister Hurd ein Verbot von Interviews mit Sympathisanten und Mitgliedern der Untergrundorganisationen. Von dem Verbot ist auch die legale Sinn Fein betroffen. Die nordirischen Sozialdemokraten bemerkten dazu sarkastisch: „Es bleibt abzuwarten, wieviele IRA-Aktivisten in West-Belfast ihre Waffen niederlegen werden, weil sie Gerry Adams nicht mehr im Fernsehen bewundern können.“ Weitere Gesetze liegen in der Schublade. Im November soll das Recht auf Aussageverweigerung vor Gericht gestrichen werden. Aussageverweigerung zu einem Tatbestand wird dann gegen die Angeklagten ausgelegt. Außerdem gibt es bereits eine Gesetzesvorlage, wonach die Regierung berechtigt werden soll, Besitz und Bankkonten zu beschlagnahmen, falls der Verdacht besteht, daß sie „für terroristische Zwecke verwendet“ werden könnten. Es liegt dann an den Betroffenen, das Gegenteil zu beweisen. Die britischen Befürchtungen, daß die IRA ihre Kampagne weiterintensivieren wird, sind berechtigt. 1989 jährt sich zum zwanzigsten Mal die Intervention britischer Truppen in Nordirland. Die IRA wird verstärkt auf den „vergessenen Krieg“ in Nordirland aufmerksam machen.

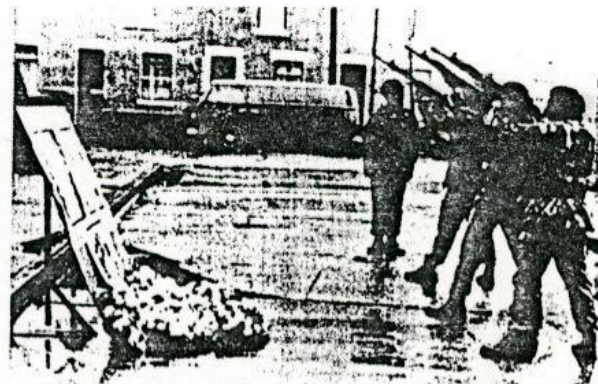
Die Offensive hat bereits begonnen — auch in der Belfaster Innenstadt, in der zehn Jahre lang Burgfriede herrschte. In der ehemaligen Geisterstadt entstand ein Einkaufszentrum wie in jeder anderen Großstadt. Seit August ist es mit dem Burgfrieden vorbei. Die IRA hat auch hier ihre Bombenkampagne wiederaufgenommen und bereits Schäden in Millionenhöhe verursacht. Sie kündigte an, daß die Anschläge auf die Belfaster Innenstadt — bisher unangestammtes Symbol „erfolgreicher Normalisierungspolitik“ zwar sparsam, aber maximal Schaden anrichten sollen.



Wenn die Iren Trauer tragen

Heute werden die drei in Gibraltar erschossenen IRA-Mitglieder in Belfast beerdigt

Für die heutige Beerdigung der letzten Märtyrer der IRA werden heftige Auseinandersetzungen erwartet. Bereits in den letzten Tagen war es als Reaktion auf die Ermordung der IRA-Leute durch die Spezialeinheit SAS in Gibraltar zu Zusammenstößen gekommen, in deren Verlauf die britische Armee einen weiteren IRA-Mann erschoss. Auch für die Zukunft zeichnet sich keine Entspannung ab, da die britische Regierung eine Untersuchung der Exekution kategorisch verweigert.



IRA-Salut für die in Gibraltar erschossenen Mützkämpfer

Foto: ap

Flughafen Dublin am Montag abend: 2.000 Menschen warteten im stromenden Regen geduldig auf die Ankunft der Särge mit den Leichen von Mairead Farrell, Sean Savage und Denny McCann. Einige trugen schwarze Fahnen. Auch Neil Blaney ist gekommen, der ehemalige Abgeordnete der Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament. Die irische Polizei hielt sich diskret im Hintergrund, während ein Armeehubschrauber über der Menschenmenge kreist. Nach zweiwärtiger Wartezeit öffnet sich schließlich das Tor der Totenhalle. Hinter einem Dudelsackspieler tragen Familienangehörige die Särge zu den Leichenwagen, wo Sinn Féin-Präsident Gerry Adams die irische Tricolore um die Särge wickelt. Dann führt der sieben Kilometer lange Trauerzug ins Zentrum Belfast. Tausende von Menschen säumen die 60 Kilometer lange Strecke bis zur nördlichen Grenze. Kaum hat der Trauerzug nördlichen Boden erreicht, blockieren 30 Polizei-Jeeps die Straße. Die Polizei (RUC) verlangt, daß die Tricolore von den Särgen entfernt werden. Nach stundenlangen Verhandlungen werden die Fahnen zusammengefaßt und auf die Särge gelegt. Danach dürfen die Leichenwagen weiterfahren — einzeln, in Abstand von einer Stunde. Am Stadtrand der nördlichen Grenzstadt Newry warten protestantische Jugendliche und bewerfen die Trauerzug mit Steinen und leeren Flaschen. Als der Trauerzug gegen drei Uhr nachts einen Vorort von Belfast erreicht, wird er erneut aufgehalten. Die RUC gestattet nur den Leichenwagen und den Familienangehörigen die Weiterfahrt nach Belfast. Alle anderen müssen umkehren. Die RUC will unbedingt verhindern, daß die „Irish-Republicans Army (IRA)“ Salutschüsse über den Särge abfeuert.

Doch die IRA hatte ihre Salutschüsse bereits am Nachmittag ab-

gefeuert. Vier uniformierte und maskierte IRA-Mitglieder hatten Fotografen und ein Fernsehcaméra zu der Zeremonie in eine Nebenstraße im katholischen West-Belfast eingeladen, wo eine kleine Gedenkstätte mit den Fotos der Ermordeten aufgebaut war. West-Belfast, das Heimatviertel der drei toten IRA-Leute, gleicht in diesen Tagen einer Festung. Seit den Schüssen von Gibraltar kam es jede Nacht zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den „Sicherheitskräften“. Viele Fahrzeuge gingen in Flammen auf. Polizei und Armee kamen mehrmals unter Beschuß von Heckenschützen. Am Montag wurde der 28-jährige Kevin McCracken bei einem Schußwechsel von der britischen Armee getötet.

Spannungen vor der Beerdigung

Es ist zu erwarten, daß es bei den heutigen Beerdigungen zu weiteren Zwischenfällen kommen wird, da die RUC offenbar nicht bereit ist, sich im Hintergrund zu halten. Sie hatte von den Familien der drei IRA-Leute eine Garantie verlangt, daß die IRA die Beerdigungen nicht für propagandistische Zwecke ausnutzen werde. Die Familien haben auf diese Forderung nicht reagiert.

In der Republik Irland haben die Morde an dem IRA-Kommando auch bei konservativen Politikern Empörung ausgelöst. Die ohnehin belasteten anglo-irischen Beziehungen sind auf dem Nullpunkt. Der irische Regierungschef Haughey verlangte von London die volle Aufklärung der Ereignisse von Gibraltar und die Einsetzung einer Untersuchungskommission, was seine britische Amtskollegin Thatcher jedoch kategorisch ablehnt. Es sind Stimmungen in irischen Parlamenten laute geworden, die eine sofortige Einstellung der Zusammenarbeit mit Großbritannien im Sicherheitsbereich fordern. Neil Blaney sagte,

daß keine Irinnen mehr an die britische Justiz ausgeliefert werden dürfen. Bereits in der vergangenen Woche hatte die Dubliner Regierung erklärt, daß die Erschießung Unbewaffneter für jede demokratische Regierung unakzeptabel sein sollte, zumal in diesem Fall die Möglichkeit bestanden hätte, die IRA-Einheit ohne Risiko festzunehmen.

Nach Augenzeugenberichten sind Mairead Farrell, Sean Savage und Dan McCann vor zehn Tagen von einer Zivil gekleideten SAS-Einheit in Gibraltar ohne Vorwarnung erschossen worden, als sie zu Fuß auf dem Weg zur spanischen Grenze waren. Die IRA erklärte, daß das Kommando sich für „einen aktiven Einsatz“ in Gibraltar aufhielt. Wahrscheinlich war ein Bombenanschlag auf das „Royal Anglian Regiment“ geplant, das bis Anfang des Jahres noch in Nordirland stationiert war. Die britischen Behörden waren bereits seit November von verschiedenen Reisen der IRA-Leute nach Gibraltar informiert. Die drei IRA-Mitglieder wurden in Belfast ständig von der RUC-Sondereinheit EAA observiert, die ihnen auch in die britische Kronkolonie folgte, um sie für das SAS-Todeskommando zu identifizieren. Nach der Exekution gab die britische Regierung zunächst bekannt, es habe einen Schußwechsel stattgefunden, was die IRA-Einheit habe eine Autobombe vor dem Regierungspalast in Gibraltar gezündet. 24 Stunden später mußte der britische Außenminister Howe eingestehen, daß beide Informationen falsch waren. Danach begann eine fieberhafte Suche nach der Bombe, bei der die Morde an den drei IRA-Leuten gerechtfertigt wurden. Am letzten Mittwoch fand die spanische Polizei schließlich im südpazifischen Marbella 60 Kilogramm Sprengstoff in einem Auto, das in einer Tiefgarage abgestellt war. Nach Auskunft der britischen Behörden hatte Mairead Farrell dieses Auto unter falschem Namen gemietet.

Ralf Sotscheck

England und seine Iren

300 Jahre Kolonialismus haben im Denken der Engländer ihre Spuren hinterlassen. Die Iren, dieser auflassige Volkstamm auf der beschatteten Insel, sind von Cromwell bis Thatcher aus der Sicht des englischen Establishments immer nur eines gewesen: trouble makers, Unruhestifter. Immerdann, wenn Nordirland auf dem britischen Festland wieder für blutige Schlagzeilen sorgt, scheint dieses Vorurteil erneut seine Bestätigung zu finden. Daß die „troubles“ und das Verhalten der Iren nördlich und südlich der 1921 künstlich gezogenen Grenze nur Produkt dieses manchmal brutalen, manchmal subtilen Kolonialismus ist, wird in London allzu gerne vergessen.

Wer mit einem irischen Akzent in England in eine Polizeikontrolle führt, muß sich doppelt in acht nehmen. Der 1974 nach einem Anschlag der IRA eingeführte „Prevention of Terrorism Act“ ist seitdem fast ausschließlich auf das Terrorismusverdächtige Iren angewandt worden und juristisches Symbol der „Sonderbehandlung“. Offen zutage tritt dieser anti-irische Rassismus vor allem dann, wenn die IRA wieder

eine Attacke gegen die Briten durchgeführt hat oder wenn sich Iren in Dublin und Belfast wieder einmal über ihre ungerechte Behandlung durch die britische Justiz beschwerten.

Als ein irischer Minister unlängst im Fernsehen die Bestätigung des (Fehl-)Urteils gegen die vermeintlichen IRA-Bomber von Birmingham Six, kritisierte, antwortete ihm sein Gesprächspartner, ein konservativer britischer Abgeordneter nicht etwa mit Argumenten, sondern mit der abschätzigen Bemerkung, dieses Meckern über die britische Justiz sei halt das, was man von „diesen Iren“ zu erwarten habe. Hätte er diese Aussagen über die schwarzen Einwanderer gemacht, wären in den Einwanderervierteln Londons noch am gleichen Abend Fensterscheiben zu Bruch gegangen, hätte sich Großbritannien liberale Öffentlichkeit ganz furchtbar über diesen „Rassismus“ empört. Im Falle der Iren heißt dies dieselbe liberale Öffentlichkeit dagegen meist in Schweigen.

Das Thema Nordirland bedeutet für die Briten fast immer eine Bedrohung von „Recht und Ord-

nung“. Einer Meinungsumfrage zufolge räumen 77 Prozent aller Briten ihrer SAS-Einsatztruppe das Recht ein, auch unbewaffnete Terroristen wie in Gibraltar einfach abzutuneln. Dieser emotionale Schulterschluß findet auch im Parlament seinen Ausdruck, wenn die Parteilieferung der Labour Party immer wieder bewußt vermeidet, bei Skandalen, die Nordirland betreffen, eindeutig eine abweichende Position zu beziehen. Auch im Falle der Ereignisse von Gibraltar waren es nur einzelne Labour-Abgeordnete, die von einer „Einführung der Todesstrafe für Terroristen durch die Hintertür“ sprachen. Die Parteilieferung zog es vor, der Stimme des Volkes zu folgen und die SAS zu ihrer Aktion zu beglückwünschen.

Politisch läßt sich mit dem Aufgreifen der irischen Frage (die zumindest zur Hälfte auch eine britische ist) in Großbritannien keine einzige Wählerstimme gewinnen. Folglich ist Irland in Großbritannien entweder kein Thema (wenn nichts passiert) oder wird gleich als Bedrohung wahrgenommen (wenn es wieder Unruhen oder gar Tote gibt).

Ralf Sotscheck



Montag abend wurden die Toten nach Dublin überführt. Foto: ap

Gefangene werden nicht gemacht

Die britische Entsprechung zur bundesdeutschen GSG9, die SAS, ist als rücksichtslose Killetruppe bekannt

Dublin (taz) — „Vorausgesetzt, daß du noch lebst, wenn das Schießen anhält: stell dich tot, bis die Soldaten abziehen, sonst versuchen sie wahrscheinlich, dir den Rest zu geben!“ Diese Empfehlung gab die nordirische Bürgerrechtsbewegung ihren Landsleuten im Jahr 1973. Die Soldaten, vor denen damals gewarnt wurde, waren Mitglieder der britischen Elitetruppe SAS (Special Air Service). Der SAS stellt bei seinen Einsätzen sicher, daß es keine Überlebenden gibt. Gefangene werden nie gemacht.

Der SAS wurde 1941 gegründet, um das Nachrichtensystem in Nazi-Deutschland empfindlich zu stören. Philip Warner schreibt in seiner „Offiziellen Geschichte des SAS“: „Der SAS hatte Glück, daß er die besten Soldaten von der richtigen Kriegsmarine abziehen konnte. Heute sind die Soldaten zwar auch nicht schlechter, aber es gibt weniger, und die Rekrutierung ist schwieriger. Der SAS ist immer auf der Suche nach Offizieren. Er hat die Erfahrung gemacht, daß die physischen Anforderungen das geringste Problem sind, sondern daß die Voraussetzung der Intelligenz die größten Kopfschmerzen bereitet.“ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der SAS aufgelöst. Erst 1952 wurde wieder ein reguläres SAS-Regiment aufgestellt. Die Einheit er-

warb sich schnell den Ruf als „Kantinen-Cowboys“, Schlägereien und Alkoholiatismus waren an der Tagesordnung. Doch die Überlifer wurden bald „ausgemergelt“, wie Warner nennt. Heute heißt: „Disziplin im SAS heißt Selbstdisziplin. Ein Mann, der einem Befehl nicht gehorcht, muß gehen.“

Nach Nordirland wurde der SAS offiziell im Januar 1976 entsandt, als der damalige britische Premierminister Wilson eine Serie politischer Morde unter Kontrolle bringen wollte. Doch schon damals sagte der Führer der Sozialdemokraten, Paddy Devlin: „Das ist nur eine kosmetische Übung. Der SAS war schon immer hier in Nordirland.“ Ein Jahr später wurden acht SAS-Männer auf südirischen Gebiet gestellt. Das Dubliner Gericht sprach sie frei: Sie hatten die Landkarte falsch gelesen...

Die rücksichtslose Killer-Mentalität des SAS wurde der irischen Bevölkerung 1978 klar: Der SAS hatte auf einem Friedhof eine Falle gestellt, nachdem der 16jährige John Boyle die Polizei über einen Waffenfund informiert hatte. Allerdings hatte der SAS „vergessen“, den Jugendlichen davon in Kenntnis zu setzen. Als er den Friedhof betrat, wurde er vom SAS erschossen. Zwei Entjungferngesetze aus 1985 ebenso. Der SAS tötete sie sicher-

heitshalber, bevor er Fragen stellte. Der eindringste Fall der SAS-Mordpolitik ereignete sich im vergangenen Mai, als 20 SAS-Männer im nordirischen Loughgall einer IRA-Einheit aufzulauerten, die sie schon seit Wochen beobachteten. Keiner der IRA-Leute, die sich zum Teil schon ergeben hatten, überlebte. Obendrein wurde ein Passant in seinem Auto bei der Aktion getötet. Die Aussage der SAS-Soldaten, daß er von einem Querschläger getroffen worden war, hielt der Beweisaufnahme nicht stand. Ein „Elitesoldat“ war zu dem Auto gerannt und hatte sein Magazin aus nächster Nähe auf den Passanten abgefeuert, weil er annahm, es handle sich um einen IRA-Mann. Keiner der SAS-Leute ist jemals angeklagt worden.

„Der SAS ist Teil der regulären Armee und kämpft immer in Uniform“, schreibt Philip Warner. Am letzten Sonntag hat eine SAS-Einheit in Zivilkleidung drei unbewaffnete Menschen in Gibraltar ermordet. Das Schicksal der IRA-Mitglieder war bereits mit dem Einsatzbefehl an den SAS besiegelt. Der SAS erledigte die Aufgabe mit der üblichen Präzision. „Wenn er gegen Terroristen eingesetzt wird, agiert der SAS mit Feuerkraft, Schnelligkeit und Aggression, um den Feind zu eliminieren.“

Ralf Sotscheck

I. Zivile Tote

Durch Loyalisten, RUC, UDR oder britische Armee : 839 (= 58%)

Durch republikanische Organisationen : 611 (= 42%)

incl. Angehörige loyalistischer oder republikanischer Organisationen, die durch ihre eigene Gruppe getötet wurden.

II. "Nicht-zivile" Tote

Angehörige der brit. Armee, RUC oder UDR,
die von republikanischen Organisationen
getötet wurden: 756

Angehörige der brit. Armee, RUC oder UDR,
die von loyalistischen Organisationen ge-
tötet wurden: 14

Republikaner, die von
brit. Armee, RUC oder
UDR getötet wurden:

106

Loyalisten, die von
brit. Armee, RUC oder
UDR getötet wurden:

14

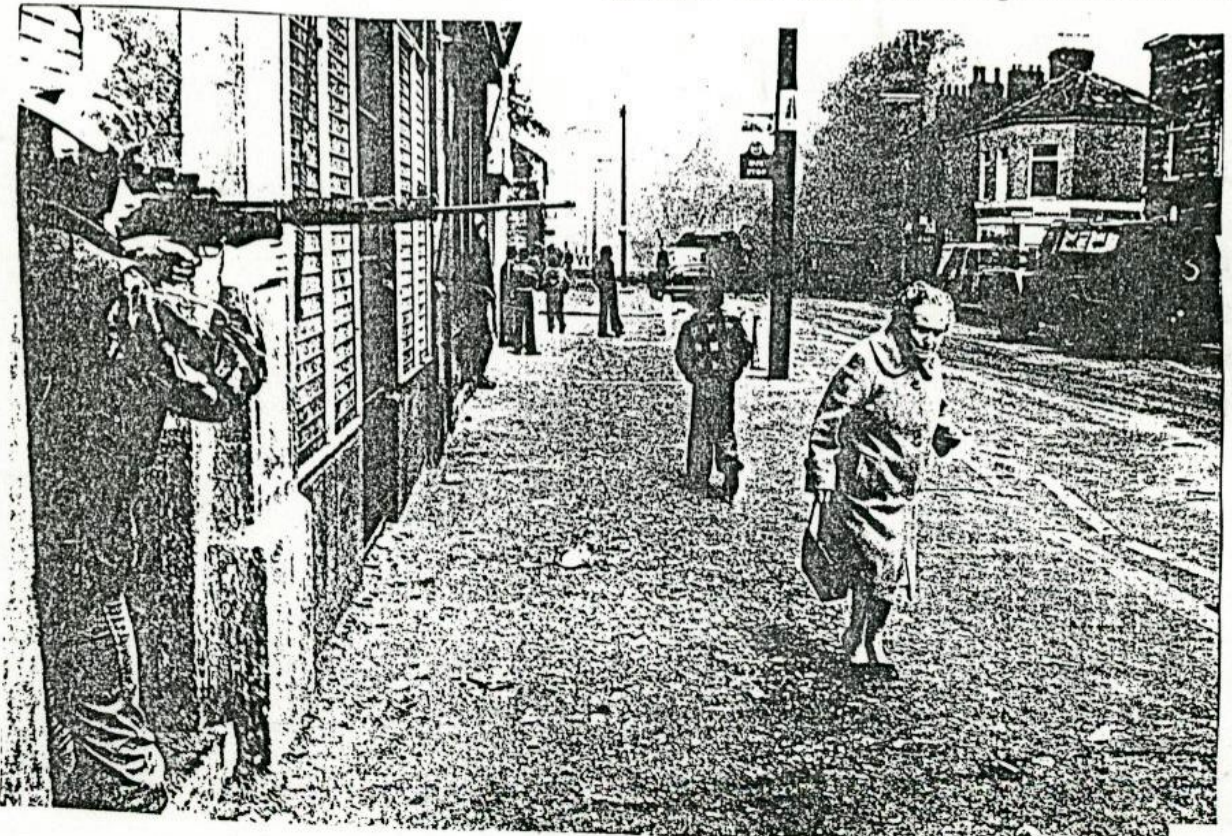
Republikaner, die durch
eigene Aktionen getötet
wurden¹: 110

Loyalisten, die durch
eigene Aktionen getötet
wurden: 27

¹"Eigene Aktionen" bedeutet z.B. vorzeitiges Explodieren von Sprengkörpern und beinhaltet nicht interne Erschießungen und dergleichen.

1986 starben mehr RUC - Polizisten durch Selbstmord als durch republikanische Attacken. 15 Polizisten haben sich in den Jahren 1984 - 1986 das Leben genommen im Vergleich zu 18 in den 15 Jahren davor.

Belfast zur Zeit des Hungerstreiks, 1981



»TIN CITY«

Auf dem Truppenübungsplatz Sennelager steht ein von britischen Truppen gebautes irisches Dorf. Von den Soldaten "Tin City" genannt, da die Häuser zu Anfang nur aus Wellblech bestanden und immer noch von einer Sichtblende aus Wellblech umgeben sind. Inzwischen bestehen die meisten Häuser jedoch aus Stein. Da gibt es eine Kirche und einen Friedhof, Häuserreihen mit Restaurants und Läden, teilweise mit Parolen der irisch-republikanischen Bewegung bemalt. Selbst die Trennmauer zwischen protestantischem und katholischem Viertel fehlt nicht und mittendrin festungsartig der Stützpunkt der Armee.

Mitten in der BRD, in der Nähe von Paderborn, bereiten sich die Briten so realitätsnah wie möglich auf ihren Einsatz in Nordirland vor. Ein Fernsehteam filmte dort vor Jahren, wie Soldaten gegen ihre als Zivilisten verkleideten, steineschmeißenden Kollegen vorgingen. Selbst das Nachbardorf neben dem Truppenübungsplatz bleibt von den Bürgerkriegsübungen der britischen Soldaten nicht verschont. Bewohner berichteten, wie Soldaten ihr Haus zum Schein angriffen, mit dem Gewehr im Anschlag im Garten rumrobbten und gelegentlich spielende Kinder mit dem Gewehr bedrohten.

Zwischen 2000 und 4000 britische Soldaten werden für jeweils 4 Monate von der BRD nach Nordirland verlegt und zuvor in Tin City einkaserniert und gedrillt. Die Übungen sind so realistisch, daß ein britischer Soldat schon mal eine Gaststätte in seiner deutschen Garnisonsstadt anzündete, weil er lieber ins Gefängnis wollte als in den Krieg nach Nordirland. Nach den 4 Monaten kehren die Rheinarmisten in der Regel wieder in die BRD zurück; viele von ihnen haben es schon auf 5 bis 6 Nordirland-Einsätze gebracht. Spätestens seit der IRA-Offensive 1988 können sie sich aber auch auf dem Gebiet der BRD nicht mehr völlig sicher fühlen.

Allein in den Jahren 1962 - 1976 zahlte die BRD-Regierung 6 Milliarden DM an die Rheinarmee und finanzierte so den blutigen Krieg der Briten in Nordirland mit.

Bezeichnenderweise übte der Bundesgrenzschutz 1984 eben auf diesem Truppenübungsplatz Sennelager mit schwerem Gerät die Niederschlagung eines Streiks. (Frankfurter Rundschau v. 30.5.84). Da Nordirland seit fast 20 Jahren das Testfeld zur Aufstandsbekämpfung in Westeuropa ist, gibt es immer wieder Besuche westeuropäischer "Sicherheitstechniker" bei den nordirischen Sicherheitskräften (RUC etc.).

In einer BBC-Fernsehsendung dieses Jahres enthüllten ehemalige britische Soldaten, daß republikanische Gefangene in Nordirland gefoltert werden (was republikanische und Menschenrechts-Organisationen schon seit langem berichten). Vor allem 5 Foltertechniken sind demnach in Nordirland gebräuchlich: den Gefangenen werden Kapuzen übergestülpt, so daß sie kaum noch atmen können, man stellt sie an eine Wand, setzt sie "weißem Rauschen" aus, und enthält ihnen Nahrung und Schlaf vor. In einem geheimen Armeelager im bayerischen Bad Kohlgrub, berichtete einer der Soldaten, werden britische Spezialtruppen mit diesen Techniken vertraut gemacht. Die BRD hilft außerdem mit beim Bau von Hochsicherheitsknästen in Nordirland und liefert Waffen an die RUC.

Allein diese Verflechtungen der BRD in den Konflikt sollten für uns Grund genug sein, den Krieg in Nordirland nicht länger zu ignorieren!

Bild rechts:

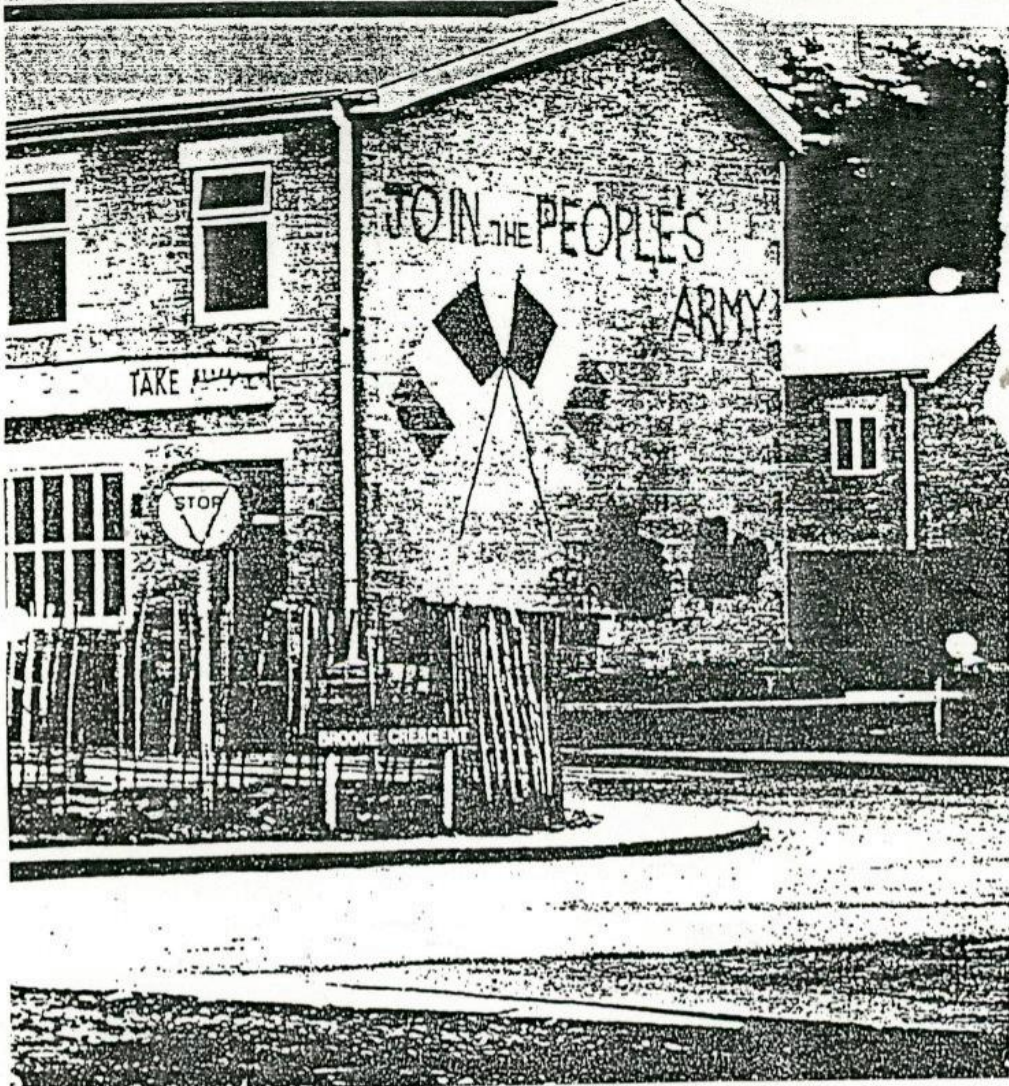
Training für Nordirland nicht nur in Tin City.



STERN v. Nov. 1988

Zwei Soldaten der Rheinarmee üben auf dem Westfalendamm in Dortmund Anti-Terror-Kampf für Nordirland.

Anmerkung: Bei dem, was von den Soldaten als "weißes Rauschen" bezeichnet wird, dürfte es sich vermutlich um Folterungen mittels "sensorischer Deprivation" handeln; siehe hierzu den Beitrag "NORDIRLAND - 1968-1988 IN KÜRZE" weiter vorne im Reader.

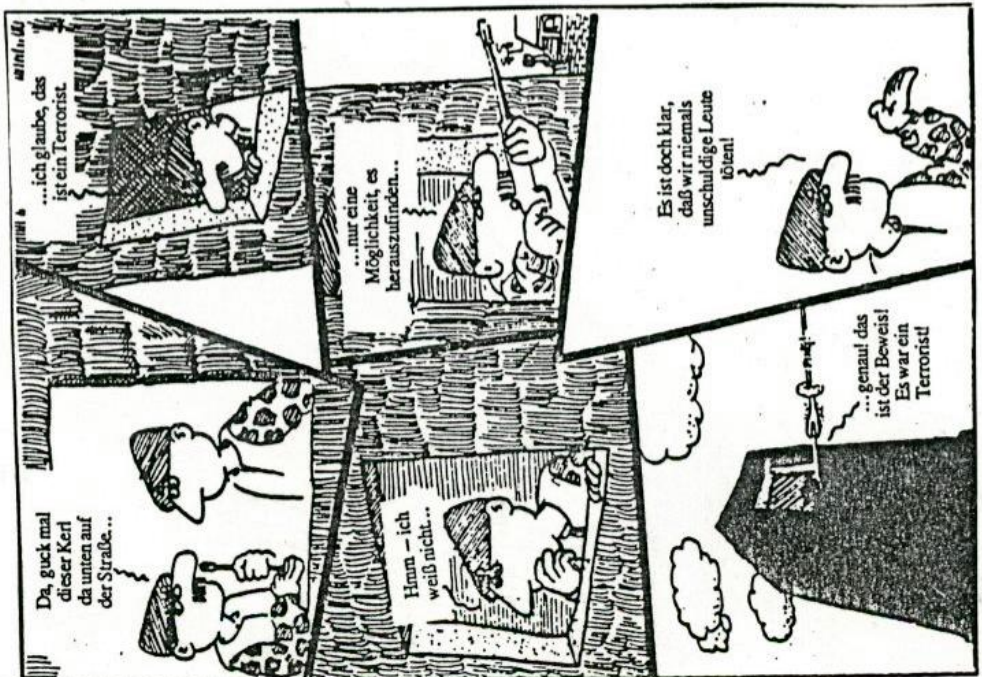


Trainingslager für den irischen Bürgerkrieg

"Tin City"

Eine Stadt in Nordirland – nachgebaut mitten im Wald in der Nähe von Padert. Hier übt die Rheinarmee den Kampf in der brennenden Provinz.

Quelle: 'Stern' v. Mai 1984
Das Foto zeigt eine Nachbildung des 'Crescent'-Stadtteils von Derry eine Hochburg radikalrepublikanischer Aktivitäten.



WEITERLESEN

Wir haben bei den einzelnen Kapiteln keine Literatur angegeben, weil wir relativ viel Material aus Irland verwendet haben, daß mensch hier ohnehin nicht bekommt.

Hier jetzt ein paar Tips zum Weiterlesen - sowohl deutsch- als auch englischsprachige Literatur:

1. Dietrich Schulze-Marmeling: "Nordirland - Republikanismus und Sozialismus", ISP-Pocket 20, isp-Verlag Frankfurt/M. 1986
"Die gescheiterte Modernisierung - Britische Nordirlandpolitik in den 70er und 80er Jahren", WURF-Verlag Münster 1986
"Die irische Krise - Dritte Welt in Europa", Promedia-Verlag Wien 1988
2. Dietrich Schulze-Marmeling/ Ralf Sotschek: "Der lange Krieg - Macht und Menschen in Nordirland", Verlag Die Werkstatt Göttingen 1989
3. Wieland Giebel: "Das kurze Leben des Brian Stewart", Elephanten Press 1981
4. IRLAND-INFORMATIONEN Unregelmäßig erscheinende Zeitschrift; Postfach 31 12 48, 1000 Berlin 12
5. INFO der Irland-Solidarität Gießen, zu bestellen über Irland Solidarität, c/o Infoladen, Südanlage 20, 6300 Gießen.
6. Tim Pat Coogan: "The IRA" Fontana Press 1987
7. David Beresford: "Ten Men Dead - The Story of the 1981 Irish Hunger-strike", Grafton Books 1987
8. Derek Dunne: "Out of the Maze", Gill & Macmillan 1988
9. Ciarán De Baróid: "Ballymurphy and the Irish War", Aisling Publ. 1989
10. Roger Faligot: "The Kitson Experiment - Britain's Military Strategy in Ireland", Zed Press 1983
11. Derek Dunne/ Gene Kerrigan: "Round up the usual Suspects", Magill Publ. 1984
12. Gerry Adams: "The Politics of Irish Freedom", Brandon Publ. 1986
13. Liz Curtis: "Ireland: The Propaganda War", Pluto Press 1984
14. John O'Dowd (Ed.): "Ireland, Europe and 1992", Tomar Publ. 1989
15. Ursula Barry: "Lifting the Lid - Handbook of Facts and Information on Ireland", Attic Press 1986
16. Chris Mullin: "Error of Judgement - The Truth about the Birmingham Bombings", Poolbeg Press 1987
17. Grant McKee/ Ros Franey: "Time Bomb - Irish Bombers, English Justice and the Guildford Four", Bloomsbury Publ. 1988

Und natürlich die Broschüre zu den "Birmingham Six", die Ihr für 5 DM (incl. Porto und Verpackung) von uns beziehen könnt (Adresse siehe vorne im Reader).

Aktualisiert 3/90



Was ist Sinn Féin?

SINN FEIN ist eine legale revolutionäre Massenpartei, die fuer die Wiedervereinigung Irlands und die Errichtung einer alle 32 Grafschaften umfassenden demokratischen sozialistischen Republik kaempft.

Sinn Féin wurde 1905 gegruendet und erlangte im Gefolge des republikanischen Osteraufstands 1916 gegen die britische Herrschaft ueber Irland als separatistische Organisation Bedeutung. Im Verlauf des politischen Aufschwungs, den die brutale Unterdrueckung des Osteraufstands ausloeste, entwickelte sich Sinn Féin zum Sammelbecken der politischen Kraefte, die fuer das Recht der Iren auf Selbstbestimmung eintraten.

Die Unterstuetzung, die das republikanische Programm Sinn Feins in der Bevoelkerung genoss, fuehrte zu ihrem sichtbaren Ausdruck in den britischen Wahlen von 1918, bei denen die Partei 73 der 105 Irland zustehenden Sitze errang. Versehen mit diesem eindeutigen Mandat, rief Sinn Féin ein unabhängiges Parlament aus, das im Januar 1919 unter dem Namen Dáil Éireann erstmals in Dublin zusammentrat. Dieses Parlament wurde jedoch verboten, und die meisten seiner Abgeordneten wurden von den Briten ohne Gerichtsverfahren inhaftiert.

Waehrend sich Sinn Féin als das Zentrum des politischen Widerstands gegen die britische Herrschaft herauskristallisierte, leistete die Irisch-Republikanische Armee (IRA) militaerischen Widerstand. Durch den bewaffneten Kampf, den die IRA 1919 bis 1921 mit politischer Unterstuetzung Sinn Feins fuehrte, wurde die britische Regierung schliesslich an den Verhandlungstisch gezwungen.



IRA-Freiwillige waehrend des Buergerkriegs in der Innenstadt von Dublin

In den Verhandlungen setzten sich die Briten jedoch ueber die demokratisch legitimierten Wuensche des irischen Volkes hinweg und oktroyierten einen Spaltungsvertrag, der Grossbritannien die indirekte (neokoloniale) Kontrolle ueber die 26 Grafschaften und die direkte (koloniale) Kontrolle ueber die verbleibenden Grafschaften verschaffte. Das Staatsgebilde der sechs Grafschaften wurde auf der Grundlage einer manipulierten Aufteilung der Bevoelkerung nach Konfessionen abgetrennt, durch die die Macht einer kuenstlich geschaffenen probritischen (loyalistischen) Mehrheit zugesichert wurde.

Die Republikanische Bewegung lehnte dieses Spalterabkommen ab. Das Angebot einer begrenzten Unabhaengigkeit fuer die 26 Grafschaften im Verein mit politischem Druck seitens der irischen Bourgeoisie – der Spitzen der katholischen Kirche, der Medien und Kreisen der Wirtschaft – fuehret indessen dazu, dass die bis dahin geschlossenen Reihen Sinn Feins und der IRA auseinanderbrachen.

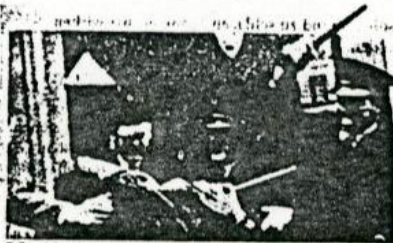
Ende der zwanziger Jahre erfolgte anlaesslich der strittigen Frage, ob die Partei das Parlament des Irischen Freistaats in Dublin weiterhin boykottieren sollte (Abstentionismus), eine ueerliche Spaltung. Infolgedessen sank die Zahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten erheblich. Der Einfluss der Partei war auf lange Zeit reduziert, doch die IRA verfuegte in der Bevoelkerung noch immer ueber eine betraechtliche Anhaengerschaft und fuehrte immer wieder bewaffnete Aktionen gegen die Teilung des Landes durch.

Waehrend die Loyalisten ihre Machtpositionen in dem durch Wahlkreismanipulation entstandenen Staatsgebilde der noerdlichen sechs Grafschaften weiter ausbauen konnten, war durch die Teilung des Landes sichergestellt, dass der Irische Freistaat von reaktionaeren Parteien regiert wurde. Die beiden gressten Parteien Fianna Fail und Fine Gael sind erzkonservativ, und die irische Linke ist vor allem aufgrund der ungelosten nationalen Frage und des Fortbestehens des Staatsgebildes im Norden, wo ein institutionalisierter Konfessionalismus die Spaltung der Arbeiterklasse verewigt, wirkungslos geblieben.

Von der Buergerbewegung zum bewaffneten Kampf

Die britischen Interessen im Norden wurden 50 Jahre lang von einer kuenstlichen loyalistischen Mehrheit gewaehrleistet, die die politisch-religioese Minderheit der Nationalisten auf systematische Weise politisch, sozial und oekonomisch diskriminiert. 1968/69 jedoch begann sich im nationalistischen Teil der Bevoelkerung eine friedliche Buergerbewegung zu organisieren.

Obwohl diese Bewegung lediglich das Grundrecht



B-Specials schlagen einen Buergerrechter zusammen

auf Gleichbehandlung innerhalb des Staatsgebildes im Norden in Anspruch nahm, pruegelten die protestantische Royal Ulster Constabulary (RUC) und die oertliche paramilitaerische Polizeitruppe der B-Specials demonstrierende Buergerrechter auf den Strassen ihrer eigenen Wohnviertel auseinander, loyalistische Mobs griffen nationalistische Viertel an und brannten ganze Haueserreihen nieder. In einem Versuch, die Situation zu stabilisieren und die Kontrolle wiederzuerlangen, brachte die britische Regierung auf den Strassen Belfasts die britische Armee zum Einsatz.

Die Forderungen der Nationalisten wurden jedoch auch weiterhin nicht zur Kenntnis genommen, und nach einer Periode militaerischer Repression verstaerkte sich der Eindruck, dass friedliche und demokratische Mittel im Charakter eines Staates, der mittels gewaltsamer und antidemokratischer Methoden errichtet und regiert wurde, keine radikale Veraenderung herbeifuehren konnten. Die Loesung lag vielmehr in der Beseitigung des Staatsgebildes im Norden und dem Abzug der Briten.

Gegen die eindeutig als fremde Besatzungsarmee wahrgenommenen britischen Truppen und ihre oertlichen Kollaborateure entbrannte ein nationaler Befreiungskrieg, gefuehrt von revolutionaeren IRA und unterstuetzt von Sinn Féin: Auf diesen reagierte Grossbritannien mit den Methoden der counter-insurgency – Folter, Internierung ohne Verfahren, Konzentrationslager, militaerische Besetzung der Gebiete, in denen die Unterstuetzung fuer die IRA am staerksten war, um den republikanischen Widerstand nach Moeglichkeit niederzuwerfen.

Mitte der siebziger Jahre fuehrten Versuche der britischen Regierung, den nationalen Befreiungskampf zu kriminalisieren, zu einer langanhaltenden Widerstandskampagne republikanischer Kriegsgefangener in den H-Blocks von Long Kesh und im Frauengefaengnis von Armagh. Diese Kampagne erreichte 1981 mit dem Tod von zehn im Hungerstreik befindlichen Gefangenen ihren Hoehepunkt. Zwei der Gefangenen, die dabei umkamen, Bobby Sands und Kieran Doherty, waren waehrend des Hungerstreiks in das britische bzw irische Parlament gewaehlt worden.

Wahlkampf

Aufgrund der Massenbasis, die sich in der Hungerstreikkampagne der Gefangenen herausgebildet hatte, beschloss Sinn Féin, nachdem



Sinn Féin eroeffnet den Kommunalwahlkampf in den sechs Grafschaften

die Partei sich jahrelang auf den Strassenprotest beschaenkt hatte, die Ausarbeitung einer Wahlkampfstrategie. Seit 1982 hat Sinn Féin im Norden in einer Reihe von Wahlen hervorragende Erfolge erzielt: Die Partei erlang mehr als 13% der Gesamtwahlerstimmen bzw mehr als 40% der nationalistischen Wahlerstimmen. Im Sueden, wo der Organisationsgrad der Partei niedriger ist und wo eine staatliche Zensur Sinn Feins den Zugang zu Fernsehen und Rundfunk verwehrt, has sich der Stimmenanteil von Sinn Féin auf ca. 5% eingependelt.

Sinn Féin hat einen Abgeordneten im britischen Parlament und fuenf Vertreter in der nordirischen Versammlung zu Stormont, die ihre Mandate nicht wahrnehmen. Bei den Kommunalwahlen von 1985 wurden in ganz Irland insgesamt 98 Kandidaten Sinn Feins in die Gemeinderate gewaehlt, davon 59 in den sechs Grafschaften und 39 in den 26 Grafschaften.

Beratungszentren

Hand in Hand mit dem Erstarren der Parteiorganisation und dem Zuwachs an Wahlerstimmen ging die Errichtung eines Netzes von Beratungszentren. Mit Hilfe dieser Beratungszentren und durch die Arbeit seiner gewaehnten Vertreter engagiert sich Sinn Féin fuer die Belange der Basis. Die Partei stellt eine Herausforderung fuer diejenigen dar, die mit dem Leben und dem Wohlergehen der wirtschaftlich benachteiligten Schichten spekuliert.

Aufgaben

In den sechs Grafschaften stellt die Partei sich die Aufgabe, ihre Massenbasis zu konsolidieren und auf diese Weise dem erklaeerten Ziel des Abkommens von Hillsborough – den Republikanismus zu isolieren und zu schlagen – entgegenzuwirken. In den 26 Grafschaften besteht die gleichermassen bedeutsame Aufgabe, die Basis der Partei zu erweitern, indem Sinn Féin auf die aktuellen Beduerfnisse der Bevoelkerung eingeht, die die Besetzung durch fremde Truppen nicht am eigenen Leib erlebt. Diese Aufgabe schliesst den Aufbau einer volksverbundenen, glaubwuerdigen und starken politischen Organisation ein, die eine radikale Alternative zu den etablierten buergerlichen Parteien darstellt und durch Arbeit an der Basis das Ethos eines Staates in Frage stellt, dessen Gruendung und dessen Politik und Propaganda das Verlangen der Nation nach Wiedervereinigung untergraebt.

SLAN LEAT



Cheerio

Gerry Casey

Brief an einen britischen Soldaten auf irischem Boden

Soldat

Du hast nicht verlangt, hierherzukommen
Das wissen wir.
Du folgst Befehlen
Das wissen wir.
Du hast eine Frau
Einen Schatz
Eine Mutter
Das wissen wir.
Und du hast Kinder
Auch das wissen wir.
Aber Soldat
Wo du stehst
Da ist der Tod.
Wo du gehst
Da ist eine brennende Wunde.
Wo du schlaefst
Da ist kein Friede.
Und die Erde hebt sich
In einem blutigen Alptraum.

Soldat

Wenn du stirbst
werden die Hunde dich begraben.

Als du in dieses Land kamst
Sagtest du, du kommst, um zu verstehen.
Soldat, wir sind dein Verstaendnis laid,
Leid die britischen Truppen auf irischem Boden
Leid dein Klopfen an der Tuer
Leid den Gewehrkolben auf dem Kopf
Leid den Knast, das Traanengas, die Schlaege
In dunklen Ecken.

Soldat

Wir sind den Frieden laid, den du
Irischen Knochen bringst,
Leid die Bomben, die in ndern Hausern explodieren
Leid den Tod alter Freunde
Leid die Traenen und die Begrabnisse
Diese endlosen, endlosen Begrabnisse.

Soldat

Als du in dieses Land kamst
sagtest du, du kommst, um zu verstehen
Ist das dein Verstaendnis?

Wir traumen

Von einem gruenen Land
Ohne Tod
Von einer neuen Stille, die sich herabsenkt
Der Stille des Friedens.
Und diesen Traum,
Soldat, traumen wir ohne dich.

Das ist unser Verstaendnis.

Geh heim, Soldat
Deine Geanwart
Vergiftet die Luft
Dein Isechein entstellt uns.
Geh heim, Soldat,
Bevor wir dich nach Hause schicken
Tot.

Patrick Galvin

